

Deutsche Flugschriften zur Polenfrage im Ersten Weltkrieg

von

Zbigniew Wilkiewicz

Aufgabe der vorliegenden Untersuchung¹ ist es nicht, das Geschehene darzustellen, sondern vor dem Hintergrund des Geschichtsablaufs jene politischen Konzeptionen und Wünsche wiederzugeben und zu interpretieren, die im Verlauf der ersten Kriegsjahre in den vorliegenden Broschüren entwickelt wurden. Was den Geschichtsablauf zur polnischen Frage im Ersten Weltkrieg angeht, so liegen genügend Arbeiten deutscher und polnischer Historiker vor, so daß es nicht nötig erschien, eine längere Faktenskizze an den Anfang der Arbeit zu stellen.

Die häufig aus aktuellem Anlaß verfaßten Flugschriften, in denen es in der Regel zu Polemiken zwischen den einzelnen Autoren kommt, waren thematisch recht schwer zu ordnen, da fast jeder originellere Autor mit einer „eigenen Lösung“ der polnischen Frage zu überzeugen suchte. Das Material wurde deshalb unter dem übergreifenden Gesichtspunkt politischer Parteiungen und Gruppierungen geordnet. So wurden z. B. Autoren, die dem Deutschen Ostmarkenverein angehörten oder diesem nahestanden, zu einer Gruppe zusammengefaßt, oder auch jene polnischen Autoren, die dem konservativen Lager angehörten. Unmöglich war dies, wo Lösungen der polnischen Frage vorgeschlagen wurden, die sich wegen der Originalität ihres Ansatzes (z. B. Adolf Grabowsky), der Exzeptionalität der politischen Haltung des Verfassers (z. B. Władysław Studnicki) bzw. wegen Anspruch und Intention (z. B. Stanisław Przybyszewski) keiner bestimmten Gruppierung zuordnen ließen.

Die chronologische Abgrenzung des Themas wurde auf Grund der zeitlichen Reichweite des größten Teils der Broschüren vorgenommen. Die Darstellung reicht bis zur Verkündung des Manifests vom 5. November 1916, umfaßt also nicht den gesamten Zeitraum des Ersten Weltkriegs. Den 5. November 1916 als Zäsur zu wählen, erschien deshalb legitim, weil bis zu diesem Zeitpunkt eine ungewöhnliche Breite in der Diskussion zur Polenfrage vorzufinden ist, was sich gerade an den zahlreichen und unterschiedlichsten Ansätzen zur Lösung dieser Frage geltend macht. Mit dem Manifest vom 5. November, das durchaus keine endgültige Lösung der polnischen Frage seitens der Mittelmächte brachte, wurden jedoch die

1) Sie stellt die gekürzte und überarbeitete Fassung einer von Prof. Dr. Gotthold Rhode angeregten und betreuten Magisterarbeit dar, die 1980 in Mainz entstand. Sie beschäftigt sich mit der Analyse und Kommentierung deutschsprachiger Broschüren zur Lösung der polnischen Frage im Ersten Weltkrieg. Es handelt sich hierbei um Schriften, die in drei Konvolutbänden unter dem Titel „Flugschriften zur Polenfrage“ im Johann Gottfried Herder-Institut in Marburg/Lahn gesammelt vorliegen. Außer den in diesen Konvolutbänden vorgefundenen Broschüren wurden auch einige andere Schriften hinzugezogen, falls dies für die Darstellung oder Interpretation erforderlich schien.

ersten Schritte zu einer polnischen Staatlichkeit — wenn auch nur sehr zögernd und in recht vager Form — gemacht. Die absolute Offenheit der polnischen Frage und somit auch die offene Diskussion — mit den verschiedenartigsten und buntesten Ansätzen zu ihrer Lösung — hatte ein vorläufiges Ende gefunden.

Die Politik der Mittelmächte gegenüber der polnischen Frage von 1914 bis zum 5. November 1916

Die polnische Frage wurde vor dem Ersten Weltkrieg von deutscher Seite als Funktion des deutsch-russischen Verhältnisses gesehen. Sie hatte ihre internationale Bedeutung verloren und man erblickte in ihr ein rein innenpolitisches Problem. Allerdings hatte es auch einige Ansätze gegeben, die die Errichtung eines polnischen Staates in Erwägung zogen, so im Generalstab zur Zeit Moltkes und unter Waldersee.² Entsprechend dem Bismarckschen Grundsatz, daß die Niederhaltung des Polentums nur dann sinnvoll war, wenn Deutschland mit Rußland verbunden blieb, konnte bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine Revision der deutschen Polenpolitik naheliegen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß vor Kriegsausbruch die Ansätze Moltkes und Waldersees im Generalstab unter Schlieffen und dem jüngeren Moltke kaum diskutiert worden waren. Auch außenpolitisch betrachtet setzte man sich längst nicht so intensiv mit der polnischen Frage auseinander, wie dies noch unter Bismarck geschehen war. Bülow war Vertreter einer innenpolitisch bestimmten Ostmarkenpolitik, die die Wiederherstellung eines polnischen Staates konsequent ausschloß.³ Auch Bethmann-Hollweg zog aus der sich abzeichnenden Entwicklung in Richtung eines bevorstehenden Kriegs mit Rußland hinsichtlich der Polenfrage keine Konsequenzen. Somit kann davon ausgegangen werden, daß weder die politische noch die militärische Führung des Reiches und Preußens bei Kriegsbeginn eine feststehende Konzeption zur Lösung der polnischen Frage im Falle eines Krieges mit Rußland hatte.⁴

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde das Königreich Polen nicht nur zu einem militärischen, sondern auch zu einem politischen Kampfschauplatz.⁵ Alle drei beteiligten Mächte waren zunächst darum bemüht, die polnische Frage auf ihre jeweiligen militärischen Bedürfnisse zu reduzieren; dies gilt vor allen Dingen auch für die Kriegspolitik des Deutschen Reiches. Ein einwandfreier Verlauf der Mobilisierung in den polnischen Gebieten des preußischen Staates, die Ruhe im Hinterland der deutschen Armeen sowie die Weckung von Aufstandsstimmungen und

2) W. Conze: *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, Köln, Graz 1958, S. 32.

3) B. Fürst von Bülow: *Deutsche Politik*, Berlin 1916, S. 32.

4) Conze, S. 33; L. Grosfeld: *Polityka Państw Centralnych wobec sprawy polskiej w latach 1914—1918* [Die Politik der Mittelmächte hinsichtlich der polnischen Frage in den Jahren 1914—1918], Warschau 1962, S. 17.

5) Conze, S. 46.

antirussischen Manifestationen waren zunächst einmal die Hauptanliegen der deutschen Führung.⁶

In der Nacht vom 30. auf den 31. Juli 1914 wandte sich Kaiser Wilhelm II. telegraphisch an den Papst und bat diesen um die Ernennung des Bischofs Edmund Likowski zum Erzbischof von Gnesen und Posen. Der erzbischöfliche Stuhl war über acht Jahre vakant geblieben, da die preußische Regierung sich der Benennung eines polnischen Kandidaten widersetzte.⁷ Diese Geste des Kaisers sollte unter den Posener Polen einen guten Eindruck erwecken und etwaigen russophilen Strömungen entgegenwirken. Politisch gesehen sollte dieser Schritt jedoch keine Folgen haben.⁸ Was das Interesse der Reichsregierung an einem etwaigen polnischen Aufstand in Kongreßpolen anging, so erhoffte man sich von einem solchen, daß die Bewegungen der russischen Armeen erschwert werden könnten. Dies konnte in den ersten Kriegstagen deshalb von Bedeutung sein, weil die Hauptkräfte der deutschen Armeen entsprechend dem Schlieffen-Plan nach Westen geworfen worden waren, während man sich im Osten zunächst auf defensive Aktionen festgelegt hatte. Insbesondere der deutsche Generalstabschef von Moltke schien die Aussichten auf einen Aufstand in Kongreßpolen optimistisch zu bewerten, wie u. a. aus einem Brief an das Auswärtige Amt vom 5. August 1914 hervorgeht.⁹ In den Büros des Stabes wurde dementsprechend ein Aufruf an die Polen erarbeitet, der in der Nacht vom 7. auf den 8. August von einem Zeppelin über den Städten Tschenstochau, Kalisch und Koło abgeworfen wurde.¹⁰ In diesem Aufruf wurden die Polen mit Hinweis auf ihre Aufstandstraditionen zum Kampf mit den verbündeten Heeren gegen die Russen aufgerufen. Die „asiatischen Horden“ sollten aus den Grenzen Polens vertrieben werden. Man versprach der polnischen Bevölkerung „Unabhängigkeit“ und Freiheit der Religionsausübung. Eine Wirkung konnte eine solche Propagandaaktion schon auf Grund ihres beschränkten Umfangs und der in ihr enthaltenen leeren Versprechungen offensichtlich nicht zeitigen.¹¹

Dennoch schien man sich bei höchsten deutschen Stellen gewisse Hoffnungen auf eine polnische Insurrektion zu machen. Unter anderem soll Kaiser Wilhelm II. gegenüber dem österreichischen Militärattaché am 8. und 9. August geäußert haben, daß es gelte, Polen und Ukrainer zu revolutionieren.¹² Marian Seyda, einer der Führer der polnischen Na-

6) J. Pajewski: *Polityka mocarstw centralnych wobec Polski podczas I wojny światowej* [Die Politik der Mittelmächte gegenüber Polen während des Ersten Weltkrieges], in: *Roczniki Historyczne* 28 (1962), S. 9—56, hier S. 9.

7) B. Graf von Hutten-Czapski: *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, 2 Bde., Berlin 1936, hier Bd. 2, S. 62.

8) Conze, S. 62.

9) Pajewski, S. 10.

10) Conze, S. 47. Voller Text des Aufrufs bei K. W. Kumaniecki: *Odbudowa państwowości polskiej. Najnowsze dokumenty. 1912 — styczeń 1924* [Der Wiederaufbau der polnischen Staatlichkeit. Neueste Dokumente. 1912 — Januar 1924], Warschau, Krakau 1924, S. 25.

11) Conze (wie Anm. 2), S. 47.

12) F. C. Graf von Hötzen-dorff: *Aus meiner Dienstzeit*, Wien 1923, Bd.

tionaldemokraten im preußischen Teilungsgebiet, berichtet in seiner Darstellung, daß der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Jagow die polnischen Parlamentarier in Berlin intensiv nach den Möglichkeiten eines Aufstands in Kongreßpolen ausgefragt haben soll.¹³ Aus der Darstellung S o k o l n i c k i s, der sich als Vertreter des Obersten Polnischen Nationalkomitees in Berlin aufhielt, wird jedoch klar, daß diese etwas naiven Hoffnungen auf eine polnische Insurrektion nicht von allen Kreisen der deutschen Führung geteilt wurden. Sokolnicki führt ein längeres Gespräch mit Ludendorff vom 1. Oktober 1914 an, in welchem dieser die Meinung vertrat, daß die Bildung des polnischen Heeres — wie vom Obersten Polnischen Nationalkomitee vorgesehen — sechs Monate in Anspruch nehmen würde, daß sich polnische Militärorganisationen zwar für Aufklärung und Diversion eignen könnten, daß er aber davon ausgehe, die deutschen Heere würden im Verlauf von sechs Monaten mit dem Feind „fertig“ sein.¹⁴

Die Haltung der deutschen Militärführung läßt sich zu diesem Zeitpunkt so charakterisieren, daß man durchaus an einer militärischen Unterstützung durch die Polen interessiert war, aber nach einem Sieg über Rußland oder nach dem Abschluß eines Separatfriedens wieder zum politischen „status quo ante bellum“ kommen wollte.¹⁵ Kennzeichnend für diese Haltung ist das Verhältnis der deutschen Führung gegenüber den polnischen Legionen, die dem Obersten Polnischen Nationalkomitee unterstanden und im Rahmen der österreichisch-ungarischen Armeen an der Seite der Mittelmächte gegen Rußland kämpften. Die reservierte Haltung gegenüber den polnischen Legionen war auf den wachsenden Antagonismus zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn hinsichtlich der polnischen Frage zurückzuführen.

Politisch gesehen war die polnische Frage für die deutsche Führung noch nicht von Interesse. Der preußische Innenminister von Loebell drückte in seinem geheimen Memorandum vom 29. Oktober 1914 wohl die offizielle Haltung der deutschen Führung aus, wenn er feststellte, daß die Wiederherstellung eines polnischen Staates im Gegensatz zu den deutschen Staatsinteressen stehe und daß die deutsche Grenze nach Osten hin verschoben werden müsse.¹⁶ Die öffentliche Meinung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung wurde zu diesem Zeitpunkt wohl durch solche Publizisten wie Maximilian Harden ausgedrückt. Dieser sprach sich in der „Zukunft“ prinzipiell gegen die Bildung eines polnischen Staates aus.¹⁷

Die Meinung eines Hans Delbrück, der in seinem Memorandum an Bülow vom 25. August 1914 eine polnisch-sächsische Personalunion in

4, S. 197.

13) M. Seyda: Polska na przełomie dziejów. Fakty i dokumenty [Polen an der Wende der Geschichte. Fakten und Dokumente], Posen 1927, S. 84.

14) M. Sokolnicki: Rok czternasty [Das Jahr Vierzehn], London 1961, S. 246—247.

15) Pajewski (wie Anm. 6), S. 12.

16) J. Knebel: Rząd Pruski wobec sprawy polskiej w latach 1914—1918 [Die preußische Regierung gegenüber der polnischen Frage in den Jahren 1914—1918], Posen 1963, S. 18 f.

17) Vgl. den Hauptteil dieser Untersuchung, S. 373.

Betracht zog, stand wohl eher isoliert da.¹⁸ Wie Werner Conze zutreffend hervorhebt, hätte eine deutsche Initiative in dieser Richtung eine totale Wandlung der preußischen Polenpolitik vorausgesetzt.¹⁹ Bezeichnend für diese Situation ist die Tatsache, daß die deutschen Militärkreise bei Kriegsbeginn mehr Initiative entwickelten als die zivilen. So wurde in der Abteilung III b des General-Stabes ein Büro geschaffen, dessen Aufgabe in der Beobachtung der Verhältnisse zwischen Polen, Ukrainern und Juden sowie die Förderung einer etwaigen polnischen — eventuell sogar ukrainischen — Partisanentätigkeit sein sollte. Leiter dieses Büros wurde das Mitglied des preußischen Herrenhauses, der Oberstleutnant der Reserve Bogdan Graf Hutten-Czapski. Bevor das Büro jedoch seine Tätigkeit aufnehmen konnte, wurde es auf Weisung ziviler Stellen wieder aufgelöst.²⁰

Das Ausbleiben eines polnischen Aufstands rief in deutschen Kreisen Verwunderung, zum Teil Empörung hervor, die wohl auf Grundlage der Unkenntnis der tatsächlichen Stimmungen der polnischen Bevölkerung in Kongreßpolen echt war, andererseits aber zu Propagandazwecken vorgebracht wurde. So soll Hindenburg zum Beispiel geäußert haben: „Polen ist national tot“²¹, während das Ausbleiben eines polnischen Aufstands in Kongreßpolen von einem so einflußreichen Publizisten wie Georg Cleinow dazu ausgenutzt wurde, heftige Angriffe gegen die Polen zu richten.²²

Was die Entwicklung der österreich-ungarischen Politik im Bezug auf die polnische Frage angeht, so kann davon ausgegangen werden, daß unmittelbar nach Kriegsausbruch sowohl von polnischer als auch von österreichisch-ungarischer Seite eine austropolnische Lösung lanciert wurde, das heißt die Vereinigung des Königreichs Polen mit Galizien unter dem Zepter Kaiser Franz Josephs als polnischem König.

Eine sehr aktive Rolle spielte in diesem Zusammenhang der österreichisch-ungarische Finanzminister Leon Biliński, der in seinen Bestrebungen von dem Statthalter Galiziens Michał Bobrzyński und dem Präsidenten der Stadt Krakau Juliusz Leo unterstützt wurde. In Verbindung mit einer Gruppe von Politikern verschiedener Parteien kam es am 16. August 1914 zur Schaffung des Obersten Polnischen Nationalkomitees (OPNK). Das OPNK bemühte sich auch in Berlin durch politische Publizisten wie Wilhelm Feldman in der deutschen Öffentlichkeit für die Schaffung eines polnischen Staates in Anlehnung an die Mittelmächte zu werben.²³ Ähnliche Schritte in Richtung einer austropolnischen Lösung unternahm der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Berchtold. Bereits am 12. August 1914 formulierte er die Kriegsziele der Donaumonarchie hinsichtlich Polens: Der österreichisch-ungarische Dualismus sollte zugunsten eines österreichisch-ungarisch-polnischen Trialismus ersetzt, der König von Un-

18) Conze (wie Anm. 2), S. 61.

19) Ebenda.

20) von Hutten-Czapski (wie Anm. 7), Bd. 2, S. 153.

21) Pajewski (wie Anm. 6), S. 13. Pajewski bezieht sich auf: W. Studnicki: Ludzie, idee i czyny [Menschen, Ideen und Taten], Warschau o. J., S. 22.

22) Näheres im Hauptteil dieser Untersuchung, S. 371.

23) Näheres im Hauptteil dieser Untersuchung, S. 370—382.

garn polnischer König werden. In der Praxis hätte dies bedeutet, daß Galizien aus der österreichischen Reichshälfte ausscheiden und als dritter Teil des Staates mit dem Königreich Polen verbunden werden sollte. Der deutschen Seite wurde als Kompensation die Verbesserung der deutschen Ostgrenze durch Grenzkorrekturen angeboten.²⁴ Allerdings erwiesen sich die Hoffnungen Berchtolds und Bilińskis auf eine Annahme der austropolnischen Lösung durch das Deutsche Reich als trügerisch, denn bereits am 20. August 1914 teilte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Jagow dem österreichischen Bündnispartner telefonisch mit, daß die deutsche Regierung sich hinsichtlich einer austropolnischen Lösung negativ ausgesprochen habe.²⁵

Sowohl Bethmann-Hollweg als auch maßgebliche deutsche politische Kreise waren einer austropolnischen Lösung abgeneigt, da man bezweifelte, ob die Donaumonarchie im Falle einer Verbindung mit Polen in der Lage sein würde, die Ansprüche der Polen gegenüber dem Deutschen Reich im Zaum zu halten.²⁶

Die österreichischen Wünsche hatten auch auf Grund der schlechten militärischen Lage der österreichisch-ungarischen Armeen im September 1914 — die russischen Armeen hatten am 3. September Lemberg eingenommen — kaum Aussicht, vom deutschen Bündnispartner akzeptiert zu werden. Außerdem wurde die Initiative Berchtolds durch die starke innenpolitische Opposition des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza gehemmt, der sich mit aller Vehemenz gegen einen Trialismus wandte, da er um den politischen Einfluß der Madjaren in einem zukünftig trialistischen Staatsgebilde fürchtete.

Es ist auch offensichtlich, daß die Bemühungen der deutschen Reichsregierung, zu einem Separatfrieden mit Rußland zu kommen, es der deutschen Seite unmöglich machten, einen entschlossenen und verbindlichen Standpunkt in der polnischen Frage einzunehmen.²⁷

Im Sommer 1915, als die deutschen Truppen immer weiter in das Königreich Polen vorstießen, kam es zu einer erneuten Initiative der deutschen Reichsregierung hinsichtlich eines Separatfriedens mit Rußland. Kurz vor der Einnahme Warschaws gab Bethmann-Hollweg Weisung, die russische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß eine länger währende deutsch-österreichische Verwaltung im Königreich Polen „die polnischen Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen in einem für Rußland präjudizierlichen Grade entwickeln“ würde, im Grunde genommen also eine Drohung mit Randstaatenbildung an die Adresse Rußlands.²⁸ Am 11. August beschloß der russische Ministerrat unter persönlichem Vorsitz des Zaren, alle Vorschläge hinsichtlich der Abschließung eines Separatfriedens abzulehnen.

24) Conze (wie Anm. 2), S. 64.

25) Ebenda, S. 65.

26) Pajewski (wie Anm. 6), S. 16.

27) R. Stadelmann: Friedensversuche im ersten Jahre des Weltkriegs, in: *Histor. Zs.* 156 (1937), S. 485—545.

28) Conze (wie Anm. 2), S. 79.

Die Einnahme Warschaus am 5. August 1915 zwang die deutsche Reichsregierung dazu, politische Entscheidungen hinsichtlich Polens zu treffen. Die ersten Schritte der deutschen Besatzungsbehörden hatten einen entschieden negativen Charakter. Man beabsichtigte, weder österreichisch-ungarische Verbände noch die polnischen Legionen in Warschau einmarschieren zu lassen; die Stadt sollte ausschließlich von deutschem Militär besetzt werden, die Verwaltung deutsch bleiben.²⁹ Diese explizit negative Haltung gegenüber den polnischen Legionen äußerte sich u. a. darin, daß man am 11. September 1915 die Werbung für die Legionen im Generalgouvernement Warschau untersagte.³⁰

Obwohl man deutscherseits noch immer kein verbindliches Programm zur Lösung der polnischen Frage entwickelt hatte, wollte man den polnischen Trumpf nicht aus der Hand geben. Es wurde befürchtet, daß die Österreicher im Falle einer Einnahme Warschaus von sich aus zu weitgehende Schritte in der polnischen Frage unternehmen könnten, und dadurch die noch immer anhaltenden deutschen Bemühungen um den Abschluß eines Separatfriedens mit Rußland torpediert würden.³¹ Allerdings griff Bethmann-Hollweg in seiner Reichstagsrede vom 19. August 1915 die polnische Frage zum ersten Mal öffentlich auf. Sie hatte eine antirusische Tendenz, was als Reaktion auf die vergeblichen Versuche, mit Rußland zu Friedensverhandlungen zu kommen, zu werten ist.³² Die Verbündeten einigten sich auf die Teilung des Königreichs Polen in zwei Besatzungsgebiete. Durch kaiserlichen Erlaß vom 24. August 1915 wurde das Generalgouvernement mit Sitz in Warschau gebildet; Generalgouverneur wurde der deutsche General der Infanterie von Beseler, der dem Kaiser direkt unterstand und die oberste Militär- und Regierungsgewalt ausübte. Das österreichische Generalgouvernement hatte seinen Sitz in Kielce, ab 1. Oktober 1915 in Lublin.³³

Einige Verfügungen der deutschen Besatzungsbehörden hatten zum Ziel, eine günstige Stimmung unter der polnischen Bevölkerung hervorzurufen: So wurden am 15. November 1915 die Warschauer Universität und das Politechnikum wiedereröffnet.³⁴ Dieser Schritt hatte propagandistischen Charakter und sollte der ganzen Welt dartun, daß Deutschland ein Beschützer der unterdrückten Völker sei und daß es beabsichtige, sich in den durch seine Truppen besetzten Gebieten für die Verbreitung von Kultur und Wissenschaft einzusetzen.³⁵ Außerdem ging es auch darum, daß sich die polnische Jugend, die jetzt wieder studieren konnte, von jeglicher antideutscher Aktivität enthalten sollte.³⁶ Dennoch wurde dieser Schritt von

29) Pajewski (wie Anm. 6), S. 20.

30) A. Hausner: Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung während des Weltkrieges, Wien 1935, S. 40.

31) Pajewski (wie Anm. 6), S. 20.

32) Conze (wie Anm. 2), S. 82.

33) Ebenda, S. 85—86 u. 101—105.

34) Ebenda, S. 119—120.

35) Ebenda.

36) Pajewski (wie Anm. 6), S. 20.

der polnischen Öffentlichkeit begrüßt, was auch seinen Niederschlag in der in dieser Untersuchung analysierten Broschürenliteratur fand.³⁷

Auch die Übergabe der kommunalen Verwaltung der Stadt Warschau in polnische Hände sollte einen ähnlichen propagandistischen Effekt hervorrufen. So wurde bereits am 6. August — einen Tag nach der Einnahme Warschaus — der Vorsitzende des schon am 3. August gebildeten Bürgerkomitees (Komitet Obywatelski), Fürst Zdzisław Lubomirski, in seinem Amt als Präsident der Stadt bestätigt. Allerdings wurden solche positiven Schachzüge durch andere Maßnahmen von Besetzer in ihrer Wirkung wieder neutralisiert: So löste er in den ersten Septembertagen die polnischen Gerichte auf, die ihre Tätigkeit bereits am 5. August 1914 aufgenommen hatten. Am 15. September wurde schließlich das Zentrale Bürgerkomitee (Centralny Komitet Obywatelski) mit der Begründung, daß es beabsichtigt habe, Regierungsfunktionen zu übernehmen, aufgelöst.³⁸

Bezeichnend ist auch, daß in der deutschen Verwaltung verschiedene — sich zum Teil widersprechende — Tendenzen zum Zuge kamen. Chef des Pressebüros und Leiter der Zensurabteilung im Generalgouvernement wurde der bereits erwähnte bekannte Publizist Georg Cleinow, der seine dezidiert antipolnische Haltung schon kurz nach Kriegsausbruch unter Beweis gestellt hatte. Cleinow bemühte sich, jegliche Propaganda für die Wiederherstellung eines polnischen Staates zu unterdrücken und polnisch-deutsche Konflikte zu verschärfen, indem er auf beiden Seiten Mißtrauen säte.³⁹ Als strikter Gegner einer austropolnischen Lösung verbot er die Verbreitung der galizischen und Lubliner Presse im deutschen Besatzungsgebiet. Die Warschauer Presse wurde rücksichtslos konfisziert, wenn sie über die Legionen oder sonstige Zusammenhänge zwischen der Donaumonarchie und der Polenfrage zu berichten versuchte.⁴⁰

Das Ausmaß mangelnden Verständnisses für die Situation in Polen seitens verschiedener deutscher Regierungsstellen wird deutlich, wenn man sich z. B. vergegenwärtigt, daß anläßlich einer Sitzung der Haushaltskommission des Reichstags vom 26. August 1915 der polnische Abgeordnete Trąpczyński auf seine Anfrage bei der Regierung, warum Cleinow sehr viele Druckerzeugnisse, die doch alle der deutschen Kriegszensur unterlägen, nicht nach Polen durchließe, vom stellvertretenden Kriegsminister Generalleutnant von Wandell die empörte Antwort erhielt, daß im deutschen Parlament die Bevölkerung eines feindlichen Landes unterstützt werde.⁴¹

37) Näheres im Hauptteil, S. 358.

38) Pajewski (wie Anm. 6), S. 21.

39) Conze (wie Anm. 2), S. 84; von Hutten-Czapski (wie Anm. 7), Bd. 2, S. 229; J. Pajewski: *Mittleuropa. Studia z dziejów imperializmu niemieckiego w dobie wojny światowej* [Mittleuropa. Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus in der Zeit des Weltkrieges], Posen 1959, S. 270—271.

40) Hausner (wie Anm. 30), S. 40.

41) Pajewski, *Polityka* (wie Anm. 6), S. 22.

Der Vormarsch der russischen Armeen 1914 in Ostpreußen und die Bedrohung Posens und Schlesiens im Herbst des gleichen Jahres, lieferten den Anhängern von Annexionen kongreßpolnischer Gebiete die notwendigen Argumente. Je größer die Erfolge der deutschen Armeen im Sommer 1915 an der Ostfront waren, desto häufiger kam es auch zu immer weitreichenderen Annexionsforderungen.⁴² Man sprach von neuen Kolonisationsgebieten, von der strategischen Sicherung der deutschen Ostgrenze und von der Schaffung eines Hinterlandes für die oberschlesische Industrie. Die Diskussion über die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung aus diesen Gebieten wurde nunmehr auch öffentlich geführt.⁴³ Gegen Annexionen sprach sich prinzipiell nur die Linke der SPD aus, wie z. B. Georg Ledebour.⁴⁴ Auch der Führer des Zentrums, Matthias Erzberger, war gegen Annexionen, da er befürchtete, daß eine Vermehrung der polnischen Bevölkerung im Reich die nationalen Konflikte verschärfen würde. Auch meldeten sich nunmehr einzelne deutsche Politiker und Publizisten zu Wort, die die Schaffung eines polnischen Staates in Anlehnung an die Mittelmächte nicht gänzlich ausschlossen.⁴⁵

Die deutsche Regierung war jedoch insgesamt betrachtet aus den oben genannten Gründen nicht in der Lage, sich auf ein konsequentes Programm hinsichtlich der Polenfrage festzulegen. Dies wurde unter anderem an den mit dem Bündnispartner in Wien geführten Verhandlungen deutlich, bei denen man zeitweise eine austropolnische Lösung ins Auge faßte, dann aber wieder davon Abstand nahm.⁴⁶ Hinzu kam, daß die militärischen Erfolge, so die Eroberung fast ganz Litauens und Kurlands im September 1915 und die Errichtung der Militärverwaltung Oberost im November des gleichen Jahres, den gesamten Fragenkomplex der Zukunft Polens zu komplizieren begannen.⁴⁷

Auch das Jahr 1916 brachte in dieser Hinsicht keine grundsätzlichen Veränderungen. Allerdings mußte man auf deutscher Seite nach den großen militärischen Erfolgen des Sommers und Herbstes 1915 nun vor allen Dingen Verluste an Menschen hinnehmen (Verdun, die schweren Abwehrkämpfe an der Somme sowie die Brussilov-Offensive, die vor allem die österreichischen Armeen schwer belastete).

Nach Verdun und noch während der Brussilov-Offensive forderte Lüdendorff deshalb in einem Schreiben vom 17. Juli 1916 an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Zimmermann, die Aushebung polnischer Soldaten.⁴⁸ Ähnlich äußerte sich auch Conrad von Hötzendorff, der

42) Ders., *Mitteleuropa* (wie Anm. 39), S. 22; I. Geiss: *Der polnische Grenzstreifen 1914—1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*, Lübeck, Hamburg 1960, S. 47—70.

43) Näheres im Hauptteil, S. 347.

44) Pajewski, *Polityka* (wie Anm. 6), S. 26.

45) Näheres im Hauptteil, S. 352—359.

46) Pajewski, *Polityka* (wie Anm. 6), S. 28.

47) G. Linde: *Die deutsche Politik in Litauen im ersten Weltkrieg*, Wiesbaden 1965, S. 72—79.

48) Pajewski, *Polityka* (wie Anm. 6), S. 28.

in der Schaffung polnischer Armeen das einzige Mittel für eine siegreiche Beendigung des Krieges durch die Donaumonarchie erblickte.⁴⁹

So kam es denn, nachdem die Verhandlungen über einen Separatfrieden mit Rußland endgültig gescheitert waren, nach längeren Verhandlungen zwischen Berlin und Wien zur Verkündung des Manifests vom 5. November 1916, in welchem in allgemeiner und vager Form der Aufbau eines polnischen Staates in Anlehnung an die Mittelmächte angekündigt wurde.⁵⁰ Hierin war nicht von einem unabhängigen, sondern von einem „selbständigen“ Staat die Rede, auch wurde über die Grenzen dieses staatlichen Gebildes nichts Näheres ausgeführt. Das Manifest stand in direktem Zusammenhang mit dem Werbeaufruf der Militärbehörden der Mittelmächte vom 9. November 1916. Die zu schaffende polnische Armee sollte von der deutschen Besatzungsmacht aufgebaut und befehligt werden.⁵¹ Dieser Werbeaufruf der beiden Generalgouverneure wurde von der polnischen Bevölkerung im Zusammenhang mit der am 4. Oktober erlassenen Verfügung von Beselers über die „Bekämpfung der Arbeitsscheu“ gesehen, in welcher mit Zwangsaushebung polnischer Arbeiter gedroht wurde.⁵² Der Werbeaufruf von Beselers stellte einen entscheidenden Fehler dar, da sein funktioneller Zusammenhang mit dem Manifest vom 5. November von der polnischen Bevölkerung durchschaut wurde und die Reaktion dementsprechend negativ ausfiel.⁵³

Auf die weitere Darstellung der Ereignisse in Kongreßpolen kann verzichtet werden, da der thematische Schwerpunkt dieses Beitrags in der Zeit vor der Novemberproklamation liegt. Es sollte freilich hervorgehoben werden, daß die Proklamation vom 5. November 1916 durch die Unentschlossenheit der deutschen Politik und durch deren ungeschickte Maßnahmen in Kongreßpolen faktisch entwertet wurde.

Unabhängig hiervon kam es durch die revolutionären Ereignisse in Rußland im Februar 1917 und die Abdankung des Zaren zu einem erheblichen Stimmungswechsel in der polnischen Bevölkerung. Als sehr typisches und markantes Beispiel für diese Veränderung sei am Ende die Aussage des Publizisten und Politikers der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) Jan C y n a r s k i - K r z e s ł a w s k i zitiert:

„Wenn ich vor zwei Monaten einem Moskalophilen ins Gesicht hätte spucken können, so stellt sich die Sache heute angesichts der russischen Republik anders dar. Heute werden wir vielleicht mit ihnen zusammengehen.“⁵⁴

49) Conze (wie Anm. 2), S. 172.

50) Voller Text bei P. Roth: Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation, Leipzig 1919, S. 41—42 und bei Kumaniecki (wie Anm. 10), S. 48.

51) Conze (wie Anm. 2), S. 233.

52) Ebenda, S. 227.

53) Ebenda, S. 233.

54) Zit. nach Pajewski, Polityka (wie Anm. 6), S. 35.

1. Der Deutsche Ostmarkenverein (DOMV) und die polnische Frage 1914—1916

Die Grundtendenz der Memoranden und Broschüren der Vertreter des Deutschen Ostmarkenvereins und diesem nahestehender Autoren läßt sich in einigen wenigen Sätzen klar umreißen. Im Vordergrund steht bis August 1915 die Ansicht, daß es notwendig sei, mit Rußland zu einer Einigung, das heißt zu einem Separatfrieden zu kommen. In diesem Sinne ist das Memorandum des bekannten deutschen Historikers Otto Hoetzsch (1876—1946)⁵⁵, sind die Eingaben der großen Wirtschaftsverbände an den Reichskanzler vom 10. März und 20. Mai 1915, in denen man aus landwirtschaftlichen Erwägungen Annexionen im Osten vorsah⁵⁶, sowie die Intellektuelleneingabe vom 8. Juli 1915, in der sich 1347 Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens für die Abtrennung eines Grenzstreifens vom Königreich Polen und dessen Angliederung an das Deutsche Reich aussprachen, gehalten.⁵⁷ Die Erfolge der deutschen Heere im Sommer und Herbst 1915 an den Fronten im Osten brachten eine Erweiterung der Kriegszielvorstellungen einiger Vertreter des DOMV. Charakteristisch für diese Tendenz ist das Memorandum des Generalsekretärs des DOMV Schoultz, der sich für einen Separatfrieden mit Rußland ausspricht, wobei er bereits weitreichende Pläne zur Dekomposition des Russischen Reiches entwickelt: Litauen, Lettland, Weißrußland, die Ukraine und Finnland sollen an das Deutsche Reich angegliedert werden, wobei Litauen und Kurland an Preußen fallen sollen, die übrigen Gebiete — darunter auch das Königreich Polen — an Ost- und Westpreußen, an Posen, sowie zum Teil an die neuentstandene Provinz Litauen und Kurland. Die Bewohner dieser Gebiete sollten als „Ausländer“ behandelt werden, die in jedem beliebigen Augenblick ausgesiedelt werden könnten.⁵⁸ Sollte es jedoch auf dieser Basis zu keiner Einigung mit Rußland kommen, so schlug Schoultz vor, aus dem um die an Preußen fallenden Gebiete beschnittenen Teil Kongreßpolens ein autonomes Königreich unter dem Zepher des Prinzen Leopold von Bayern zu machen.

Zu der in all diesen Memoranden auftauchenden Grenzstreifenproblematik kann auf die Denkschrift des Regierungspräsidenten von Frankfurt an der Oder, Friedrich von Schwerin, einem der aktivsten Vertreter einer Annexions- und Kolonisationspolitik im Osten, verwiesen werden.⁵⁹

In diesen zum Teil bis ins kleinste Detail ausgearbeiteten Memoranden und Denkschriften, durch die man sich bemühte, Einfluß auf die Ostpolitik

55) Knebel (wie Anm. 16), S. 16.

56) Geiss (wie Anm. 42), S. 55. Vollständiger Text bei S. Grumbach: Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. 8. 1914 in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet werden, Lausanne 1917, S. 123—128.

57) F. Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Königstein/Ts. 1979, 2. Aufl., S. 143 f.

58) Knebel (wie Anm. 16), S. 16.

59) Fischer, S. 138; Geiss (wie Anm. 42), S. 83.

der Reichsführung auszuüben, sind all jene Momente enthalten, die sich auch in den für die breite Öffentlichkeit vorgesehenen Broschüren finden lassen. Mit der Zunahme der militärischen Erfolge des Deutschen Reichs im Osten wurde auch die für die Öffentlichkeit bestimmte Formulierung und detaillierte Darstellung von Kriegszielen immer deutlicher.

Dietrich Schäfer: Die Notwendigkeit einer deutschen Ausdehnung nach Osten

Der namhafte Historiker Dietrich Schäfer (1845—1929) gehörte während des Ersten Weltkriegs zu den Hauptvertretern eines konservativen deutschen Annexionsgedankens. Schäfer war Mitglied des Alldeutschen Verbands, zweiter Vorsitzender des Flottenverbands, einer der Mitbegründer des Wehrvereins und hatte leitende Positionen im DOMV sowie in der Kolonialgesellschaft. Im Juli 1916 wurde er Vorsitzender des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden“.⁶⁰ Diese Vereinigung vertrat ein imperiales Maximalprogramm und war dementsprechend extrem annexionistisch ausgerichtet. Zur Propagierung des eigenen Kurses wurden Denkschriften, Aufrufe, Resolutionen mit Unterschriften verfaßt, Broschüren herausgegeben und Eingaben an die Reichsbehörden verschickt.

Seine Ansichten im Hinblick auf Osteuropa erläuterte Schäfer am 6. Februar 1915 anlässlich eines Vortrags vor der Gehe-Stiftung in Dresden. Der Wortlaut des Vortrags wurde als Broschüre u. d. T. „Das deutsche Volk und der Osten“⁶¹ herausgegeben.

Mit einem Hinweis auf die aktuellen Kriegseignisse — es geht ihm dabei um den Sieg Hindenburgs bei Tannenberg (26.—30. August 1914) — führt er aus: dem deutschen Volk sei es bewußt geworden, daß es seinen Blick nicht vom Osten abwenden dürfe; denn nicht nach Westen sei der Gang der deutschen Geschichte orientiert, sondern nach Osten (S. 5). Diese These begründet der Autor mit dem hohen Anteil deutscher Bewohner des europäischen Ostens. Die Mehrzahl dieser Deutschen sei im Verlauf der Geschichte von den Landesherrn dieser Staaten ins Land gerufen worden. Im Sinne eines Kulturgefälles von Westen nach Osten meint er:

„Es siegte die überlegene Kultur, sie siegte, weil sie den heimischen Machthabern Vorteile bot“ (S. 15).

Aus diesem Verlauf der Ostkolonisation wird das Recht der im Osten lebenden Deutschen abgeleitet, diese Gebiete als ihre Heimat zu betrachten:

60) K. H. Schädlich: Der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden“ als Zentrum der deutschen Annexionspropaganda im Ersten Weltkrieg, in: Politik im Krieg 1914—1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im Ersten Weltkrieg, hrsg. von der Arbeitsgruppe „Erster Weltkrieg“ im Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter Leitung von F. Klein, Berlin(-Ost) 1964, S. 50—65, hier S. 51.

61) D. Schäfer: Das deutsche Volk und der Osten. Vortrag, gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden am 6. Feb. 1915, Leipzig, Dresden 1915, 43 S.

„Der Deutsche jener Gegenden hat heute auf den Boden, den er bebaut, auf das Haus, das er bewohnt, genau dasselbe Anrecht wie sein anderssprachiger Heimatgenosse, der seinen Stammbaum auf die alten Bewohner des Landes zurückführt. Was er besitzt, haben seine Vorfahren wahrlich in ehrlicher Arbeit und um vollwärtige Gegenleistungen erworben“ (S. 17).

In seinem historischen Abriss betont der Autor, daß die polnischen Teilungen kein Unrecht dargestellt hätten, daß die Inbesitznahme dieser Gebiete eine Pflicht für die Selbsterhaltung Preußens gewesen sei (S. 23).⁶²

Das Verhältnis Preußens gegenüber den Polen interpretiert Schäfer ausschließlich von der preußischen Staatsräson her. Der Vertrag vom 3. Mai 1815 zwischen Preußen und Rußland, der das Verhältnis zur polnischen Bevölkerung geregelt habe, sowie der Erlaß vom 15. Mai 1815 seien von preußischer Seite peinlichst eingehalten worden (S. 33). Wenn dies auf die Dauer nicht so geblieben sei, so sei dies ausschließlich Schuld der Polen. In diesem Zusammenhang verweist der Autor auf den Aufstand von 1830/31 und das Verhalten der Posener Polen. Die Reaktion hierauf sei die zehnjährige Herrschaft des „unvergeßlichen Flottwell“ gewesen, dagegen habe die Ära Friedrich Wilhelms IV. einen Zeitraum der Versöhnungspolitik dargestellt, deren Ergebnis die bewaffnete Erhebung im April 1848 in Posen gewesen sei. Ähnliches habe sich am 16. April 1867 wiederholt, als die Polen gegen die Einverleibung Posens in den Norddeutschen Bund protestierten. Damit hätten sie wiederum bekundet, daß sie die Idee eines selbständigen polnischen Staates nicht aufgeben wollten (S. 33—35).

Dieses Ziel der Polen sei aber mit aller Macht zu bekämpfen, da es sich direkt gegen die Deutschen in diesen Gebieten richte. Damit stellt sich Schäfer auf den Boden der kompromißlosen, wenn auch wenig effektiven preußischen Polenpolitik seit 1885.

Zwar sei die Zeit noch nicht gekommen, konkrete Pläne zu machen, meint der Autor des weiteren, aber bei günstigem Kriegsausgang müsse die Frage einer Grenzkorrektur im Osten erörtert werden, denn:

„Bleibt diese Linie wie sie ist, so sind Preußen und Deutschland ganz abgesehen von der Überlegenheit Rußlands an materiellen Machtmitteln, belastet, zugleich mit der Möglichkeit einer polnisch-russischen Verständigung, und mit dem Haß, der als bitterer Rest des Krieges, möge er ausgehen wie er wolle, zweifellos zurückbleiben wird“ (S. 41).

Somit deutet Schäfer, wenn auch noch nicht in konkreter Form, die Notwendigkeit einer aus strategischen Gründen vorzunehmenden Grenzkorrektur an. Diese Argumentation wird um eine zweite Komponente er-

62) Zu Schäfers Sicht der polnischen Teilungen s.H. Serejski: *Europa a rozbiory Polski. Studium historiograficzne* [Europa und die polnischen Teilungen. Eine historiographische Studie], Warschau 1970, S. 349. Vgl. auch H. Olszewski: *Nauka historii w upadku. Studium o historiografii i ideologii historycznej w imperialistycznych Niemczech* [Geschichtswissenschaft im Verfall. Studien zur Historiographie und geschichtlichen Ideologie im imperialistischen Deutschland], Warschau, Posen 1982, S. 80—88.

weitert. Der Autor verweist auf das Wachstum der deutschen Bevölkerung und die steigende Industrialisierung des Deutschen Reiches und hebt hervor, daß das deutsche Volk neuen, landwirtschaftlich nutzbaren Boden benötige. Dieser könne aber nur im Osten gefunden werden (S. 42). Obwohl Schäfer auch hier noch nicht besonders konkret wird, so läßt sich doch aus seinen Formulierungen ableiten, daß er neben einer neuen strategischen Ostgrenze auch die Neubesiedlung Osteuropas mit deutschen Kolonisten — also die Wiederbelebung des Gedankens der Ostkolonisation — vorsieht.

Nach den Erfolgen der deutschen Armeen im Osten formulierte er die Kriegsziele in seiner Sicht schon konkreter. In dem von ihm bearbeiteten Professorenmemorandum vom 20. Juni 1915 forderte Schäfer die Abtrennung breiter Grenzstreifen von Polen sowie die Gewinnung der russisch-baltischen Provinzen als Kolonisationsgebiet.⁶³

Der DOMV fordert eine erneute Teilung Polens

Nach der Einnahme Warschaus (5. August 1915) meldete sich der DOMV in zahlreichen Denkschriften zur polnischen Frage zu Wort. Als bezeichnend für ihre Tendenz kann eine vom Hauptvorstand des DOMV herausgegebene Schrift u. d. T. „Denkschrift zur polnischen Frage“ angesehen werden, die nicht für die Presse bestimmt war und vom Oktober 1915 datiert ist.⁶⁴ Hierin betonen die Verfasser, daß die polnische Frage, das heißt die Frage nach der staatlichen Neugliederung des Königreichs Polen, nur nach den Lebensnotwendigkeiten der gegen Rußland kriegführenden Mächte zu betrachten und zu beantworten sei. Im folgenden wird deutlich gemacht, wo die „Lebensinteressen“ des Deutschen Reiches liegen: Das Anrecht auf Polen sei größer als das Österreichs, wobei die Ziele Deutschlands nicht durch die Schaffung eines selbständigen polnischen Staates zu erreichen seien. Ebenso sei die Schaffung eines polnischen Staates in Abhängigkeit von Deutschland und Österreich nicht denkbar, da die Selbständigkeit eines solchen Staates, wenn dieser gegen Rußland Sicherheit bieten solle, entweder durch Deutschland oder Österreich dermaßen stark eingeschnürt werden müßte, daß von ihm nur noch die Bezeichnung „Pufferstaat“ übrig bliebe (S. 1—3). Gelöst werden könne die polnische Frage deshalb nur durch eine erneute Teilung Polens. Aus militärischen Gründen sei eine neue Ostgrenze entlang der Linie Njemen-Bóbr-Narew-Weichsel erforderlich. Der oberschlesischen Industrie solle das angrenzende polnische Industriegebiet zugeschlagen werden (S. 4). Offensichtlich war

63) W. Basler: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914—1918, Berlin 1962, S. 39. Text des Memorandums bei Grumbach (wie Anm. 56), S. 135 ff.; A. Galos, F. H. Gentzen, W. Jakóbczyk: Dzieje Hakaty [Geschichte des Deutschen Ostmarkenvereins], Posen 1966, S. 323.

64) Denkschrift zur polnischen Frage, hrsg. vom Hauptverband des Deutschen Ostmarkenvereins, Oktober 1915. Die Denkschrift trägt die Unterschriften von Tiedemann-Seeheim (Vorsitzender), Wagner (1. stellvertretender Vorsitzender), Raschdau (2. stellvertretender Vorsitzender), Shoultz (Generalsekretär).

damit das Kohlebecken um Dąbrowa gemeint. Entschieden spricht sich der DOMV gegen eine austropolnische Lösung aus. Österreich würde nämlich in einem solchen Fall zu viele Slawen im Staate haben, wodurch deren Einfluß im Reichsrat weiter ansteigen würde. Widersprochen wird auch der Auffassung, daß ein polnischer Staat ein Bollwerk gegen Rußland darstellen könnte:

„So viele Lösungen der polnischen Frage diskutiert werden können, jede wird entweder unter dem Gesichtspunkt einer Wiederherstellung Polens oder einer neuen Teilung fallen. Ein drittes gibt es nicht, und der Glaube an die abendländische Kulturgemeinschaft ist kein Faktor im Kampfe der Staaten miteinander um die Macht“ (S. 6).

Preußen solle seinen neuen Teilungsanteil Polens wie eine Kolonie behandeln, mit weitgehender innerer Freiheit und mit festen wirtschaftlichen Anschluß an das deutsche Zoll- und Wirtschaftsgebiet. Was den österreichisch-ungarischen Anteil am geteilten Polen angehe, so sei dafür zu sorgen, daß der ukrainische Teil Galiziens als besonderes Kronland organisiert werde. Überhaupt dürfe das ukrainische Element nicht durch die Polen unterdrückt werden, da dies nur die Stellung der letzteren in Österreich-Ungarn stärken würde. Die preußische Polenpolitik dürfe nicht geändert werden, insbesondere nicht die bisherige Sprach- und Schulpolitik, dasselbe gelte auch für die Ansiedlungspolitik (S. 8).

An diesen Vorstellungen der Vertreter des DOMV zur Polenfrage änderte sich im Grunde genommen nichts. Unruhig wurde man in den Kreisen des DOMV jedoch, als sich eine Veränderung in der Polenpolitik des Reichskanzlers abzuzeichnen schien. Dies geschah allein dadurch, daß Bethmann-Hollweg in seiner Reichstagsrede vom 19. August 1915 die polnische Frage zum ersten Mal öffentlich aufgriff, von der Aufgabe sprach, das neugewonnene Land zu verwalten und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklicheren Zukunft zuzuführen, in welcher es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln könne.⁶⁵ Grund für die Besorgnis des DOMV war nicht nur die Reichstagsrede des Kanzlers, sondern auch die gegen Annexionen im Osten gerichtete Haltung maßgeblicher deutscher Politiker wie z. B. Matthias Erzberger. Außerdem hatten sich einige deutsche Publizisten für die Möglichkeit der Schaffung eines polnischen Staates in Anlehnung an die Mittelmächte ausgesprochen.⁶⁶ Bereits in einem Artikel vom 12. September 1915 äußerte das bekannte Mitglied des DOMV, der Chefredakteur der „Ostmark“ Ernst Hunkel, in der „Täglichen Rundschau“ Kritik an der Reichstagsrede Bethmann-Hollwegs.⁶⁷ Schließlich entschloß man sich seitens des DOMV im Frühjahr 1916, mit einer von Hunkel verfaßten Broschüre an die Öffentlichkeit zu treten. Diese Schrift kann somit als eine Zusammenfassung des offiziellen Standpunktes des DOMV für die Zeit vom August 1915 bis Frühjahr 1916 angesehen werden.⁶⁸ Ausgangspunkt für die Überlegungen Hunkels ist die

65) Conze (wie Anm. 2), S. 82.

66) Näheres im Abschnitt über die „propolnischen“ deutschen Publizisten, S. 352—359.

67) Galos/Gentzen/Jakóbczyk, S. 326, Anm. 52.

Rede des Reichskanzlers vom 19. August 1915, die als Zeichen für die Absicht der Abtrennung Polens von Rußland zu deuten sei. Was jedoch die Polen angehe, so würden diese nicht auf polnisch-preußische Gebiete verzichten: sie bestünden auf dem Besitz von Oberschlesien, Gnesen und Posen. Es sei davon auszugehen, daß die Polen grundsätzlich deutschfeindlich seien: die polnische Presse habe sich von Beginn an nicht „deutschvaterländisch“, nicht einmal „deutschfreundlich“ geäußert, das Engagement einiger Polen — gemeint sind damit solche Persönlichkeiten des preußisch-polnischen öffentlichen Lebens wie Fürst Olgierd Czartoryski und Graf Franciszek Kwilecki, die einige auf deutsch-polnische Aussöhnung gerichtete Broschüre verfaßt hatten⁶⁸, spiele in diesem Zusammenhang keine Rolle.

Geschickt greift Hunkel die These Wilhelm Feldmans aus dessen Schrift „Die Zukunft Polens und der deutsch-polnische Ausgleich“ auf, in der dieser ausgeführt hatte, daß, wenn die Hoffnungen der Polen durch Deutschland nicht erfüllt würden, die Polen unweigerlich ins russophile Lager abgleiten müßten.⁷⁰ Diese Überlegungen Feldmans charakterisiert Hunkel als „politische Erpressung“ und „Drohung mit Revolution.“ Schließlich kommt der Autor noch einmal auf die Broschüre Kwileckis „Polen und Deutsche gegen Rußland“ zu sprechen, in welcher dieser Ansprüche auf ukrainische und weißruthenische Gebiete angemeldet hatte.⁷¹ Hierin erblickt Hunkel ein Indiz dafür, daß die Polen nicht dazu bereit seien, auf ihre Zukunftspläne zu verzichten. Von polnischer Seite seien die Bedenken gegen eine polnische Staatsgründung mit dem Argument beiseite geschoben worden, daß ein Großteil der Polen Preußens in einen neugeschaffenen polnischen Staat abwandern würde. Gegen ein solches Argument hätten sich freilich die Posener Polen mit aller Macht ausgesprochen. So seien die Ausführungen Studnickis zu diesem Thema im „Kurjer Poznański“ vom 27. 5. 1915 als „krankhafte Hirnentgleisungen“ charakterisiert worden.⁷²

Nach dieser Kritik an der konservativ-polnischen, austropolnischen und aktivistischen Orientierung geht der Autor dazu über, seine und damit auch die Vorstellungen des DOMV zur Zukunft Polens darzulegen.

Ernst Hunkel: Die Errichtung eines neuen „Großherzogtums Warschau“

Erneut wird die Forderung nach einer Grenzkorrektur entlang der Linie Njemen-Bóbr-Narew-Weichsel erhoben. Da Russisch-Polen durch deutsche Waffengewalt erobert worden sei, die Polen sich aber weder

68) E. Hunkel: Deutschland und die Polenfrage im Weltkriege, Berlin 1916, 28 S.

69) Näheres im Abschnitt über die polnischen Konservativen, S. 362—366.

70) Näheres im Abschnitt über Feldman, S. 380.

71) Näheres im Abschnitt über die polnischen Konservativen, S. 362 f.

72) Näheres im Abschnitt über Studnicki, S. 367 f.

selbst befreit noch einen nennenswerten Beitrag zu ihrer Befreiung geleistet hätten, habe man ihnen gegenüber keine Verpflichtungen (S. 17). Im übrigen hätten die Polen kein Recht auf einen eigenen Einheitsstaat, schließlich erhielten sie schon von deutscher Seite genug:

„Schon haben sie in Lodsch und Warschau und allenthalben in dem von uns besetzten Gebiete den Segen deutscher Verwaltungsarbeit, deutscher Zucht, Ordnung, Redlichkeit, Pflicht und Tatkraft kennengelernt“ (S. 19).

Im Anschluß wirft Hunkel den Gedanken der Errichtung eines neuen „Großherzogtums Warschau“ auf, dessen Großherzog der deutsche Kaiser und preußische König werden solle. Ein solches Staatsgebilde sei mit Preußen und dem Deutschen Reich in Realunion zu verbinden; militärisch müsse Polen in deutscher Hand bleiben, wirtschaftlich mit dem Deutschen Reich ein einheitliches Zollgebiet bilden (S. 20). Österreich habe seine Ansprüche nur auf rein polnisches Gebiet zu beschränken. Galizien sei nach Volkszugehörigkeit aufzuteilen: das überwiegend von Ukrainern bewohnte Ostgalizien solle mit Lemberg als Hauptstadt eine besondere staatliche Gestaltung erhalten und von dem beherrschenden Polentum völlig unabhängig gemacht werden. Das russische Gouvernement Cholm habe außerhalb des polnischen Verwaltungsgebietes zu bleiben, gar nicht zu reden von weiteren ukrainischen, litauischen und weißrussischen Gebieten. Mit den Ukrainern — einem Volk von dreißig Millionen — sei das deutsche Volk durch gemeinsame Interessen verbunden, da ein ukrainisches Staatsgebilde dazu berufen wäre, allzu weit greifende polnische Machtgelüste von Osten her in Schach zu halten.

Für die deutsche Bevölkerung — insbesondere für die Rußlanddeutschen — notwendiges Siedlungsland müsse im Raum von Litauen und Kurland bereitgestellt werden. Auch schlägt Hunkel nunmehr explizit die Schaffung eines Grenzstreifens durch Annexion von Teilen Kongreßpolens vor, aus dem die polnische Bevölkerung ausgesiedelt werden solle und in welchem Deutsche anzusiedeln seien. Die ausgesiedelten Polen könnten im russischen Gouvernement Grodno angesiedelt werden. Für die Ausführung dieser Umsiedlungsaktion sieht der Autor einen Zeitraum von zehn Jahren vor, wobei er immerhin konzidiert, daß man die polnischen Umsiedler zu entschädigen habe (S. 27).

Im Unterschied zu Schäfer, der sich in seiner Schrift einer Argumentation im Sinne der deutschen „Ostbewegung“ und der deutschen Ostkolonisation bediente, um mit diesen für das Geschichtsverständnis der damaligen Generation typischen Begriffen eine weitere Expansion des Deutschen Reichs nach Osten hin zu rechtfertigen, argumentiert Hunkel offen von der Position der Stärke her, ohne sich um eine auch nur in Ansätzen objektivierbare Legitimation für seine weitreichenden Annexions- und Umsiedlungspläne zu kümmern. Eine ähnliche Position wie Hunkel nahm der Oppelner Generaldirektor Richard Friedländer in seiner im Kriegssommer 1916 erschienenen Schrift „Deutsch-Polen“ ein.⁷³

73) R. Friedländer: Deutsch-Polen, Oppeln 1916.

Richard Friedländer: „Deutsch-Polen“ als deutsche Kolonie

Friedländer spricht sich in seiner Broschüre für die Einverleibung des durch die deutschen Truppen besetzten Teils Kongreßpolens aus. Im Vordergrund seiner Argumentation stehen wirtschaftliche Erwägungen. Es geht ihm um die landwirtschaftliche Versorgung des Deutschen Reichs und die Ausbeutung der Bodenschätze Polens (S. 4).

Falls Polen zu einem selbständigen Kolonialreich mit eigener Verfassung werden sollte, bestünde die Möglichkeit, durch besondere Zollverhältnisse Industrie und Landwirtschaft weiter zu sichern. Was die Industrie angehe, so müsse man in Betracht ziehen, daß die deutsch-polnische Industrie auf den Absatz in Rußland angewiesen sein werde (S. 7). Deshalb müsse nach einem Friedensvertrag mit Rußland für „Deutsch-Polen“ der Absatz nach Rußland durch eine Vorzugsklausel gesichert werden. Sollte diese Forderung Rußland gegenüber nicht durchgesetzt werden, so sei den Russen eine Kriegskostenentschädigung in Höhe von einigen Milliarden aufzuerlegen. Polen aber müsse in möglichst großem Umfang zu „Deutsch-Polen“ werden:

„Wenn wir aber fest zugreifen, dann wird sich unter unserer unantastbaren Verwaltung und unter unserer Organisation Polen in noch höherem Maße und schneller entwickeln, wie dies bei Posen der Fall war; und die Polen werden Deutsch-Polen werden“ (S. 8—9).

Wenn man sich vergegenwärtigt, mit welchen Schwierigkeiten die preußische Regierung und die Reichsregierung hinsichtlich der Polenfrage bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu kämpfen hatte, erscheint das letzte Zitat als Produkt eines etwas naiven Glaubens an das Allheilmittel preußischer Verwaltung und Organisation. Allerdings hat Friedländer außerdem noch einige Maßnahmen parat, die der Befriedung der polnischen Bevölkerung dienlich sein könnten: Den Bewohnern des gegenwärtigen Russisch-Polen solle das Wahlrecht für den Deutschen Reichstag versagt bleiben. Vorgesehen wird die Einräumung einer Selbstverwaltung für die Polen, die dem „Bildungsstand der breiten Masse“ entspreche. „Unter diesen Voraussetzungen“ — so die Überzeugung des Autors — „werden sich die breiten Massen der Bewohner Polens gegen die Besitzergreifung durch das Deutsche Reich nicht sträuben, und die Nationalitätenfrage wird eine Magenfrage sein“ (S. 10).

Alle hier zu Wort gekommenen Vertreter des DOMV gehen in ihren Ausführungen davon aus, daß das Deutsche Reich nicht auf Annexionen im Osten verzichten könne. Dabei reichen die territorialen Ansprüche von der Forderung nach Abtrennung eines polnischen Grenzstreifens entlang der Linie Njemen-Bóbr-Narew-Weichsel bis zur Forderung nach Annexion des gesamten durch deutsche Truppen besetzten Teils Kongreßpolens. Allen Autoren ist zudem gemeinsam, daß sie eine austropolnische Lösung kategorisch ablehnen.

Gefordert wird die Teilung Kongreßpolens zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, wobei man davon ausgeht, daß man das für

Preußen neuerworbene polnische Teilungsgebiet wie eine Kolonie zu behandeln habe. Im neuerworbenen österreichisch-ungarischen Teilungsgebiet sieht man die Schaffung eines besonderen österreichischen Kronlandes vor, in dem der ukrainische Teil Galiziens zusammengefaßt werden sollte. Die Schaffung eines solchen Staatsgebildes sollte der Niederhaltung des Polentums dienen.

Nach der Besetzung des Königreichs Polen und Litauens im Sommer und Herbst 1915 erschien es den Vertretern des DOMV auch realistisch, die Besiedlung Litauens und Kurlands mit deutscher Bevölkerung zu fordern, was natürlich in irgendeiner Form den Anschluß dieser Gebiete an das Deutsche Reich bzw. Preußen zur Voraussetzung gehabt hätte.

Schließlich wird auch die Aussiedlung der polnischen Bevölkerung aus dem zu annektierenden Grenzstreifen Kongreßpolens gefordert, um diesen mit deutscher Bevölkerung zu besiedeln. Vorgesehen war die Trennung der polnischen Bevölkerung Preußens durch einen deutschen Siedlungsstreifen von den Polen des neuen polnischen Teilungsgebiets. Zieht man in Betracht, daß das neue Teilungsgebiet zwischen der projektierten Grenzlinie Njemen-Bóbr-Narew-Weichsel und der Grenze zum neuen österreichisch-ungarischen Teilungsgebiet — vorgesehen war wohl die Grenze zwischen dem deutschen und österreichischen Generalgouvernement — militärisch und wirtschaftlich fest an das Deutsche Reich gebunden werden sollte, so wird deutlich, daß es den hier behandelten Vertretern des DOMV um eine totale Unterordnung der neuerworbenen polnischen Gebiete ging. Diese sollten den Status einer Kolonie erhalten.

Friedländer, dem im Frühjahr 1916 die Annexion des gesamten polnischen Besatzungsgebietes vorschwebte, ging noch einen Schritt weiter. Durch die politische Einrichtung einer Verwaltung, die dem „Bildungsstand der breiten Masse entspreche“, erhoffte er sich die Reduktion der Nationalitätenfrage zur „Magenfrage“. Konfrontiert man diese letzte Aussage mit seiner Ansicht, daß es durch den wirtschaftlichen Ausbau „Deutsch-Polens“ möglich sein werde, aus den Polen „Deutsch-Polen“ zu machen, so wird deutlich, daß es ihm nicht um den Versuch der Germanisierung der Polen „Deutsch-Polens“ geht, sondern um die Schaffung eines Standes von Einwohnern — nicht Staatsbürgern — zweiter Klasse. Die polnische Frage in den neuerworbenen Gebieten sollte durch Aussiedlung und koloniale Unterdrückung gelöst werden.

2. Extreme Annexions- und Kolonisationsvorstellungen

Friedrich Lezius: Deutschpolen unter Militärdiktatur

Der aus Livland stammende und in Königsberg lehrende Kirchenhistoriker Friedrich Lezius (1859—1936) war in seinen Kriegszielvorstellungen noch extremer als der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Justizrat Heinrich Claß (1868—1953) aus Mainz. Letzterer hatte bereits im Winter

1914 in einer an führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gerichteten Denkschrift gefordert, daß Rußland alle Gebiete, die es seit Peter dem Großen erworben hatte, verlieren solle.⁷⁴

In Briefen vom Sommer und Herbst 1914 an den evangelischen Theologen Geheimrat Reinhold Seeberg hatte *Lezius* seine extremen und zum Teil phantastisch anmutenden Kriegszielvorstellungen dargelegt.⁷⁵ In seiner Denkschrift „Deutschland und der Osten“, die Ende 1915 bzw. Anfang 1916 erschienen sein muß, stellt der Autor seine weitreichenden Pläne einer Dekomposition Rußlands sowie seine Annexions- und Kolonisationsvorstellungen in gedrängter und offener Weise dar.⁷⁶ Da er in seinen weitgespannten Vorstellungen zur „Neuordnung“ Osteuropas auch längere Passagen der polnischen Frage widmet, soll dieser etwas exzentrische und auf Grund seiner überspannten Vorstellungen eigentlich keinem politischen Lager eindeutig zuzuordnende Autor nicht unerwähnt bleiben. Kriegsziel des Deutschen Reiches müsse vor allem die Beschränkung der Großrussen auf Moskowien und das asiatische Kolonialgebiet sein. Der Fortbestand des russischen Reiches in seiner gegenwärtigen Form sei mit der Sicherheit Deutschlands nicht vereinbar, die Grenzgebiete Rußlands sollen deshalb an Deutschland und dessen Verbündete fallen (S. 1). Für Finnland und die Ukraine sieht *Lezius* staatliche Selbständigkeit vor, während die übrigen Grenzgebiete, die Rußland verlieren müsse, der Kaukasus, Polen und der baltisch-weißrussische Nordwesten, nicht dazu geeignet seien, selbständige Staaten zu bilden (S. 2). Deziidiert spricht sich der Autor gegen ein selbständiges Polen aus:

„Ein selbständiges Königreich Polen wäre eine tödliche Gefahr für uns. Es würde sich sofort an Rußland anschließen, um mit Rußlands Hilfe uns Posen und Danzig zu entreißen. Nur politische Harmlosigkeit kann den Traum einer deutsch-polnischen Versöhnung träumen. Der deutsch-polnische Gegensatz bleibt bestehen“ (S. 3).

Auch eine Personalunion mit Österreich-Ungarn hält er für bedenklich. Die militärische Sicherheit des Deutschen Reiches fordere den Anschluß Warschaus und des Narewgebiets an Deutschland; Nordpolen müsse für immer in deutscher Hand bleiben. Ebenso seien litauische und baltische halbsouveräne Pufferstaaten eine „schädliche Halbheit“, deshalb sollten diese Gebiete im Interesse der deutschen Sicherheit erobert und „mit fester Hand nach dem Vorbild der Römer regiert werden“. Rußland aber müsse von der Ostsee getrennt und die deutsche Grenze an Wolchow und Dnjepr verlegt werden:

„Verlegen wir unsere Ostgrenze an den Wolchow und Dnjepr, so daß Groß-Nowgorod und Mohilew deutsche Grenzstädte werden, so haben wir eine Grenze, die kaum länger ist, als unsere jetzige abscheuliche Grenze, aber unvergleichlich viel besser und leichter zu verteidigen ist“ (S. 4).

74) *Linde* (wie Anm. 47), S. 10.

75) *Ebenda*, S. 13—15.

76) *Deutschland und der Osten*. Eine Denkschrift von Prof. Dr. Friedrich *Lezius*, Königsberg o. J., 16 S. Die Denkschrift ist nicht datiert und trägt den Vermerk „Handschrift Vertraulich“.

Nach Lezius stellt dies das Maximum dar, das zu erreichen wäre. Neben diesem gigantischen Annexions- und Kolonisierungsprogramm entwickelt der Autor noch ein etwas „bescheideneres“ Minimalprogramm. Danach sei Rußland der Zugang zum Schwarzen Meer eher zu gestatten als zur Ostsee. Bei einer Befreiung Finnlands solle den Russen die östliche Ukraine überlassen werden, und von deutscher Seite könne man sich mit der Befreiung der westlichen Ukraine bis zum Dnjepr begnügen. Galizien aber müsse von Zisleithanien getrennt werden. Dabei sieht Lezius vor, daß der polnische Teil mit dem an die Donaumonarchie fallenden Teil von Russisch-Polen zu einem Königreich „Polen-Krakau“ vereinigt werden soll. Entschieden lehnt er die Forderung nach einem selbständigen „Neupolen“ ab (S. 7).⁷⁷

Bei diesen Plänen würden die Polen auf Grund ihrer großen Zahl, ihrer Geschichte und Kultur, ihres Nationalstolzes sowie der Tüchtigkeit ihres neu entstandenen Bürgertums die größten Schwierigkeiten machen. Deshalb müsse das Vorhaben, sie gewaltsam zu germanisieren, „als höherer politischer Blödsinn erscheinen“, vielmehr sei in den deutschen Ostprovinzen „reines Haus“ zu machen. Polnischer Grundbesitz müsse in deutschen Staatsbesitz überführt und mit Deutschen besiedelt werden; den Polen sei der Erwerb von Grundstücken außerhalb Polens zu verbieten. Deutschpolen habe unter der Diktatur der deutschen Militärgouverneure zu bleiben. Mit der Zeit würden sich die Polen, die der Autor für „Opportunisten“ hält, der deutschen Herrschaft fügen, „wenn sie merken, daß sie fest und dauernd ist und sich weder durch Betteln noch durch Drohen mehr Rechte abpressen läßt“ (S. 14).

Was die Bevölkerungspolitik angeht, so drückt sich der Autor drastisch aus. Wenn es nötig erscheine, so solle zum Mittel der „Ausweisung“ und „Ausräumung“ gegriffen werden, denn Polen müsse für immer eine unterworfenene Provinz bleiben. Deshalb seien die Polen den Deutschen auch nicht gleichzustellen und auch nicht mit dem Reichsbürgerrecht auszustatten.

Lezius scheint der Überzeugung gewesen zu sein, daß die von Deutschland eroberten russischen und kongreßpolnischen Gebiete rasch besiedelt werden könnten; er verstieg sich sogar zur Behauptung, daß dieser Raum als Immigrationsland geeignet sein würde:

„Aus Amerika werden deutsche Rückwanderer kommen. Auch Dänemark und Schweden werden uns Siedler liefern. Sie werden kommen, wenn wir auf jede Germanisierung verzichten, ihnen weitgehende Gemeindefreiheit und eigene Schulen gewähren, auch ihnen, wenn sie auf einige Hunderttausend heranwachsen, dänische und schwedische Gymnasien zugestehen. Wird es bekannt, daß es sich unter dem deutschen Militarismus freier und fröhlicher leben läßt als unter der amerikanischen Korruption, so werden noch manche Skandinavier aus Amerika zu uns herüberkommen“ (S. 15).

77) Offensichtlich bezieht sich Lezius hier auf die Broschüre von Max Kranz, die 1915 u. d. T. „Neupolen“ erschien. Näheres im Abschnitt über die „propolnischen“ deutschen Publizisten, S. 355—357.

Insbesondere die letzten Ausführungen zeugen von einer an Größenwahn grenzenden Überzeugtheit von der Mission Deutschlands und des deutschen Militarismus. Insofern scheint die Charakteristik *Lindes*, der sich in seiner Arbeit am Rande auch mit der Person von Lezius beschäftigt hat, durchaus zutreffend:

„Allerdings ist Lezius nicht als typischer Vertreter der deutschen Hochschullehrerschaft, ja nicht einmal als typischer Vertreter des Alldeutschen Verbandes zu betrachten. Es handelt sich bei ihm um einen verstiegenen Außenseiter.“⁷⁸

Formal kann man den Königsberger Kirchenhistoriker dem Kreis um die aus dem Baltikum stammenden Historiker Theodor Schiemann (1847—1921), Johannes Haller (1865—1947) und Paul Rohrbach (1868—1956) zuordnen, die die Ansicht vertraten, daß Rußland kein organisch gewachsenes, einheitliches Staatsgebilde sei, sondern ein Konglomerat von Völkern, das künstlich durch das despotische Zarentum zusammengehalten werde.⁷⁹ Bei diesen Autoren stand die Forderung nach der Dekomposition Rußlands und der Sicherung des deutschen Einflusses im baltisch-litauischen Raum im Vordergrund ihrer Überlegungen. Die polnische Frage hatte im Grunde genommen bei solch weitreichenden Konzeptionen nur eine zweitrangige Bedeutung.

3. Die Möglichkeit des Aufbaus eines polnischen Staates aus der Sicht einiger deutscher „propolnischer“ Autoren

Neben der strikt antipolnischen Haltung der Vertreter des DOMV, die sich jedem Ansatz für einen Wiederaufbau des polnischen Staates widersetzen, machten sich in der deutschen politischen Publizistik des Sommers und Herbstes 1915 durchaus auch Vorstellungen geltend, die sich dem Aufbau eines polnischen Staates in Anlehnung an Deutschland nicht grundsätzlich versagten. Allerdings kann nicht gesagt werden, daß die in diesem Kapitel behandelten Autoren ein einheitliches oder abgestimmtes Programm hinsichtlich der polnischen Frage hatten, denn jeder einzelne von ihnen ging seinen ganz individuellen Geschichtsvorstellungen und politischen Ideen für die Zukunft nach. Im Unterschied zu allen anderen deutschen Broschürenautoren stimmten sie freilich in einem Punkt miteinander überein: sie hielten den Aufbau eines polnischen Staates in Anlehnung an das Deutsche Reich für möglich, zum Teil für wünschenswert.

Hans Delbrück: Die Idee einer sächsisch-polnischen Personalunion

Zu denjenigen Autoren, die sich im Sommer 1915 für die Schaffung eines polnischen Staates in Anlehnung an das Deutsche Reich aussprachen, gehörte der bekannte deutsche Militärgeschichtler Hans Delbrück (1848—

⁷⁸) *Linde* (wie Anm. 47), S. 15.

1929). Seine politischen Ansichten im Hinblick auf die polnische Frage brachte er u. a. in den „Preußischen Jahrbüchern“ zum Ausdruck, die er ab 1883 zusammen mit Heinrich von Treitschke (1834—1896) und von 1889—1919 selbständig redigierte. Bereits lange vor Kriegsausbruch hatte sich Delbrück kritisch mit der preußischen Polenpolitik auseinandergesetzt. So im Jahre 1906, als er ihr „Halbheit“ vorwarf, da man die Polen einerseits national schikanierte, andererseits aber wirtschaftlich fördere.⁸⁰ Im Jahre 1914 schrieb er in seinem Buch „Regierung und Volkswille“⁸¹, daß die polnische Gesellschaft aus vier Ständen bestehe, von denen drei für einen deutsch-polnischen Ausgleich zu gewinnen seien. Sowohl der polnische Adel, der enge Beziehungen zum Berliner Hof anstrebe und seine Söhne für den Offiziersstand vorsehe, als auch die polnische Geistlichkeit, die ihre Stellung im westlichen Kulturkreis und die Zugehörigkeit zur römischen Religion betone, sei für einen Ausgleich mit Preußen zu gewinnen. Schließlich gelte dies auch für die polnischen Bauern, die bis heute nicht vergessen hätten, was sie den preußischen Königen zu verdanken haben. Lediglich der vierte Stand — das polnische Bürgertum — bilde den einzigen unversöhnlichen Teil der polnischen Gesellschaft. Dieses habe sich in den letzten Jahren dermaßen stark entwickelt, daß es beginne, die deutsche Konkurrenz zu verdrängen, und deshalb stelle auch der Versuch der Aussöhnung mit ihm eine undurchführbare Aufgabe dar.

Schließlich stellte Delbrück in seinem 1915 erschienenen Buch „Bismarcks Erbe“⁸² im Gegensatz zu der weitverbreiteten Lehrmeinung im Bezug auf die Ära Caprivi (1890—1894) fest, daß die Nationalitätenpolitik Capravis kein Abgehen von der Bismarckschen Tradition bedeutet habe. Delbrück führt die antipolnische Politik Bismarcks ab 1886 auf den parlamentarischen Kampf im Reich zurück. Hauptgrund für die gegen das Polentum gerichteten Maßnahmen sei jedoch die außenpolitische Situation gewesen. Bismarck mußte sich zu dieser Zeit darum bemühen, eine russisch-französische Annäherung zu verhindern und die guten Beziehungen zu Ruß-

79) Fischer (wie Anm. 57), S. 234 f. Auch diese Autoren meldeten sich mit einigen Broschüren zu den Kriegszielen im Osten zu Wort: P. Rohrbach: Rußland und wir, Stuttgart 1915, 94 S.; ders.: Russische Selbstzeugnisse der Feindschaft, Stuttgart 1916, 80 S.; J. Haller: Die russische Gefahr im deutschen Hause, Stuttgart 1917, 94 S. Diese Broschüre Hallers stellt eine polemische Auseinandersetzung mit dem im Jahre 1913 u. d. T. „Rußland“ erschienenen Buch von Otto Hoetzsch dar. Im Gegensatz zu dem in der deutschen Öffentlichkeit und in Militärkreisen einflußreichen Theodor Schiemann und dessen Kreis betrachtete Hoetzsch Rußland als organisch gewachsenes Staatsgebilde und vertrat während des Ersten Weltkrieges die Auffassung, daß das Russische Reich als Ganzes zu belassen und die Entscheidung im Westen zu suchen sei.

80) H. Delbrück: Der Reichstag und die auswärtige Politik. Der Schulstreik und die Polenfrage, in: Preußische Jbb. 126 (1906), S. 557—569, hier S. 564.

81) Ders.: Regierung und Volkswille, Berlin 1914, S. 172—174.

82) Ders.: Bismarcks Erbe, Berlin, Wien 1915.

land zu erhalten. Kein Mittel sei in diesem Zusammenhang probater gewesen als die Unterdrückung der Polen.⁸³

Delbrück sah also einen funktionellen Zusammenhang zwischen der antipolnischen Politik der preußischen Regierung und dem deutsch-russischen Verhältnis. Dementsprechend konnte auch der Kurs der deutschen Polenpolitik verändert werden, wenn der deutschen Regierung nicht mehr an einer Rücksichtnahme auf Rußland gelegen war.⁸⁴

In seinem Aufsatz „Die Rede des Reichskanzlers und die Zukunft Polens“⁸⁵ diskutiert Delbrück die verschiedenen Möglichkeiten zur Lösung der polnischen Frage. Wie die meisten deutschen Publizisten spricht er sich gegen eine austropolnische Lösung aus, da er befürchtet, daß das slawische Element in einem solchen Fall einen zu großen Einfluß in der Donaumonarchie gewinnen könnte. Die Schaffung eines selbständigen polnischen Staates unter den Habsburgern oder in einer anderen Form sieht er ebenfalls nicht als optimale Lösung an, da ein solcher Staat mit zu großen Schwierigkeiten zu kämpfen hätte. Eine Teilung Kongreßpolens zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn würde große nationale Probleme mit sich bringen; außerdem könne sich Deutschland die Stärkung des polnischen Elements in seinen Grenzen nicht erlauben. Delbrück erblickt deshalb die beste Lösung darin, Polen in Personalunion mit Sachsen zu verbinden. Auf diese Weise wäre Polen mit dem Reich verbunden, würde aber nicht zum Reichsverband gehören.⁸⁶ Entsprechend dieser Haltung sah Delbrück das Manifest vom 5. November als Bestätigung seiner Ansichten zur Polenfrage an und gab im Jahre 1917 eine Sammlung von Polenliedern heraus⁸⁷, die von Beseler gewidmet war, und in der er sich, ganz in der Tradition der deutschen liberalen Polenfreundschaft, für einen Ausgleich mit dem polnischen Volk aussprach.

Wilhelm von Massow: Der endgültige Verzicht der Polen auf das preußische Teilungsgebiet als Voraussetzung für eine deutsch-polnische Verständigung

Für einen deutsch-polnischen Ausgleich sprach sich auch der für den DOMV tätige Redakteur der freikonservativen „Täglichen Rundschau“ Wilhelm von Massow (1855—1928) aus.⁸⁸ Von Massow hatte sich

83) Ebenda, S. 151—154.

84) J. Krasuski: Zagadnienie polskie w publicystyce Hansa Delbrücka [Die polnische Frage in der Publizistik Hans Delbrücks], in: Przegląd Zachodni 9 (1953), H. 3, S. 64—81, hier S. 72; ders.: Spór o orientację imperializmu niemieckiego w dobie wilhelmińskiej. Poglądy polityczne Hansa Delbrücka [Der Streit um die Orientierung des deutschen Imperialismus in der wilhelminischen Ära. Die politischen Anschauungen Hans Delbrücks], Posen 1961.

85) H. Delbrück: Die Rede des Reichskanzlers und die Zukunft Polens, in: Krieg und Politik (1914—1918), hrsg. von H. Delbrück, 1 (1915), S. 129—135.

86) Ebenda, S. 135.

87) Deutsche Polenlieder. Mit einem Vorwort versehen und hrsg. von H. Delbrück, Berlin 1917, 62 S.

schon lange vor Kriegsausbruch in mehreren Publikationen, in denen er die Position des DOMV vertrat, als Ost- und Polenexperte zu Worte gemeldet. So erschien im Jahre 1903 seine Arbeit „Die Polennot im Deutschen Osten“, in der er den Nachweis zu erbringen suchte, daß die Verschärfung der preußischen Polenpolitik lediglich eine Reaktion auf die aggressive Haltung der Polen dargestellt habe.⁸⁸

In seiner im Jahre 1915 erschienenen Broschüre „Wie steht es mit Polen?“ gibt von Massow zunächst einen Überblick über die preußisch-polnischen Beziehungen, in dem er die oben zitierte Grundthese wiederholt, wobei er den Gegensatz zwischen Preußen und Polen als etwas Grundsätzliches betrachtet. Dieser prinzipielle Gegensatz werde bestehen bleiben,

„solange von den Polen als erste Grundlage ihrer künftigen Wiederherstellung die Verbreitung polnischen Volkstums in den östlichen Provinzen Preußens und die innerliche Loslösung der polnischen Bevölkerung dieser Provinzen von dem preußischen Staatsgedanken angesehen wird“ (S. 19).

Die Ursache für diese Haltung der Polen in Preußen führt von Massow auf den Umstand zurück, daß es der polnischen Bevölkerung im Königreich Polen nicht möglich sei, den nationalen Kampf zu führen. Wenn das Polentum in Russisch-Polen größere Freiheiten hätte bzw. Russisch-Polen ganz befreit wäre, so würde sich auch der preußisch-polnische Gegensatz entschärfen. Der Autor hebt hervor, daß die Gefahr des Panlawismus in Polen äußert gering sei, da das polnische Volk in Rußland den „Todfeind“ seiner Sprache, Kultur und seines Glaubens erblicke (S. 20—21).

Die Grundlage einer Verständigung der Polen mit Preußen müsse in dieser Situation der unbedingte Verzicht der Polen auf alle Landesteile sein, die jetzt zum Gebiet des preußischen Staates gehören (S. 27). Bei Erfüllung dieser Voraussetzung sei die Möglichkeit eines Ausgleichs durchaus gegeben:

„Schließlich wäre also zu erwägen, was für uns bequemer ist, die geheime Feindschaft des auf Intrigen und Täuschung angewiesenen, oder die offene Feindschaft eines Nachbarvolkes, das sein Schicksal selbst in die Hand genommen hat und seine Interessen nach allen Seiten hin wahren muß. Wird uns denn etwa Rußland ein guter und getreuer Nachbar sein, wenn es seine Grenzen behält“ (S. 29)?

Auch gibt von Massow am Ende seiner Schrift noch zu bedenken, daß die Polen demselben Kulturkreis angehören wie die Deutschen und daß es offensichtlich falsch wäre, sie ohne zwingenden Grund zur „moskowitischen Kultur hinüberzutreiben“ (S. 30).

Max Kranz: „Neupolen“ als 17-Millionenstaat

In einem anderen Sinn und in seinen Vorstellungen zur Zukunft Polens konkreter äußert sich Professor Max Kranz in seiner recht voluminö-

⁸⁸) Conze (wie Anm. 2), S. 30, Anm. 28; Galos/Gentzen/Jakóbczyk (wie Anm. 63), S. 157 u. 239.

⁸⁹) W. von Massow: Die Polennot im Deutschen Osten. Studien zur
23*

sen Broschüre „Neupolen“, die ebenfalls im Jahre 1915 erschien.⁹⁰ Der Ausgangspunkt Kranzens ist eigentlich eher mit den Konzeptionen eines Paul Rohrbach oder Johannes Haller zu vergleichen. Im Vordergrund seiner Argumentation steht die Erwartung, daß das russische Reich nach Kriegsende zerfallen und unter den neuentstandenen Staaten auch ein „Neupolen“ seinen Platz finden werde.

Ein erstes Element der Kranzschens Überlegungen ist die Überzeugung, daß die Schaffung eines souveränen Polen sowohl im Interesse des deutschen Volkes als auch des Deutschen Reiches liegen werde. Die Voraussetzung für eine selbständige Staatlichkeit Polens sei gegeben, denn im Unterschied zu dem unsteten und nur dem Augenblick verhafteten polnischen Adel, dessen Ursprung auf die „turko-tatarischen Sarmaten“ zurückgehe, seien die polnischen Bauern als „arische Polen“ friedliebend und lenkbar (S. 15). Da der Einfluß des polnischen Adels sich sowohl in Preußen als auch im Königreich Polen und schließlich auch in Galizien verringert habe, stehe bei den polnischen Führern nunmehr vermehrt „Selbstzucht, Vorsicht und nüchterne Überlegung“ im Vordergrund ihres politischen Handelns (S. 19). Hierin erblickt der Autor auch eine der Grundvoraussetzungen für die Schaffung eines selbständigen polnischen Staates und für die Lösung des polnischen Problems.

„Die polnische Frage wird dann endlich, wenn Polen kein Pufferstaat, auch nicht der dritte im Bunde einer Trias: Österreich, Ungarn und Polen, sondern ein selbständiger Staat ist, keine europäische, ja überhaupt keine Frage mehr sein“ (S. 58).

Einen polnischen Pufferstaat lehnt Kranz schon deshalb ab, weil er davon ausgeht, daß nach der Zerschlagung Rußlands die Großrussen auf ihr ethnographisches Gebiet beschränkt blieben und somit auch in der Zukunft für Deutschland keine Gefahr mehr darstellen würden. Deshalb benötige das Deutsche Reich auch keinen polnischen „Schutzstaat“, wie dies von einigen polnischen Publizisten behauptet worden sei.⁹¹

„Abgesehen davon, daß die Polen ihre Leistungsfähigkeit in gutgläubigem Optimismus zu überschätzen neigen, und daß diese Versicherung im Namen eines Volkes abgegeben wird, das sich häufig als unzuverlässig und treulos bewährt hat, das 17 Millionenreich Neupolen wird zu schwach sein, um die Sobieskirolle für die Erhaltung der westeuropäischen Kultur mit Erfolg durchzuführen...“ (S. 48).

Aufgabe Deutschlands sei es hingegen, möglichst viel neues Siedlungsland im Osten zu gewinnen. Ein breiter Siedlungsstreifen, vom Ostseestrand und Peipussee bis zur Mündung des Pripjet in den Dnjepr solle deutscher Boden werden. Auch könne nicht auf Wolhynien verzichtet werden, denn erstens gäbe es in diesem Raum schon 180 000 Deutsche und zweitens müsse man durch die Ansiedlung der aus Rußland vertriebenen

Polenfrage, Berlin 1903; d.ers.: Wie steht es mit Polen?, Stuttgart, Berlin 1915, 32 S.

90) M. K r a n z : Neupolen, München 1915, 100 S.

91) Kranz nennt Czartoryski, Kwilecki und Feldman.

Deutschen in diesem Gebiet das zukünftige Polen von Rußland trennen (S. 50).⁹²

Man könne davon ausgehen, daß die Polen nach der Schaffung von „Neupolen“ dem preußischen Staat dankbar sein würden, allerdings könne man nicht ausschließen, daß sie danach wieder auf die Vereinigung des gesamten ehemaligen Gebiets drängen würden (S. 65). Um dieser Gefahr zu begegnen, müsse man deutscherseits zur „Austauschsiedlung“ übergehen, wobei der polnische Grundbesitz im preußischen Teilungsgebiet aufgekauft, die Besitzer entschädigt und in „Neupolen“ angesiedelt werden sollten. Die „Austauschsiedlung“ sei nationale Pflicht, denn die — nach der Statistik von 1910 620 000 im Königreich Polen lebenden Deutschen stünden in Gefahr, polonisiert zu werden (S. 69). Durch diese Umsiedlungsaktion werde sich auch der preußisch-polnische Konflikt lösen lassen.

„Im Reichstage und Landtage gäbe es keine politische Opposition mehr; Bodenkampf und Nationalitätenhader wären zu Ende“ (S. 69).

Diese Konzeption Kranzens zielte, insgesamt betrachtet, auf die Isolierung eines zukünftigen polnischen Staates ab⁹³, umsomehr als der Autor neben einem „östlichen Siedlungsstreifen“ zusätzlich noch die Schaffung eines 36 Millionen Einwohner zählenden ukrainischen Staates forderte, der eventuelle territoriale Ansprüche der Polen neutralisieren sollte. Zwangsläufig hätte ein solches polnisches Staatsgebilde Anlehnung beim Deutschen Reich suchen müssen, so daß das von Kranz projektierte „Neupolen“ einem vom Deutschen Reich abhängigen und um beträchtliche Teile seines Territoriums beschnittenen Pufferstaat gleichgekommen wäre.

Julius Bachem: Polen als Schutzwall gegen den Osten

Um die Jahreswende 1915/16 erschien eine Broschüre des Redakteurs der „Kölnischen Volkszeitung“ Julius Bachem, die den Titel „Der Krieg und die Polen“ trägt.⁹⁴ Bachem (1845—1918) war Jurist, Publizist und Politiker, von 1869—1915 Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung“ und von 1876—1891 Zentrumsabgeordneter im preußischen Landtag. Seine Schrift stellt eine Kompilation der publizistischen Arbeiten jener polnischen Publizisten dar, die sich für eine Anlehnung Polens an das Deutsche Reich ausgesprochen hatten. Zitiert wird Adam Napieralski⁹⁵, der

92) Zu diesem Ansatz eines „östlichen Grenzstreifens“ s. Geiss (wie Anm. 42), S. 52.

93) Ebenda.

94) J. Bachem: Der Krieg und die Polen, Köln o. J., 16 S.

95) Adam Napieralski (1870—1928), ein klerikal orientierter Publizist und Politiker, war ab 1889 Redakteur und Mitinhaber der Zeitung „Katolik“ [Der Katholik] in Beuthen. Napieralski, der eng mit dem Zentrum verbunden war, beherrschte in Kürze die gesamte polnische Presse in Schlesien. Er war u. a. auch Reichstagsabgeordneter und trat während des Ersten Weltkrieges entschieden für die deutsche Orientierung ein.

sich in seinen Artikeln wiederholt für eine rückhaltlose Unterstützung der Zentralmächte eingesetzt hatte; genannt werden u. a. die Namen des Fürsten Drucki-Lubecki⁹⁶ und des Grafen Kwilecki.⁹⁷ Alle diese Personen — so Bachem — hätten ihr vollstes Vertrauen gegenüber dem Deutschen Reich und dem Kaiser zum Ausdruck gebracht, woraus der Schluß zu ziehen sei, daß es zwar noch immer Polen gäbe, die an einen unabhängigen polnischen Staat glaubten, jedoch wüßten die besonnenen polnischen Realpolitiker, daß die beiden Kaisermächte vor allen Dingen ihre eigenen Interessen im Auge hätten (S. 9).

Um eine Verständigung mit Deutschland zu erreichen, müßten die Polen endgültig auf alle einst polnischen, heute aber preußischen Gebiete verzichten und dürften keine gegen Deutschland orientierte Allianz mit Rußland eingehen (S. 10).

In der kritischen Beleuchtung der preußischen Polenpolitik zeigt sich der Autor mit den Ansichten von Hans Delbrück einig, auch lobt er die Wiedereröffnung der Warschauer Universität als eine „deutsche Kultur-tat“, die u. a. zur Folge haben müsse, daß Russisch-Polen nie mehr unter russische Herrschaft zurückkehren dürfe (S. 16). Über die staatliche Zukunft Polens äußert er sich freilich nicht, immerhin erblickt er das gemeinsame Interesse von Deutschen und Polen darin,

„einen starken polnischen Wall, einen wirksamen Schutz für die west-europäische Kulturgemeinschaft gegen den Ansturm des Ostens zu bilden“ (S. 13).

Faßt man die wichtigsten Gedanken der hier als „propolnisch“ bezeichneten Autoren zusammen, so muß man zwangsläufig zum Ergebnis kommen, daß sich die Lösung der polnischen Frage auch bei ihnen als vollkommen offen darstellt.

Die Beiträge Bachems und von Massows lassen sich nur schwerlich als ein Programm zur Lösung der polnischen Frage bezeichnen. Immerhin hält Bachem es für notwendig zu unterstreichen, daß an der Loyalität der polnischen Aktivisten nicht zu zweifeln sei. Auch ist er mit Delbrück darin einig, daß eine Änderung der preußischen Polenpolitik anzustreben sei, und als einziger der Autoren dieser Gruppe glaubt er auch, daß Polen gemeinsam mit Deutschland die Rolle eines Schutzwalls gegen Rußland spielen könne, wobei er seine Vorstellungen im Hinblick auf die zukünftige Staatsform Polens nicht konkretisiert. Auch von Massow schließt in seiner Schrift, die offensichtlich noch vor der Besetzung des gesamten Königreichs Polen durch die Mittelmächte erschien, die Errichtung eines polnischen Staates nicht aus. Allerdings müßte die Voraussetzung hierfür der endgültige Verzicht der Polen auf das preußische Teilungsgebiet sein. In dieser Hinsicht sind sich alle „propolnischen“ Autoren einig. Konkreter

96) Fürst Aleksander Drucki-Lubecki (1862—?) war Gutsbesitzer und Nationalökonom. Ab 1915, als er den Sieg Rußlands öffentlich anzweifelte, begann er sich von der Partei der „Realisten“ zu lösen. Seit Mai 1917 war er Parteivorsitzender des aktivistischen „Nationalen Zentrums“.

97) Näheres im Abschnitt über die polnischen Konservativen, S. 362, Anm. 105.

in seiner Argumentation ist Max Kranz, dessen Lösungsansatz, in dem er die „Austauschsiedlung“ vorschlägt, um etwaige Revisionsansprüche der Polen auf das preußische Teilungsgebiet auszuschließen, auf die totale Isolierung eines zukünftigen polnischen Staatsgebildes hinausläuft. Gemeinsam ist allen, daß sie eine vor allem auf die Schwächung Rußlands abzielende Haltung einnehmen. Insofern schließen sie in ihren Konzeptionen auch die Wiederherstellung eines polnischen Staates nicht aus, freilich in vollkommener Abhängigkeit vom Deutschen Reich und in einem äußerst bescheidenen territorialen Umfang.

Vergegenwärtigt man sich, wie verschieden die politischen Ansätze dieser Autoren hinsichtlich der Zukunft Polens waren und wie sehr sich ihre Argumentationsweise voneinander unterschied, so kann man davon ausgehen, daß die Vertreter der Wiederherstellung eines polnischen Staates in Anlehnung an das Deutsche Reich nur einen sehr unbedeutenden Einfluß auf die deutsche Öffentlichkeit ausgeübt haben dürften.

4. Adolf Grabowsky: Polen als deutsch-österreichisches Kondominium

Im Frühjahr 1916 erschien die Broschüre des konservativen deutschen Gelehrten und Publizisten Adolf Grabowsky⁹⁸ u. d. T. „Die polnische Frage“.⁹⁹ Der Autor, der im Jahre 1915 Kongreßpolen selbst bereist hatte und ein guter Kenner der polnischen Geschichte und Literatur war, hatte sich schon vorher in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Das neue Deutschland“ zu Fragen der deutschen Weltkriegspolitik und des Imperialismus geäußert. Im „Neuen Deutschland“ verfaßte Grabowsky vor allem Artikel, die sich auf die theoretische Seite des Imperialismusgedankens bezogen; Ausführungen zu konkreten imperialen Zielen des Deutschen Reiches sind selten, im Vordergrund stehen allgemeine Erwägungen, historische Rückblenden und essayistisch verfaßte Kurzaufsätze über das Wesen des deutschen Imperialismus und die Berechtigung Deutschlands, Weltmacht zu sein.

In einem eher programmatischen Artikel vom 30. September 1914 u. d. T. „Was fordern wir von diesem Krieg?“¹⁰⁰ äußert sich Grabowsky schon etwas konkreter zu den deutschen Kriegszielen:

„Stellen wir uns das vor Augen, so müssen wir fordern, daß nicht nur Frankreich, sondern auch Rußland und England wirklich zu Boden gezwungen werden... Bei Rußland wird es sich natürlich niemals darum handeln, ins Herz des Landes vorzustoßen, es genügt völlig, wenn die Außenprovinzen, also die Baltischen Provinzen, Russisch-Polen und die Ukraine be-

98) Adolf Grabowsky (1880—1969) war Politikwissenschaftler und Jurist, Mitbegründer und Herausgeber der „Zeitschrift für Politik“ (1907—1933 und seit 1954) sowie der Zeitschrift „Das neue Deutschland“ (1913—1923). Von 1921—1923 war er Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, von 1952—1965 lehrte er Politikwissenschaft in Gießen.

99) A. Grabowsky: Die polnische Frage, Berlin 1916, 107 S.

100) Ders.: Wege ins neue Deutschland, Gotha 1919, S. 19.

setzt werden. Ist das geschehen — freilich erst dann —, so besorgen innere Umwälzungen im Lande das Übrige. . .“¹⁰¹

Mit Nachdruck spricht sich der Autor gegen den Abschluß eines Separatfriedens mit Rußland aus, wie folgende Passage aus einem Artikel vom 28. Oktober 1914 u. d. T. „Die Weltmacht“ verdeutlicht:

„Man soll es nicht für möglich halten, aber es ist so. Leute gibt es, die jetzt einen Separatfrieden mit Rußland empfehlen. Als ob dadurch nicht ein Hauptziel dieses Krieges verrückt würde! . . . Werfen wir nicht Rußland entscheidend zurück, so ist der Orient für uns verloren, zugleich ist aber Europa verloren; denn dann flutet die moskowitzische Welle hemmungslos weiter.“¹⁰²

Mit einem eigenen Programm zur Lösung der polnischen Frage tritt Grabowsky freilich erst im Frühjahr 1916 in der oben erwähnten Broschüre an die Öffentlichkeit, also zu einem Zeitpunkt, als sich ganz Kongreßpolen in den Händen der Mittelmächte befand. Nach einem langen Überblick über das deutsch-polnische und das russisch-polnische Verhältnis, in welchem Grabowsky die Polen u. a. als „leichtgläubig“ und „ohne politische Vernunft“ bezeichnet (S. 32) und meint, daß sie den Deutschen gegenüber feindlich eingestellt seien, die Russen hingegen verachteten (S. 48—51), kommt der Autor auf die preußische Polenpolitik zu sprechen. Pflicht der Deutschen müsse es sein, sich klarzumachen, welche Fehler die deutsche Regierung gegenüber den Polen begangen habe. Zwar bejaht der Autor prinzipiell die Grundlagen der preußischen Polenpolitik, gibt jedoch zu bedenken, daß der Patriotismus und das Freiheitsgefühl der Polen in der Ostmark leider häufig verletzt worden seien und der schematisch-bürokratische Charakter der preußischen Politik die Polen in Gegensatz zum preußischen Staat gebracht habe. Deshalb solle Deutschland in der gegenwärtigen Situation gegenüber den Polen großzügig verfahren, obwohl man sich gleichzeitig darüber klar sein müsse, daß das Ideal aller Polen die Wiederherstellung eines polnischen Staates sei (S. 70). Dagegen aber spreche die politische Unreife der Polen. Ebenso verwirft Grabowsky den Gedanken an einen polnischen Pufferstaat, da ein solcher sowohl westlichen als auch östlichen Einflüssen ausgesetzt sein würde, was in der Konsequenz zu scharfen Auseinandersetzungen und schließlich zu einer erneuten Teilung Polens führen müßte. Auch spricht er sich gegen die Einbeziehung westrussischer Gebiete in einen zukünftigen polnischen Staat aus und weist in diesem Zusammenhang warnend auf die 1915 erschienene Schrift *Feldmans* „Die Zukunft Polens und der deutsch-polnische Ausgleich“, in der dieser für einen zukünftigen polnischen Staat einen Zugang zur Ostsee gefordert hatte (S. 68—69). Das einzig geschlossene polnische Territorium sei Russisch-Polen, das weder der Zerstückelung anheimfallen noch selbständig werden solle. Ebenso komme eine Germanisierung Kongreßpolens nicht in Frage, da die deutsche Minderheit dort zu schwach sei. Zwar brauche das deutsche Volk Siedlungsraum im Osten, allerdings sei das „undankbare Objekt Russisch-Polen“ hierfür nicht geeignet; zur

101) Ebenda.

102) Ebenda, S. 32.

Besiedlung stünden dagegen die weiten Gebiete Kurlands und Litauens offen (S. 78).

Wirtschaftlich sollte das zukünftige Polen nach den Plänen Grabowskys weitgehend von den Mittelmächten abhängig sein und als ein nur leicht industrialisiertes Gebiet den Absatzmarkt für die deutsche Industrieproduktion darstellen (S. 81).¹⁰³ Politisch strebte Grabowsky eine „möglichst einfache Lösung“ an. In diesem Zusammenhang ging er zunächst auf das Naumannsche Mitteleuropakonzept ein. Zwar lobt der Autor das von Friedrich Naumann (1860—1919) im Jahre 1915 verfaßte Buch „Mitteleuropa“, im dem letzterer das Programm einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter Führung der Mittelmächte entworfen hatte, in der auch das zukünftige Polen seinen Platz finden sollte¹⁰⁴, allerdings meint er, daß dieses Projekt zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zu diskutieren sei.

Unannehmbar sei auch die vom Obersten Polnischen Nationalkomitee angestrebte und von dessen Vertretern propagierte austropolnische Lösung, da sie schon auf Grund des Ruthenenproblems für die Mittelmächte bedenklich sein müsse (S. 85).

Mit allen anderen deutschen Broschürenautoren ist sich Grabowsky darin einig, daß eine Grenzkorrektur entlang der Njemen-Bóbr-Narew-Weichsellinie vorzunehmen sei, um „natürliche Grenzen zu schaffen“ (S. 88), und kommt im Anschluß hieran auf seine eigene Konzeption eines zukünftigen polnischen Staates zu sprechen. Die richtige Lösung sei durch ein Kondominium, also die gemeinsame Herrschaft Deutschlands und Österreich-Ungarns über Russisch-Polen zu erreichen. Diese Lösung biete sich schon allein deshalb an, weil es bereits eine Verwaltungstrennung im besetzten Kongreßpolen gäbe, allerdings müsse die zukünftige gemeinsame Verwaltung so angelegt sein, daß Russisch-Polen ausdrücklich ein Ganzes bleibe und nicht nur als eine nominelle Einheit bestehe (S. 90—97). Es solle verfassungsmäßig entwickelt und als Provinz der beiden Mächte mit weitgehender Autonomie ausgestattet werden, die bisher unter russischer Staatsangehörigkeit stehenden Polen sollten im zukünftigen Kondominium eine polnische Landeszugehörigkeit erhalten, keinesfalls aber die österreichische oder deutsche Staatsangehörigkeit. Rechtlich gesehen sei das Kondominium an die Verhältnisse Österreich-Ungarns anzugleichen, da die Polen in der Vergangenheit nur im österreichischen Teilungsgebiet Rechtsgleichheit und die Achtung ihrer nationalen Persönlichkeit erlangt hätten (S. 94). Wären die staatsrechtlichen Verhältnisse Polens derart geklärt, so könne Polen zu einer Brücke zwischen Deutschland und Österreich werden. Die Polen sollten frühzeitig an den Staatsaufgaben beteiligt werden, da ein solches Partizipieren bei ihnen Verantwortungs-

103) P a j e w s k i, Mitteleuropa (wie Anm. 39), S. 100.

104) F. N a u m a n n: Mitteleuropa, Berlin 1915. Die Rolle, die Naumann einem zukünftigen polnischen Staat in seiner Mitteleuropakonzeption zuordnete, beschrieb er in einer nach dem Manifest vom 5. November 1916 erschienenen Broschüre „Was wird aus Polen?“, Berlin 1917, 57 S.

gefühl für das Gemeinwesen hervorrufen würde. Als Ergebnis einer solchen Entwicklung wäre ein selbständiges polnisches Parlament anzusehen (S. 97). Auch könnten sich hieraus Vorteile für die preußische Polenpolitik ergeben, denn je stärker sich der polnische Charakter des ehemaligen Russisch-Polen herausbilden werde, desto stärker werde auch die Anziehungskraft dieses Landes auf die außerhalb Polens lebenden Polen sein. Ein Teil der preußischen Polen werde nach Russisch-Polen abwandern, die zurückgebliebenen Polen aber würden nach einer Verständigung mit den Deutschen streben (S. 102).

Grabowsky schließt seine Ausführungen mit einer für seine Ansichten über das Polentum bezeichnenden Passage:

„Dies polnische Gemeinwesen aber vermögen die Polen nicht selbst zu gründen. Man lasse sich durch ihre selbstbewußten Worte nicht täuschen und durch den dekorativen Pomp, mit dem sich die polnischen Legionen umgeben, und werde endlich auch nicht irre angesichts der revolutionären Zuckungen, die sich hier und da in den besetzten Gebieten zeigen. Im tiefsten Innern weiß heute jeder ernsthafte Pole, daß seine Nation inmitten der riesigen Weltmächte nicht selbst ihr Geschick in die Hand zu nehmen vermag (S. 107).

Originell erscheint diese Konzeption Grabowskys insofern, als er als einziger der hier besprochenen Autoren davon ausgeht, daß Kongreßpolen gemeinsam vom Deutschen Reich und der Donaumonarchie regiert werden sollte. Die Voraussetzung für die Realisierung einer solchen staatsrechtlichen Konstruktion mußte natürlich die Übereinstimmung der Mittelmächte hinsichtlich der polnischen Frage sein. Gerade aber der zwischen Berlin und Wien schwelende Konflikt im Bezug auf die Zukunft Polens, der auch nicht mit dem Manifest vom 5. November 1916 aus der Welt geschafft wurde, macht deutlich, daß dieser nicht nur aus der Retrospektive etwas künstlich erscheinende Lösungsansatz Grabowskys niemals die Chance hatte, in die Realität umgesetzt zu werden.

5. Polnische Konservative: Polen als Schutzwall und polnische „Ostkolonisation“

Die Haltung der polnischen Konservativen Preußens zur Polenfrage fand in den Broschüren zweier ihrer bekanntesten Vertreter ihren öffentlichen Niederschlag. Im Jahre 1915 erschien die Schrift des Grafen Franz Kwilecki¹⁰⁵ u. d. T. „Polen und Deutsche gegen Rußland“.¹⁰⁶ In ihr

105) Graf Franz Kwilecki (1874—1937) war Großgrundbesitzer und Bildhauer und wurde in Dobrojewo, Kreis Samter (Szamotuły), geboren. Er beendete das Gymnasium in Posen und besuchte die Hochschule für Landwirtschaft in Berlin. Nach seiner Studienzeit — er studierte in Krakau (1893—94) und später an der Akademie Julien in Paris (1896—1900) Bildhauerei — wohnte Kwilecki ununterbrochen in Dobrojewo und in Warschau. Er war einer der Mitbegründer der „Gesellschaft der Freunde der Schönen Künste“ (Towarzystwo Przyjaciół Sztuk Pięknych) in Posen. Als überzeugter Konservativer veröffentlichte er während des Ersten Weltkriegs einige politische Broschüren, wie z. B. „Czcie hasło“ [Eine leere Losung], Posen 1915, oder „Polens Unabhängigkeit — Europas Gleichgewicht“, Freiburg 1915, in denen er sich für den deutsch-polnischen Aus-

steht die Betonung einer strikt antirussischen Haltung im Vordergrund. Rußland, das der Graf mit „Byzanz“ und „östlicher Unkultur“ gleichsetzt, sei der „gemeinsame Todfeind“ für Polen und Deutsche (S. 4).

Der Autor argumentiert in diesem Zusammenhang vor allem von einem religiösen Standpunkt aus. Er bedankt sich im Nachhinein für die Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhls von Posen und Gnesen (S. 6) und betont, daß Polen hinter dem katholischen Österreich und nicht hinter dem „freimaurerischen und exkommunizierten König Italiens“ stehe (S. 2), wodurch er natürlich zum Ausdruck bringt, daß er die Neutralität Italiens mißbilligt.

Seine Ansprüche auf die historischen Ostprovinzen Polens (Wolhynien, Podolien, die Ukraine, Litauen bis über Witebsk, Polock und Kiew) begründet er ebenfalls vom kirchlich-katholischen Standpunkt her, indem er hervorhebt, daß all diese Gebiete einst dem Papst und der römischen Kirche unterstanden hätten (S. 13). Diese Ausführungen werden um ein ständisches Argument erweitert, in welchem sich das Überlegenheitsgefühl der polnischen Aristokratie gegenüber dem Russentum und dem Zarenreich widerspiegelt:

„Der rohe Tschinownik, der stumpfe Kalmücke herrschen jetzt dort, wo die Radziwill, die Sapieha, die Chodkiewicz, die Lubomirski und die Potocki, diese großen Kulturförderer des Ostens, Hetmanen und Wojewoden der königlich polnischen Majestäten waren“ (S. 17).

Weiterhin leitet Kwilecki den Anspruch auf die Revision dieser Zustände von den Besitzverhältnissen in den westrussischen Gebieten ab, indem er unterstreicht, daß der polnische Adel dort mehr Grund und Boden besitze als in allen westlichen Gebieten Polens einschließlich Galiziens (S. 18). Schließlich verbindet er seine kirchlich-katholische, ständische und auf die Besitzverhältnisse abzielende Argumentation zu der These, daß die Befreiung der Völker, die in diesem Raum unter dem russischen Joch zu leben hätten, nur „bei einem engen Anschluß an das polnische Element“ möglich sei (S. 19).

Nach einem längeren historischen Überblick über die Unterdrückung der Polen durch die russische Teilungsmacht geht Kwilecki auf das preußisch-polnische Verhältnis ein. Dieses sei zwar auch lange Zeit getrübt gewesen, beginne sich aber seit Ausbruch des Krieges zu ändern. Der Autor gibt an dieser Stelle freilich eher seinen Wünschen Ausdruck, wenn er schreibt:

„Die Deutschen müssen es immer besser verstehen lernen, daß der Pole nicht ein Feind, sondern ein Freund sein kann, den es zu befreien und gleichzustellen ihre heilige Pflicht ist; der Pole muß seinerseits die großen Vorzüge und Tugenden des Deutschen nicht nur, wie bis jetzt in der Praxis des täglichen Lebens auf wirtschaftlichem Gebiet schätzen, sondern

gleich und den Aufbau eines polnischen Staates in Anlehnung an Deutschland aussprach.

106) F. Graf von Kwilecki: Polen und Deutsche gegen Rußland, Berlin 1915.

auch offen und frei seine Bereitschaft zu dauerndem Frieden betätigen“ (S. 57).

Kwilecki schließt seine Broschüre mit der Forderung ab, daß das Leitmotiv der Neuorientierung zwischen Deutschen und Polen die Berücksichtigung der beiderseitigen wirklichen Interessen sein müsse, und daß die Gleichstellung der Polen nicht nur in den Schützengraben, sondern auch im staatsbürgerlichen Leben zu erfolgen habe (S. 62).

Olgierd Fürst Czartoryski (1888—?) trat ebenfalls im Jahre 1915 mit einer recht kurzen Schrift u. d. T. „Müssen Deutsche und Polen sich immer befehlen?“ mit seinen Anschauungen zur Lösung der polnischen Frage an die Öffentlichkeit.¹⁰⁷ Czartoryski, der mit der Erzherzogin Mechthild von Österreich verheiratet und somit ein Schwiegersohn des Erzherzogs Karl Stephan war, vermochte in Warschau vorübergehend eine gewisse politische Rolle zu spielen, da er offiziell als Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes wirkte.¹⁰⁸ Czartoryski argumentiert in seiner Broschüre nicht so stark im Sinne eines religiös-abendländischen Missionsgedankens, vielmehr versucht er, den Nachweis zu erbringen, daß die harte preußische Polenpolitik den Gegensatz zwischen Polen und Deutschen entfacht habe. Der eigentliche Kampf zwischen polnischer und deutscher Nation habe mit der antipolnischen Gesetzgebung unter Bismarck begonnen. Der Autor erinnert an die Proklamation Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahre 1815, in der den Polen die Wahrung ihrer nationalen Interessen zugesagt worden war. Unter Bismarck jedoch sei an den höheren Schulen der Religionsunterricht in deutscher Sprache eingeführt und der Erzbischof von Gnesen und Posen, Kardinal Ledóchowski, gefangengesetzt worden. Schließlich habe man eine große Zahl von Polen, die zwar keine preußischen Staatsbürger gewesen seien, aber seit langem in den preußisch-polnischen Gebieten ansässig waren, ausgewiesen (S. 7).¹⁰⁹ 1886 sei das Ansiedlungsgesetz eingeführt und ein Jahr später der polnische Sprachunterricht in den Schulen überhaupt abgeschafft worden. Nach einer kurzen Dauer der Versöhnung von 1890—1894 — damit ist die Ära Caprivi gemeint — sei es schließlich zur Gründung des deutschen „Ostmarkenvereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“ durch Hansemann, Kennemann und Tiedemann gekommen (S. 8). Den Höhepunkt der durch den Ostmarkenverein inspirierten Politik habe die Sitzung des preußischen Landtags vom 3. März 1908 dargestellt, auf welcher der damalige Reichskanzler von Bülow das Enteignungsgesetz durchgesetzt habe (S. 9). Der Erfolg dieser „Maulwurfsarbeit“ des Ostmarken-

107) O. Fürst Czartoryski: Müssen sich Deutsche und Polen immer befehlen? Stuttgart, Berlin 1915, 24 S.

108) H. Lemke: Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg, Wien, Köln, Graz 1977, S. 207 f.

109) Zur preußischen Polenpolitik in diesem Zeitraum: J. Mai: Die preußisch-deutsche Polenpolitik 1885 bis 1887, Berlin(-Ost) 1962, S. 37—44; M. Broszat: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt/M. 1972, S. 165 f.; vor allem H. Neubach: Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967.

vereins habe darin bestanden, daß der polnische Radikalismus auf den Plan gerufen worden sei:

„Und es geschah das, was der Hakatismus jahrelang unermüdlich vorbereitet und was er gewünscht hatte. Die für ihn unbequemen und versöhnlich gestimmten Elemente auf Seiten der Polen verstummten mit sehr wenigen Ausnahmen, weil ihnen die Regierung keinen Halt bot, und an deren Stelle trat die radikale Partei, welche sich leider vielfach zu Äußerungen und Aktionen hinreißen ließ, die im Grunde genommen mit der eigentlichen Gesinnung der großen Mehrzahl der polnischen Bevölkerung durchaus nicht in Einklang stehen“ (S. 15).

Allerdings meint Czartoryski, daß diese Zustände und Stimmungen nunmehr der Vergangenheit angehörten: Die einberufenen Polen seien bei Kriegsbeginn „willig“ und „frohen Herzens“ ins Feld gezogen. Das Verhalten der preußischen Regierung zeige auch, daß an ihren ehrlichen Absichten nicht zu zweifeln sei. Deshalb sollten die Polen der preußischen Regierung auch die versöhnliche Hand reichen und sich öffentlich zu Deutschland und Österreich bekennen (S. 21—22).

Die beiden Broschüren der polnischen Aristokraten erschienen im Jahre 1915, Kwileckis Schrift ist mit Anfang August 1915 datiert, zu einem Zeitpunkt, als die militärischen Erfolge der Mittelmächte mit der Einnahme von Warschau einen Höhepunkt erreicht hatten. Dies erklärt wohl auch, warum sich Kwilecki in seiner Schrift so eingehend mit der Möglichkeit einer polnischen Kolonisierung der russischen Westgebiete beschäftigt und warum im Vordergrund seiner Argumentation vor allem der russisch-polnische Konflikt steht.

Im Unterschied zu Kwilecki begnügt sich Czartoryski vornehmlich mit der Darstellung der Polenfrage im preußischen Teilungsgebiet. Zwar ist sein antirussischer Affront genauso stark wie bei Kwilecki, es fehlen jedoch die Forderungen nach den westrussischen, ehemals polnischen Provinzen. Czartoryski enthält sich auch eines allzu missionarischen Tons im Hinblick auf die Polonisierung dieser Gebiete. Er vertritt die Position eines preußischen Staatsbürgers und Aristokraten polnischer Nationalität, wobei er sich freilich nicht scheut, die preußische Polenpolitik seit Bismarck einer kritischen Beleuchtung zu unterziehen. Die Wirkung seiner auf Versöhnung zwischen Deutschen und Polen zielenden Schrift dürfte eher gering gewesen sein, denn der Einfluß der polnischen Konservativen im preußischen Teilungsgebiet war unter der polnischen Bevölkerung, insbesondere aber unter dem in dieser Region sehr starken polnischen Bürgertum, dessen national gesinnter Teil ohnehin zur Nationaldemokratie tendierte, minimal. Die Tatsache, daß Czartoryski seine Kritik an der preußischen Polenpolitik, insbesondere aber am DOMV so offen äußern konnte, ist auf die Bemühungen der preußischen Regierung zurückzuführen, die Posener Konservativen für sich zu gewinnen. Obwohl der preußische Innenminister von Loebell im Hinblick auf die Broschüren Kwileckis und Czartoryskis beanstandete, daß sie die preußische Polenpolitik in „gehässiger Weise kritisieren“, empfahl er den Zensoren dennoch:

„Bei den inneren Kämpfen innerhalb der polnischen Gemeinschaft haben die Zensurbehörden den zur Versöhnung mit Deutschland konservativ gerichteten Polen tunlichst die volle Freiheit ihrer Erörterung zu gestatten, die Angriffe der radikalen Polen, insbesondere von der nationaldemokratischen Richtung, auf die rechtsstehenden Polen mit aller Entschiedenheit zu unterdrücken.“¹¹⁰

6. Władysław Studnicki: Polen als „Zwischenstaat“

Einer der entschiedensten Verfechter der Lösung der polnischen Frage in Anlehnung an die Mittelmächte war der polnische Politiker und Publizist Władysław Studnicki.¹¹¹ In seiner Anfang 1915 erschienenen Broschüre „Die Umgestaltung Mitteleuropas durch den gegenwärtigen Krieg. Die Polenfrage in ihrer internationalen Bedeutung“¹¹² stellt der Autor zunächst folgende Hauptthesen auf: Von großer Bedeutung sei der Sieg der deutsch-österreichischen Koalition, da dieser nicht nur die Zukunft Deutschlands, sondern ganz Europas sicherstellen werde. Ein Sieg Rußlands würde den Beginn seiner Herrschaft über den Balkan und einen großen Teil Österreich-Ungarns bedeuten. Deshalb werde die Abtrennung der polnischen Gebiete vom Russischen Reich die Gefahr des Panslawismus bannen (S. 8).

Alsdann setzt Studnicki zu einer historischen Erörterung des russisch-polnischen Verhältnisses an. Er hebt hervor, daß alle polnischen Aufstände sich prinzipiell gegen Rußland gerichtet hätten und daß der polnische Staat von Rußland zerstört worden sei, wobei auf die Konföderation von Bar (1768) und den Aufstand Kościuszkos (1794) verwiesen wird. In der Napoleonischen Epoche hätten Preußen 1807 und Österreich 1809 einen Großteil ihrer polnischen Erwerbungen verloren, während Rußland von

110) Zit. nach Lemke, S. 209.

111) Władysław Studnicki (1867—1953) wurde als Sohn eines Richters und späteren Bürgermeisters in Dünaburg geboren. Er schloß sich als Student in Warschau sozialistischen Organisationen an, wurde auf Grund dieser Aktivitäten verhaftet und verbannt. Ab 1898 studierte er in Wien und wurde Mitglied des Zentralkomitees des Auslandsverbandes der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Im Jahre 1900 trat er aus der PPS aus und zur Nationaldemokratischen Partei (ND) über. Da er sich bei Ausbruch des russisch-japanischen Krieges für einen bewaffneten Aufstand in Kongreßpolen aussprach, verließ er schließlich auch die Reihen der ND. Bei Kriegsausbruch schloß er sich zunächst dem militärischen Vorgehen Piłsudskis an, agierte dann aber wiederum selbständig und setzte sich in seinen publizistischen und politischen Aktivitäten sehr entschlossen für den Aufbau eines polnischen Staates in Anlehnung an die Mittelmächte ein. Im März 1916 begründete er mit Unterstützung der deutschen Verwaltung den extrem aktivistischen „Klub Państwoców Polskich (Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens), der den Wiederaufbau des polnischen Staates und den Aufbau einer polnischen Armee unter deutscher Leitung propagierte. Von 1917—1918 war er Mitglied des Regentschaftsrates (Rada Regencyjna) und des Provisorischen Staatsrates (Tymczasowa Rada Stanu).

112) W. Ritter von Gizbert-Studnicki: Die Umgestaltung Mitteleuropas durch den gegenwärtigen Krieg. Die Polenfrage in ihrer internationalen Bedeutung, Wien o. J., 35 S.

Napoleon um den Bezirk Białystok erweitert worden war. 1815 schließlich habe der russische Kaiser die polnische Krone mit der russischen vereinigt, und nach dem Aufstand von 1831 sei die Verfassung in Polen aufgehoben worden und Polen de facto zum integralen Bestandteil des Russischen Reiches geworden (S. 11).

Nach diesem historischen Überblick, in dem die russisch-polnischen Beziehungen auf Kriege und Auseinandersetzungen reduziert werden und die aktive Rolle Preußens und Österreichs im Bezug auf die polnischen Teilungen ebenso unerwähnt bleibt wie die wohlwollende Neutralität Preußens gegenüber Rußland im Zusammenhang mit den polnischen Aufständen, bringt Studnicki seine Vorstellungen im Hinblick auf einen zukünftigen polnischen Staat zum Ausdruck.

Grundsätzlich spricht er sich für eine austropolnische Lösung aus, allerdings wünscht er sich das zukünftige polnische Reich um die litauischen, weiß- und kleinrussischen Gebiete erweitert (S. 12). Die zukünftige Ostgrenze Polens solle bis an die Flüsse Düna, Beresina und den oberen Dnjepr reichen; außer dem Berdyczewer Kreis sei das Kiewer Gouvernement bei Rußland zu belassen, nicht aber Wolhynien und das russische Podolien (S. 13).

Zwischen dieser vorgesehenen polnischen Ostgrenze und der heutigen Westgrenze Rußlands wohnten jetzt 30 Millionen Menschen, davon 50 v. H. Polen. Weitere 20 v. H. dieser Bevölkerung seien Katholiken und würden somit zum Polentum „gravitieren“. Die Polen, die die Hälfte des Großgrundbesitzes in den weiter gelegenen litauisch-ruthenischen Provinzen besäßen, hätten dort eine assimilierende Wirkung. Dies gelte besonders für die Litauer. Hierbei verweist Studnicki auf die Litauen und Polen verbindenden Traditionen und auf den Umstand, daß der litauische Adel polonisiert worden sei (S. 15). Die einzige Minderheit, die sich einer Polonisierung widersetze, seien die Ukrainer. Allerdings meint Studnicki in diesem Zusammenhang recht optimistisch:

„Dieser Volksstamm hat bisher weder eine Klasse von Großgrundbesitzern, noch eine nennenswerte Volksschicht, ja, sogar keine zahlreiche Mittelschicht emporgebracht. Er käme also als ein staatsbildendes Element wenig in Betracht, wenn die Westgebiete Rußlands zur Schwächung des Zarenreichs losgelöst würden und der aus ihnen geformte polnische Staat einige Millionen ruthenischer Bauern umfassen sollte“ (S. 15).

Nach diesen Ausführungen über die Möglichkeit der Polonisierung der in den russischen Westgebieten lebenden Völker — die im übrigen den erbitterten Protest einiger Vertreter eines ukrainischen Autonomie- bzw. Staatsgedankens hervorriefen, wovon noch die Rede sein wird — geht Studnicki auf die Vorteile, die ein wiederhergestellter polnischer Staat für das Deutsche Reich bieten würde, ein. Das Verhältnis von Volkszahl und Staatsterritorium zwischen Deutschland und Rußland werde sich zugunsten des Deutschen Reiches verschieben.

Der polnische Staat werde für das preußische Teilungsgebiet keine Gefahr darstellen, da er einen „natürlichen Faktor der Liquidierung des

Polentums“ innerhalb seiner Grenzen bilden würde. Studnicki denkt hier an eine Umsiedlung polnischer Bevölkerung aus Westpreußen und Posen in die nunmehr ehemaligen russischen Westprovinzen.

Auch spricht er sich gegen einen polnischen Staat in seinen ethnographischen Grenzen aus, da dieser zu dicht besiedelt sein würde und seine Industrie ohne den russischen Markt verkümmern müßte. Der zukünftige polnische Staat müsse seine Ostgrenze entlang der Grenzen der Gouvernements Kowno, Wilna, Grodno haben, Teile der Gouvernements Minsk, Podolien und Wolhynien einbeziehen und einen Zugang zur Ostsee im Gouvernement Kurland erhalten (S. 17). Ein Staat in diesen Grenzen würde das Deutsche Reich vollkommen von Rußland trennen und hätte seine Bedeutung als Schutzwall. Sollte Polen nur das Territorium von Kongreßpolen erhalten, so würden sich die Bestrebungen der polnischen Bevölkerung auf die Ostsee und die in Preußen befindlichen Gebiete richten. Dagegen werde ein Staat, der der Konzeption des Autors entspreche, die Energie des polnischen Volkes auf die Kolonisierung des ehemals russischen Gebiets richten (S. 18).

Den in der deutschen Öffentlichkeit diskutierten Projekten einer Annexion kongreßpolnischer Gebiete steht Studnicki ablehnend gegenüber, da eine Begradigung der preußisch-kongreßpolnischen Grenze für Deutschland nur negative Folgen haben werde.

„Statt jenseits der Grenze seines Reiches einen Bundesgenossen zu besitzen, würde Deutschland einige Millionen innere Feinde sich zuziehen“ (S. 20).

Schließlich weitet er im letzten Abschnitt seiner Broschüre seine Vorstellungen zu einer Mitteleuropakonzeption unter Vorherrschaft Deutschlands aus, die der Zurückdrängung Rußlands dienen soll.

„Ganz Europa unter der Hegemonie Deutschlands, unter seinem Einfluß, der nicht durch Gewalt aufgedrängt worden ist, das ist die weise Welthegemonie Deutschlands... Durch die Wiederherstellung Polens, durch die Sicherung der selbständigen Existenz des von Rußland bedrohten Ungarn, durch die Bildung eines kräftigen Mitteleuropa wird Deutschland einen Beweis der Selbstbeschränkung des Willens zur Bildung eines Gleichgewichts für alle europäischen Staaten mit Ausnahme Rußlands vorteilhaften politischen Systems geben“ (S. 28).

Im Zusammenhang mit den Vorstellungen Studnickis im Bezug auf die Größe eines zukünftigen polnischen Staates sollte darauf verwiesen werden, daß es bereits im Oktober 1914 in Berlin zu einer Zusammenkunft Studnickis mit Georg Cleinow kam, an der u. a. auch Wilhelm Feldman teilnahm.¹¹³ Bei diesem Treffen zeigte Cleinow den Polen eine deutsche Landkarte, auf der die Ostgrenze Polens bis an die Flüsse Düna und

113) Lemke (wie Anm. 108), S. 21, Anm. 84. Vgl. auch ders.: Georg Cleinow und die deutsche Polenpolitik 1914—1916, in: Politik im Krieg 1914—1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im Ersten Weltkrieg, hrsg. von der Arbeitsgruppe „Erster Weltkrieg“ im Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter Leitung von F. Klein, Berlin(-Ost) 1964, S. 134—166.

Beresina reichte. Es kann davon ausgegangen werden, daß dies nur ein taktischer Schachzug Cleinows war¹¹⁴, andererseits konnte jedoch bei dem germanophilen Studnicki schon damals der Eindruck entstanden sein, daß maßgebliche Kreise in Berlin eine „großzügige“ Lösung der Polenfrage in Betracht ziehen.

Wie wenig die Konzeption Studnickis allerdings mit den Vorstellungen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung konvergierten, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß zu diesem Zeitpunkt — also um die Jahreswende 1914/15 — Bethmann-Hollweg sowie Falkenhayn einen Separatfrieden mit Rußland anstrebten und — bis auf Grenzkorrekturen im Verteidigungsinteresse — das Königreich Polen an Rußland zurückgeben wollten.

Die Ansichten Studnickis zur polnischen Frage erfuhren — dem Kriegsverlauf entsprechend — gewisse Veränderungen. Während er noch 1914 eher den Zusammenschluß Kongreßpolens mit Galizien propagiert, läßt sich aus seinen später verfaßten Publikationen entnehmen, daß er sich dagegen verwahrte, sich polnischerseits lediglich an Österreich-Ungarn anzulehnen.¹¹⁵ Schließlich erblickte er in den Jahren 1915—16 sein Ziel in einem um litauisch-weißruthenische Gebiete erweiterten polnischen Staat in Abhängigkeit von Deutschland, an dessen Spitze ein deutscher König stehen sollte. Diese Gebilde nannte er „*międzypaństwo*“ (Zwischenstaat). Als Voraussetzung für die Existenz eines solchen Staats sah er nicht nur die Niederwerfung Rußlands, sondern auch Frankreichs und Englands an, da er davon ausging, daß sich Deutschland andernfalls für Annexionen im Osten aussprechen würde.¹¹⁶

Die uneingeschränkte Unterstützung Deutschlands und der deutschen Politik im Königreich Polen ergab sich bei Studnicki aus seiner antirus-sischen, ja geradezu russophoben Haltung, die er auch nach Beendigung des Ersten Weltkriegs nicht ablegte.¹¹⁷

114) Vgl. L e m k e, Georg Cleinow, S. 138. Bei den Gesprächen mit Studnicki und Feldman verschwieg Cleinow seine wahren Absichten. Diese treten aber in seinen Berichten an das Auswärtige Amt und an den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Wahnschaffe deutlich zutage. In diesen mokiert sich Cleinow darüber, daß Studnicki und Feldman von Deutschland eine klare Stellungnahme hinsichtlich Polens fordern. Weiterhin meint er, daß weder Studnicki noch Feldman zögern würden, „dem Freunde und Helfer von heute morgen den Dolch in den Rücken zu stoßen“.

115) W. Studnicki: W poszukiwaniu odpowiedniej akcji wyzwolenczej [Auf der Suche nach einer entsprechenden Befreiungsaktion], in: *Niepodległość* 10 (1934), S. 242—262 u. 384—403.

116) Felicja Figowa: Polskie stronnictwa burżuazyjne w latach pierwszej wojny światowej [Die polnischen bürgerlichen Parteien in den Jahren des Ersten Weltkriegs], Kattowitz 1962, S. 120.

117) Vgl. W. Studnicki: *Polityka polska i odbudowa państwa. Odpowiedź na książkę p. Dmowskiego* [Die polnische Politik und der Wiederaufbau des Staates. Eine Antwort auf das Buch von Herrn Dmowski], Warschau o. J., S. 9: „Der Ausdruck Moskalophiler wurde als beleidigend angesehen, sogar bei Anhängern der russischen Orientierung. Eine ganz natürliche Sache, denn das Moskalophilentum war das Ergebnis der Erniedrigung und Unfreiheit. Ich nenne

7. Wilhelm Feldman als Sprachrohr des Obersten Polnischen Nationalkomitees

Im September 1914 wurde der polnische Publizist und Politiker Wilhelm Feldman (1868—1919)¹¹⁸ durch das im August 1914 begründete Oberste Polnische Nationalkomitee (OPNK)¹¹⁹, das eine austropolnische Lösung, das heißt den Zusammenschluß Galiziens mit dem Königreich Polen unter Herrschaft der Habsburger Monarchie vertrat, nach Berlin entsandt, um dort das polnische Pressebüro zu leiten. Feldman gab während des Ersten Weltkrieges in Berlin die „Mitteilungen des polnischen Pressebüros“ und die „Polnischen Blätter“ heraus. Im gleichen Zeitraum verfaßte er eine ganze Reihe von Büchern und Broschüren, in denen er den polnischen Legionsgedanken und die polnische Unabhängigkeitsidee in Anlehnung an die Mittelmächte propagierte. Er stand in direktem Kontakt zu dem Leiter des Pressebüros des OPNK, Stanisław Kot. Deshalb stellen seine in den Jahren 1914—1916 verfaßten Broschüren zur Lösung der polnischen Frage im Grunde genommen eine Zusammenfassung des politischen Standpunkts des OPNK in diesem Zeitraum dar. Seine Abhandlungen, in denen er fast die gesamte deutsche, polnische und auch ukrainische Broschürenliteratur zur polnischen Frage diskutiert und nicht selten mit einzelnen Autoren polemisiert, können deshalb nicht nur als reine Propagandaschriften verstanden werden, sondern enthalten im Prinzip ein ganzes, feststehendes Programm zur Lösung der polnischen Frage. Zwar ist auch die Argumentation Feldmans den sich aus der militärischen Lage ergebenden politischen Veränderungen hinsichtlich der Polenfrage unterworfen, allerdings gehört er unter den polnischen Publizisten und Politikern zu denjenigen Vertretern einer Orientierung auf die Mittelmächte, die sich erst nach Bekanntgabe der Friedensbedingungen von

und nannte mich einen Germanophilen, weil die Germanophilie der Polen im russischen Teilungsgebiet eine Reaktion auf den Schmerz der Unfreiheit, ein Symptom der Nichtanpassung an das russische Joch war“ (Übersetzung d. Vfs.).

118) Wilhelm Feldman war Schriftsteller, Literaturhistoriker und -kritiker und entstammte einer armen Familie von Chassidim. Schon mit 18 Jahren löste er sich vollkommen von seiner jüdischen Umgebung und widmete sich der Propagierung der Assimilierung der Juden in Polen. In Jahren 1901—1914 redigierte er in Krakau die literaturkritische und gesellschaftspolitische Zeitschrift „Krytyka“ [Die Kritik]. Darüber hinaus verfaßte Feldmann auch Werke mit historiographischen Inhalt: *Stronictwa i programy polityczne w Galicji 1846—1906* [Parteien und politische Programme in Galizien 1846—1906], 2 Bde., Krakau 1907, und: *Dzieje polskiej myśli politycznej w okresie porozbiorowym*, 3 Bde., Krakau, Warschau 1914—1920. Diese Darstellung erschien entsprechend umgearbeitet im Jahre 1917 in deutscher Übersetzung: *Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795—1914)*, München, Berlin 1917.

119) Vorsitzende des OPNK waren Juliusz Leo, Władysław Leopold Jaworski und Leon Biliński. Dem OPNK unterstanden die Polnischen Legionen. Leiter des Militärdepartements der Legionen war Władysław Sikorski. Über Stanisław Kot s. G. Rhode: *Drei polnische Historiker — drei Persönlichkeiten der Zeitgeschichte. Zum Tode von Marian Kukiel, Oskar Halecki, Stanisław Kot*, in: *Jbb. für Geschichte Osteuropas N.F.* 24 (1976), S. 526—546.

Brest-Litowsk endgültig von der Politik einer Anlehnung an die Mittelmächte abwandten.

Im Oktober 1914 erschien in erster Auflage die Broschüre Feldmans „Zur Lösung der polnischen Frage“¹²⁰, die eine Replik auf die antipolnischen Artikel Georg Cleinows¹²¹ „Die Polen und Rußland“¹²² und Maximilian Hardens¹²³ „Warschau-Antwerpen“¹²⁴ darstellte. Zunächst referiert Feldman den Artikel Cleinows, dessen Kernthese darin bestand, daß nach dem Zusammenbruch der preußisch-russischen Freundschaft die Polenfrage in ein neues Licht gerückt sei und man in Deutschland mit dem Ausbruch eines Aufstandes in Galizien und im Königreich Polen gegen Rußland gerechnet habe. Dies sei jedoch nicht geschehen. Die russenfreundlichen Polen unternähmen nichts gegen Rußland, und die galizischen Polen seien in sich gespalten. Insgesamt betrachtet seien die Polen in ein russisches und europäisches Lager gespalten, die große Zeit habe in Polen ein kleines Geschlecht gefunden (S. 7).¹²⁵

120) W. Feldman: Zur Lösung der polnischen Frage. Offener Brief an Herrn Georg Cleinow, Redakteur der „Grenzboten“ und Herrn Maximilian Harden, Redakteur der „Zukunft“, 2. Aufl., Berlin 1915, 35 S.

121) Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs galt Georg Cleinow (1873—1936) als einer der besten Kenner Osteuropas in Deutschland. Er hatte mehrere Jahre in Rußland verbracht und hielt sich auch während der Revolution von 1905/06 als Berichterstatter deutscher Zeitungen dort auf. Daneben interessierte er sich auch für die polnische Thematik. 1908 erschien der erste, 1913 der zweite Band seines Werks: „Die Zukunft Polens“. Nach dem Studium der Nationalökonomie und der Slawistik betätigte sich Cleinow als Journalist und Schriftsteller und war seit 1910 Herausgeber der politisch-literarischen Wochenschrift „Die Grenzboten“. Cleinow wurde in Kongreßpolen Ende Dezember 1914 als Leiter der Presseverwaltung des Heeres-Oberkommandos Ost mit Sitz in Lodz tätig.

122) G. Cleinow: Die Polen und Rußland, in: Die Grenzboten 73 (1914), Nr. 41, S. 33—39.

123) Maximilian Harden (eigentl. Felix Ernst Witkowski) (1861—1929), der von 1892—1923 Redakteur der Zeitschrift „Die Zukunft“ war, rief durch seine Berichte aus dem Jahre 1907 die Prozesse gegen den Grafen Kuno von Moltke und den Fürsten Philipp von Eulenburg hervor. In politischer Hinsicht war er ein rückhaltloser Verfechter der Bismarckschen Politik und stellte sich in seinen Publikationen gegen jegliche Versuche der Wiederaufrichtung des polnischen Staates.

124) M. Harden: Warschau-Antwerpen, in: Die Zukunft 23 (1914), Nr. 3, S. 71—84.

125) In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß Cleinow bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs vom Generalstab den Auftrag erhalten hatte, eine Denkschrift über die Chancen eines polnischen Aufstands gegen Rußland zu verfassen. Cleinow sandte seine Aufzeichnungen am 5. August 1914 an Moltke, an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Jagow und an den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Wahnschaffe (vgl. von Hutten-Czapski [wie Anm. 7], Bd. 2, S. 153). Unter anderem hielt Cleinow in dieser Denkschrift fest, daß es empfehlenswert sei — um in Polen eine günstige Stimmung für Deutschland zu schaffen —, unter der Hand zu verbreiten, daß Deutschland ein selbständiges Polen errichten werde. Den Polen sollte die Gewinnung von Weißrußland und Wolhynien in Aussicht gestellt werden. Die Entfachung eines Aufstands hielt Cleinow nicht für möglich (vgl. Lemke, Georg Cleinow

Feldman greift das Argument Cleinows in Bezug auf die Uneinigkeit der Polen auf und erläutert deren Ursachen durch einen historischen Überblick. Die polnische Politik seit 1863 sei vor allem gegen Rußland und nicht gegen Deutschland ausgerichtet gewesen. Er schließt daran die Frage an, warum es gegenwärtig in Polen eine prorussische Orientierung gäbe, wenngleich diese zahlenmäßig nicht so stark sei, wie Cleinow behaupte (S. 11). In diesem Zusammenhang hält er Cleinow vor, daß dieser bei seiner Analyse der politischen Zustände in Kongreßpolen nichts über das polnisch-preußische Verhältnis ausgesagt habe, durch welches sich nämlich die Preußenscheu der meisten Polen erklären lasse. Es sei falsch, daß ein Großteil des polnischen Volkes in seinen Bestrebungen und Gefühlen russenfreundlich sei; die prorussische Politik mit Roman Dmowski an der Spitze sei eher eine Ausnahme (S. 14). Nach den Jahren 1906/1907 sei unter den Polen des Königreichs die Gewißheit wach geworden, daß die russische Gewaltherrschaft nur mit Gewalt zu bekämpfen sei. Der Autor verweist auf die Gründung des „Związek Walki Czynnej“ (Bund des Aktiven Kampfes)¹²⁶ und, mit Bezug auf die polnische politische Publizistik, auf Władysław Studnicki, Leon Wasilewski¹²⁷, Michał Sokolnicki¹²⁸ und Witold Jodko¹²⁹.

Den Vorwurf Cleinows, daß es in Polen keinen entsprechenden Volksführer gäbe, kontert Feldman mit dem Hinweis auf die Person Józef Piłsudskis, der der Anführer aller gegen Rußland gerichteten Irredenta

[wie Anm. 113], S. 137). Cleinow war sich also durchaus über die in Kongreßpolen herrschenden politischen Zustände im klaren, wollte aber in den „Grenzboten“ das Ausbleiben eines polnischen Aufstands propagandistisch gegen die Polen ausnutzen.

126) Der „Bund des Aktiven Kampfes“ war eine geheime Militärorganisation, die im Jahre 1908 auf Initiative Józef Piłsudskis begründet worden war. Ziel dieser Organisation war die militärische Vorbereitung und Schulung von Kadern für einen zukünftigen Aufstand in Kongreßpolen.

127) Leon Wasilewski (1870—1936), herausragender Politiker und Theoretiker der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), war Publizist, Diplomat und Historiker. Von 1897—1905 war er Redakteur des „Przedświt“ [Die Morgenröte]. In der PPS einer der Anführer der „Alten“, demgemäß ab 1906 in der PPS-Revolutionäre Fraktion. Von 1915—1917 Mitglied des OPNK und während dieser Zeit Verfechter einer austropolnischen Lösung.

128) Michał Sokolnicki (1880—1967) war Politiker, Diplomat und Historiker. Ab 1898 in der PPS, nach deren Spaltung 1906 in der PPS-Revolutionäre Fraktion. Im Jahre 1914 befand sich Sokolnicki ebenfalls auf Weisung des OPNK in Berlin.

129) Witold Jodko-Narkiewicz (1864—1924) war sozialistischer Politiker und Publizist. Von 1882—1892 Mitglied des II. Proletariats, einer der Mitbegründer der PPS. Ab 1906 in der PPS-Revolutionäre Fraktion und ein enger Mitarbeiter Piłsudskis. Einer der Mitbegründer der am 10. November 1912 geschaffenen „Provisorischen Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien“ (Komisja Tymczasowa Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych), die sich ab November 1913 „Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien“ (Komisja Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych) nannte und sich für die Lösung der polnischen Frage in Anlehnung an Österreich-Ungarn einsetzte.

sei und sich allen russophilen Bestrebungen widersetze (S. 16). Piłsudski habe sich bereits am 6. August 1914 innerhalb der Grenzen des Königreichs Polen befunden und am 10. August sei es in Warschau zur Einsetzung einer Nationalregierung gekommen, die sich später allerdings wieder aufgelöst habe.¹³⁰ Feldman geht weiterhin auf die These ein, in welcher Cleinow zu begründen suchte, warum es in Kongreßpolen zu keinem gegen Rußland gerichteten Aufstand gekommen sei. In diesem Zusammenhang weist er auf die Haltung Preußens gegenüber dem Aufstand Kościuszkos (1794), das Jahr 1848 und die preußisch-russische Militärkonvention vom 8. Februar 1863 (Alvenslebensche Konvention) hin. Diese Haltung Preußens habe allen polnischen Aufstandsbestrebungen gegenüber Rußland den Todesstoß versetzt. Die Polen, die ehemals nur dem „Gefühl bis zur Extase“ hin nachgegangen seien, wären jetzt „vorsichtige Rechenmeister“ geworden und dächten zunächst einmal an sich (S. 15).

Im zweiten Teil seiner Ausführungen setzt sich Feldman mit den Thesen *Hardens* in dessen Artikel „Warschau-Antwerpen“ auseinander. *Harden* hatte sich mit ganzer Entschiedenheit gegen den Aufbau eines polnischen Staates ausgesprochen, da ein solcher grundsätzlich die Existenz Preußens gefährde. Der Plan einer Ansiedlung der Polen Preußens in einem solchen Staat sei unzulänglich, da ein auferstandenes Polen außer den Menschen auch den Boden, dem diese entstammen, fordern würde. Die Bismarcksche Polenpolitik habe weiter als Vorbild in der Polenfrage zu gelten. Feldman bemüht sich, diese Argumente *Hardens* zu entkräften. Die Jugend aus Posen werde in den neuen polnischen Staat strömen, der polnische Bauer werde — statt an den Rhein zu ziehen, um dort eine neue polnische Frage hervorzurufen — in den östlichen, weniger bevölkerten Kreisen des „präsumptiven Königreichs“ siedeln (S. 28).

Allerdings meint Feldman, daß ein unabhängiger polnischer Staat nur dann für Deutschland von Nutzen sein könne, wenn er dementsprechend stark sei. Außer einem Zugang zur Ostsee müsse er nach Osten und Süden hin erweitert werden. In Litauen und „Klein-Rußland“ wohnten 2,5 Millionen Polen, die 15 Millionen Joch Grundbesitz besäßen. Die Inbesitznahme dieser Gebiete durch Polen würde einen Gegensatz zu Rußland schaffen, der eine russisch-polnische Annäherung so gut wie ausschliesse (S. 29). Polen müßte sich in einem solchen Fall auf Deutschland stützen, um dem russischen Druck standhalten zu können. Das Argument *Hardens*, daß ein polnischer Pufferstaat den Druck Rußlands nicht aushalten würde, versucht Feldman etwas romantisierend mit dem Hinweis auf historische Ereignisse und den Kampfesmut der Polen zu bagatellisieren.

„Wieder erinnere ich an polnische Kämpfe unter Napoleon, an die im Jahre 1831, während der Kampagne des Generals Bem im Jahre 1848 usw. Das Löwenmark dieser Generation ist nicht ausgetrocknet!“ (S. 30).

130) Die „Warschauer Nationalregierung“ war eine reine Fiktion Piłsudskis. Bereits am 13. August 1914 stellten die Österreicher Piłsudski ein Ultimatum, in welchem er vor die Wahl gestellt wurde, seine Verbände entweder aufzulösen oder sich unterzuordnen. Siehe *Conze* (wie Anm. 2), S. 53.

Am Ende seines offenen Briefes, den Feldman als Broschüre in Berlin drucken ließ, da er zu diesem Zeitpunkt noch keinen Zugang zu deutschen Blättern hatte¹³¹ und der seine erste Publikation in deutscher Sprache darstellte, drückt der Autor seine Überzeugung aus, daß sich der deutsch-russische Konflikt immer mehr vertiefen werde und daß deshalb der einzige wirksame Schutz gegen Rußlands Vordringen der polnische „Zwischenstaat“ sei (S. 33). Die Broschüre, die mit dem 21. Oktober 1914 datiert ist, schließt mit einer stark antirussischen Note:

„Aber Alles, was in Polen heute lebt, Alles was jung, gesund, leistungs- und schaffensfähig ist, seine höchsten Geister von Kościuszko, Mickiewicz und Lelewel angefangen bis zu Wyspiański und Żeromski, das Landvolk und die Arbeitermassen, endlich die Blüte der Jugend Polens, die unter Waffen steht, alle sagen es mit Entschlossenheit: wir wollen nicht kosakisch werden, nie und nimmer, selbst wenn der Kosak riechen sollte, wie die „Franzosen des Nordens“ aus den Petersburger Kanzleien oder der russische Gelehrte aus einer Kadettenzeitung“ (S. 34).

Im Zusammenhang mit diesem ersten offenen Brief Feldmans sollte festgestellt werden, daß der Autor sich an die ihm vom Leiter des Pressebüros des Militärdepartements des OPNK, Stanisław Kot, brieflich übersandten Instruktionen vom 19. und 24. Oktober hielt. Kot schrieb ihm, wobei er besonders hervorhob, daß er den Standpunkt Sikorskis referiere:

„Es überwiegt die Ansicht, daß man sich in der Sache einer eventuellen österreichischen Annexion oder eines Pufferstaats nicht besonders kategorisch aussprechen, sondern die guten und schlechten Seiten beider Lösungen — ohne sich besonders zu engagieren — erörtern sollte; aber in besonderen Fragen, solchen wie der Notwendigkeit des Reviers [gemeint ist offensichtlich das Dąbrowaer Kohlebecken] für das Königreich, der Notwendigkeit der Ausdehnung des polnischen Elements nach Osten hin u. ä., sollte man sich entschlossen äußern.“¹³²

Damit wird auch die Tendenz der Feldmanschen Broschüre klar umrissen. Feldman taktiert geschickt zwischen einer austropolnischen Lösung und einem eventuell zu schaffenden polnischen „Zwischenstaat“. Er nennt sein Staatsgebilde, das durchaus nicht wie Felicja Figowa behauptet, auf Kongreßpolen beschränkt bleiben sollte¹³³, bewußt auch nicht Puffer-, sondern Zwischenstaat, das heißt einen Staat mit Zugang zur Ostsee und um die ehemaligen polnischen Ostprovinzen erweitert. Gemäß den Instruktionen Kots spricht er sich auch nicht dezidiert für eine austropolnische Lösung aus, möchte eine solche aber auch nicht ausschließen.

Eine zweite Broschüre ließ Feldman bereits im Januar 1915 folgen. Diese Schrift ist mit einem Vorwort des bekannten polnischen, in Berlin lehrenden Slawisten Aleksander Brückner versehen, in welchem betont

131) S. Kot: Kilka uwag o działalności W. Feldmana w okresie wojny światowej [Einige Bemerkungen zur Tätigkeit W. Feldmans in der Zeit des Weltkriegs], in: Pamięci Wilhelma Feldmana [Zur Erinnerung an Wilhelm Feldman], hrsg. von J. Baudouin de Courtenay, A. Brückner, A. Chołoniewski u. a., Krakau 1922, S. 108—125, hier S. 113—114.

132) Figowa (wie Anm. 116), S. 148.

133) Ebenda, S. 120.

wird, daß Feldmans Broschüre vor allem gegen die Russophilie gerichtet sei. Das Vorwort Brückners ist auf den 27. Januar 1915 — also den Geburtstag Wilhelms II.! — datiert (S. 7).

Feldmans Kernthese ist, daß es einen unaufhaltsamen Drang Rußlands nach Westeuropa gebe; dabei weist er u. a. auf den enormen Zuwachs der russischen Bevölkerung seit dem 18. Jahrhundert hin. Die Übermacht des russischen Reiches sei progressiv unermesslich; dazu käme seine „bäuerliche, triebhafte, unersättliche Habsucht, mit echt bäuerlicher Hartnäckigkeit und Schlaueit gepaart“ (S. 12). Da die Expansionslust ein konstitutiver Bestandteil der russischen Politik sei, seien auch die Kriegsziele Rußlands sehr weitreichend. Sogar fortschrittliche Elemente der russischen Politik wollten die Grenze Rußlands bis zur Oder vorschieben, Österreich zerstückeln und unter südslawische Nationen aufteilen (S. 33). Hier kommt Feldman nun auf die besondere Rolle Polens zu sprechen. Da Polen das Haupttor sei, durch welches Rußland nach Westen vordringen könne, falle einem zukünftigen polnischen Staat die Rolle eines Schutzwalls für Europa und insbesondere für Deutschland zu, denn gerade an der polnischen Frage scheiterte der russische Panslawismus (S. 40). An diese These schließt Feldmann ein längeres Kapitel über das polnisch-russische Verhältnis an, in welchem er den Nachweis zu erbringen sucht, daß die echten polnischen Patrioten in der gesamten Geschichte der polnisch-russischen Beziehungen — mit wenigen Ausnahmen — immer anti-russisch eingestellt waren. Auch die 1886 gegründete Nationaldemokratische Partei, deren heutiger Führer Roman Dmowski für eine Zusammenarbeit mit Rußland und der Entente eintrete, bediene sich nicht des „slawischen Schlagworts“ (S. 63).

Der Antipode Dmowskis in Polen sei Józef Piłsudski, der die Überzeugung vertreten habe, daß im Falle eines Krieges Polen an der Seite der Mittelmächte zu stehen habe. Daß diesem Losungswort von polnischer Seite nicht mehr so viel Begeisterung entgegengebracht werde, liege an der preußischen Polenpolitik:

„Die auswärtige Politik Deutschlands hat aufgehört, mit Polen zu rechnen — und das zu einer Zeit — als Rußland und Frankreich dasselbe als einen wichtigen Faktor in ihre Kabalen hereinzogen“ (S. 64).

Dennoch habe die Agitation der Entente-Mächte in Kongreßpolen und insbesondere in Galizien keine Wurzeln geschlagen. Daß es allerdings in Kongreßpolen zu keinem Aufstand gekommen sei und daß die Legionen lediglich 25 000 Mann zählten, sei auf die preußische Polenpolitik zurückzuführen. Wäre man von preußischer Seite den Polen mehr entgegengekommen, so würden die Legionen nicht 25 000, sondern 250 000 Mann zählen (S. 67). Feldmann verweist auf die Schwierigkeiten, die jene polnischen Politiker hätten, die sich für die Gründung der Legionen und für eine Kriegsführung an der Seite der Mittelmächte entschlossen hätten, und schließt hieran die Frage an, was nach dem Krieg geschehen solle und welche Versprechungen und Garantien Berlin der polnischen Bevölkerung der drei Kaiserreiche und den Legionen geben

könne (S. 71). Diese absolut offene Frage versucht der Autor aus seiner Sicht zu beantworten. Die Zukunft Deutschlands, das zur Kolonialmacht werden müsse, liege auf dem Meere. Wolle Deutschland seinen Charakter als Nationalstaat erhalten, so müsse es erkennen, daß die Annexion eines Teils Kongreßpolens für seinen Bestand schädlich sei (S. 72).

Indem Feldman somit die These vom Primat eines Nationalstaats und von der Notwendigkeit der maritimen Kolonialisierung vertritt, versucht er auf Grundlage dieser beiden Voraussetzungen die Legitimation für die Existenz eines polnischen Staates zu schaffen, vor allem aber deutschen Annexionsgelüsten im Osten entgegenzuwirken. Im selben Zusammenhang diskutiert er auch die Kriegszielvorstellungen Paul Rohrbachs, der in seinen zahlreichen Schriften und Artikeln davon ausging, daß es gelte, den russischen Staat in seine historischen und ethnographischen Bestandteile zu zerlegen. Rohrbach hatte sich u. a. für die Lostrennung Finnlands, der Ostseeprovinzen, Litauens, Polens und der Ukraine von Rußland ausgesprochen.

Es ist offensichtlich, warum die Ansichten Feldmans und Rohrbachs an dieser Stelle kollidieren mußten. Die Feldmansche Konzeption eines polnischen Zwischenstaates konnte nur dann sinnvoll sein, wenn ein zukünftiger polnischer Staat, der auf seine ehemaligen — gegenwärtig preußischen — Provinzen verzichtete und sogar an eine Aussiedlung der Polen aus Preußen dachte, um das litauische und weißrussische Gebiet erweitert würde. In seinen Schriften machte Rohrbach jedoch deutlich, daß die Zukunft der baltischen Provinzen und auch Litauens in deutscher Hand zu liegen habe. Somit wären einer Expansion Polens nach Litauen hin Grenzen gesetzt. Ähnliche Überlegungen mußte Feldmann im Hinblick auf die Gründung eines ukrainischen Staates anstellen. Deshalb operierte er diesbezüglich auch mit dem Prinzip des historisch gewordenen Staates:

„Ein Staat ist etwas Organisches, kein Mechanismus; er muß von innen heraus wachsen und zur Reife gelangen; ein unreifes Volk, das nur ethnographisches Material darstellt, kann nicht über Nacht und auch nicht nach einer Generation zum Staate herausgebildet werden“ (S. 74).

Des weiteren geht Feldmann auf Stimmen in der deutschen Presse ein, die sich für einen Separatfrieden mit Rußland bei günstigen Bedingungen für Deutschland — etwa der Annexion der Gouvernements Kalisch und Petrikau — ausgesprochen hatten. Auch auf diese Argumente hat der Autor eine Antwort parat, in der die Idee des Nationalstaates vertreten wird:

„Lohnt es sich denn wirklich um den Preis von 2 Millionen Einwohnern, Preußen zu einem zweiten Österreich-Ungarn zu machen mit seinem ewigen Nationalitätenhader und unsicherem Grenzgebiete?“ (S. 76).

Der Nutznießer einer weiteren Teilung Polens wäre Rußland, welches den polnisch-preußischen Gegensatz für seine Interessen ausnützen würde. Deshalb sei als Abwehr gegen ein weiteres Vordringen Rußlands ein starkes Polen notwendig, das im Bundesverhältnis zu Deutschland und Österreich stünde (S. 78). Kongreßpolen und seine Grenzländer sollten den

Grundstock für ein zukünftiges polnisches Reich bilden, das etwa 20 Millionen Einwohner zählen und einen Zugang zur Ostsee haben sollte.

Wie aus einem Bericht an das OPNK vom 12. Januar 1915 hervorgeht, war sich Feldman zu diesem Zeitpunkt natürlich durchaus bewußt, daß sowohl militärische als auch wirtschaftliche Gruppierungen im Deutschen Reich die Annexion von Gebietsstreifen des Königreichs Polen forderten und einer austropolnischen Lösung mit sehr viel Distanz gegenüberstanden. Er war sich des weiteren darüber im klaren, daß diesen Kreisen eher die Idee der Herstellung eines selbständigen polnischen Pufferstaats in Anlehnung an das Deutsche Reich näherzubringen gewesen wäre.¹³⁴ Daß sich die Einstellung maßgeblicher deutscher Politiker und Gruppierungen in dieser Hinsicht im Frühjahr 1915 nicht änderte, geht aus den Berichten Feldmans vom 6. und 17. März 1915 an das OPNK hervor. So schrieb er am 6. März 1915, daß Polen für die Deutschen nicht den Gegenstand großer Politik darstelle, sondern lediglich „Betriebskapital“ sei.¹³⁵ In seinem Bericht vom 17. März 1915 referierte er ein Gespräch, das er mit dem Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei Bassermann geführt hatte und in welchem dieser ihm erklärt haben soll, daß, falls es militärische oder auch Gründe anderer Natur forderten, ein Teil Kongreßpolens an Deutschland fallen werde.¹³⁶

Feldman sah eine seiner Hauptaufgaben in dem Versuch, annexionistisch ausgerichtete deutsche Politiker davon zu überzeugen, daß das Königreich Polen kein geeignetes Objekt für deutsche Annexionen darstelle, da sich die polnische Bevölkerung nicht germanisieren ließe. Wie aus einem Bericht vom 19. April 1915 hervorgeht, scheint ihm dies auch bei einigen Vertretern des deutschen Annexionsgedankens gelungen zu sein. Der Redakteur einer annexionistischen Zeitschrift — „in seinen Ansichten und Tendenzen ein echter Kreuzritter“ — habe sich von ihm überzeugen lassen, daß das Königreich Polen sich nicht germanisieren lasse und sei endlich mit einem autonomen, aber an Deutschland angeschlossenen Polen einverstanden.¹³⁷ Es könnte sich hierbei durchaus um Maximilian Harden gehandelt haben.

In seiner dritten Broschüre, die im September 1915 erschien¹³⁸, läßt es sich Feldman nicht nehmen, zu Beginn seiner Ausführungen auf die Schrift Leibnizens aus dem Jahre 1669 zu verweisen, in der der Philosoph dargelegt hatte, daß die Unterdrückung der polnischen Freiheit eine Gefahr für die gesamte Christenheit darstelle¹³⁹, und betont, daß der Anlaß

134) Ebenda, S. 192.

135) Ebenda, S. 199.

136) Ebenda, S. 200.

137) Ebenda.

138) W. Feldman: Die Zukunft Polens und der deutsch-polnische Ausgleich, Berlin 1915, 76 S.

139) Offensichtlich handelt es sich um die Schrift von Gottfried Wilhelm Leibniz, die dieser im Winter 1668/69 in Mainz u. d. T. „Specimen demonstrationum politicarum pro eligendo rege Polono novo scribendi genere ad clarum vertitudinem exactum“ unter dem Pseudonym Georgius Ulicovius Lithuanus verfaßte und in deren Vorrede Polen als „antemuralis Christianorum“ bezeichnet wird. Siehe G. Rhode: Mainz und der europäische Osten, in:

für die Abfassung der Schrift Kants „Zum ewigen Frieden“ in einem Zusammenhang zu den polnischen Teilungen gestanden hatte (S. 9).

Den Sinn des gegenwärtigen Krieges erblickt der Autor in der Herbeiführung der Autonomie der Staaten und Nationen. Hierbei beruft er sich auf die Reichstagsrede Bethmann-Hollwegs vom 19. August 1915, in der der Reichskanzler u. a. geäußert hatte:

„Wir sind es nicht, die die kleinen Staaten bedrohen. Wir wollen sein und bleiben ein Hort des Friedens, der Freiheit der großen und kleinen Nationen“ (S. 11).

Überdies äußerte der Reichskanzler:

„daß die heutige Besetzung der polnischen Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Polen und Deutschen aus der Welt schafft“ (S. 11).¹⁴⁰

Auf die weltpolitische Ebene umgesetzt, bedeuten diese Ausführungen Bethmann-Hollwegs für Feldman, daß die vollständige Emanzipation Deutschlands von englischer Vormundschaft und vom russischen Druck parallel zum Befreiungskampf der unterdrückten Völker verlaufe. Allerdings meint Feldman, daß im Gegensatz zu den österreichisch-ungarischen Militärs und Politikern, die seiner Ansicht nach entschlossen seien, die Polenfrage mit den Interessen der Gesamtmonarchie in Einklang zu bringen, Deutschland sich hinsichtlich der Zukunft Polens ausschweige.

Auch in seiner dritten Broschüre geht Feldman in einer längeren Passage auf das russisch-polnische Verhältnis ein, wobei er feststellt, daß es hierbei nur ein einziges Bindeglied zwischen den Polen des Königreichs und anderen Slawen gäbe, das zudem eher negativer Natur sei: die Angst vor der Preußenwelt, vor ihrer Expansion, ihrem Drang nach dem Osten (S. 30). Zwar werde von deutscher Seite häufig die Gegenthese von einem polnischen Drang nach Westen aufgestellt, davon könne aber nicht die Rede sein, was aus den Publikationen zahlreicher polnischer Autoren hervorgehe. Feldman verweist hierbei auf die Broschüren solch aktivistisch orientierter Autoren wie Studnicki, Czartoryski und Kwilecki sowie auf die publizistische Tätigkeit des Fürsten Drucki-Lubecki in der „Deutschen Tageszeitung“.

Wesentlich intensiver als in seinen vorangegangenen Broschüren setzt sich Feldman nunmehr mit der ukrainischen Frage auseinander. Dies hatte gute Gründe. Im Jahre 1915 erschien eine ganze Anzahl von Broschüren, die entweder von der ukrainischen Zentralorganisation oder vom Allgemeinen Ukrainischen Zentralrat herausgegeben wurden. Autoren waren unter anderem Dmytro Donzow und Michael Lozynskyj.¹⁴¹ Ihre Schriften waren gegen die Publikationen polnischer, dem OPNK nahestehender Autoren gerichtet. Im Sommer 1915 entspann sich eine regel-

Miscellanea Moguntina. Vorträge der Mainzer Universitätswoche. Vom 13. bis 20. Mai 1962, Wiesbaden 1964, S. 41—77, hier S. 59—61.

140) Conze (wie Anm. 2), S. 82.

141) D. Donzow: Die ukrainische Staatsidee und der Krieg gegen Rußland, Berlin 1915; M. Lozynskyj: Die russische Propaganda und ihre polnischen Gönner in Galizien, Berlin 1915.

rechte Polemik zwischen Ukrainern und Autoren polnischer Provenienz. Ein beredtes Beispiel für diese Pressefehde liefert die Broschüre Michael Lozynskys u. d. T. „Wie die Polen ihre Freiheit verstehen“.¹⁴² Der Autor polemisiert mit den Ansichten Leon Wasilewskis, die dieser in seiner Broschüre „Die nationalen und kulturellen Verhältnisse im sogenannten Westrußland“ dargelegt hatte.¹⁴³ Wasilewski hatte als Kernthese in seiner Schrift ausgeführt, daß das sogenannte Westrußland sich auf Gebiete erstreckte, die einst zur Republik Polen gehört hätten, und daß die nationalen Bewegungen der Völker dieses Raumes (Litauer, Weißrussen, Ukrainer) unerheblich seien. Deshalb käme in diesen Gebieten den Polen die staatsbildende Rolle zu.

Die Polen beabsichtigen also die Unterwerfung und Polonisierung von Ukrainern, Weißruthenen und Litauern, schlußfolgert Lozynskij. Eine ähnliche Tendenz sei in der Broschüre Feldmans „Deutschland, Polen und die russische Gefahr“ vorhanden. Feldman hatte sich darin für die Angliederung der sogenannten westrussischen Gebiete an einen künftigen polnischen Staat ausgesprochen und diese Ansprüche sowohl historisch als auch von den Besitzverhältnissen her abgeleitet. Diesen Ausführungen hält Lozynskij entgegen:

„Also 3—4% Polen in den drei ukrainischen Gouvernements sollen die politische Alleinherrschaft über die Millionen des ukrainischen Volks ausüben, das uralte ukrainische Gebiet soll als ein „Ostpolen“ betrachtet werden, weil sich hier etwa 45% des Großgrundbesitzes (also doch nur eine Minderheit!) infolge der einstigen Eroberung des Landes und rückständiger Agrarverhältnisse der Gegenwart in den polnischen Händen befindet.“¹⁴⁴

Somit vertrete Feldman in der Maske eines Freiheitshelden die Politik der Unterjochung, da er in der Vergangenheit die Befreiung der durch Rußland unterjochten Völker gepredigt habe, nun aber fordere, daß die Zentralmächte mehrere dieser Völker dem zu befreienden Polen unterwerfen sollten (S. 17). Lozynskij weist auf einen weiteren Widerspruch der Feldmanschen Argumentation hin, denn von Deutschland habe Feldman die Achtung des Nationalitätenprinzips gefordert, für Polen beanpruche er aber das „Unterjochungsprinzip“ (S. 42). Am Ende seiner Ausführungen hält Lozynskij den Polen vor:

„Wer die Freiheit anderer bedroht, hat das Recht auf seine eigene Freiheit verwirkt“ (S. 45).

Nach diesem kurzen Überblick über die ukrainische Publizistik zur polnischen Frage nimmt es nicht wunder, wenn Feldman in diesem Zusammenhang feststellt, daß die ukrainischen Publikationen in Deutschland hauptsächlich gegen Polen ausgerichtet seien. U. a. greift er die Äußerungen des ukrainischen Reichsratsabgeordneten Eugen Lewyckij auf,

142) M. Lozynskij: Wie die Polen ihre Freiheit verstehen, Berlin 1915.

143) L. Wasilewski: Die nationalen und kulturellen Verhältnisse im sogenannten Westrußland, Wien 1915.

144) Lozynskij, Wie die Polen, S. 15.

der ausgeführt hatte, daß die Polen nicht das Recht hätten, über ganz Galizien, insbesondere aber Ostgalizien, zu sprechen, da diese Gebiete vornehmlich von Ukrainern besiedelt seien. Feldman spricht den Ukrainern zwar das Recht auf einen eigenen Staat ab, meint aber, falls ein zukünftiger polnischer Staat Gebiete einschließen sollte, die von Ukrainern besiedelt seien, diesen die nationale Autonomie zugestanden werden würde (S. 45). Was aber die deutsche Presse angehe, die an keiner antipolnischen Hetze interessiert sei, so solle sie sich bei der Darstellung dieser Problematik faktischen Materials bedienen, denn schließlich läge eine polnisch-ukrainische Verständigung auch in deutschem Interesse. Aller Zwiespalt in dieser Hinsicht stelle nur ein Arbeiten „pour le tsar des Russes“ dar (S. 47).

Im letzten Kapitel seiner Broschüre läßt sich Feldman schließlich über den Wert eines zukünftigen polnischen Staates für Deutschland aus. Fatal würde sich eine erneute Teilung Polens zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auswirken; die Vertreter einer deutsch-polnischen Lösung würden von der Oberfläche verschwinden, 90 v. H. der polnischen Nation würden ins russophile Lager überlaufen. Nach einer Teilung Polens würden sich — von Rußland unterstützt, das die Idee der Befreiung der slawischen Brüder vom deutschen Joch nicht aufgeben würde, — die revolutionären Bewegungen verstärken. Auch die preußischen Provinzen Oberschlesien und Posen würden nicht verschont bleiben. Deshalb wäre ein geschlagenes Rußland — dies wäre nämlich die Voraussetzung für eine solche Teilung Polens — der eigentliche Sieger der Zukunft. Schon allein deshalb müsse ein starkes und zufriedenes Polen im Interesse Deutschlands liegen (S. 65—66). Am Ende seiner Schrift drückt der Autor die Hoffnung aus, daß den russischen Verheißungen — gemeint ist das Manifest Nikolaj Nikolajewičs — auf deutscher Seite Taten folgen werden und Polen nicht nur als Objekt, sondern auch als Subjekt der großen Politik behandelt werde.

Die hier besprochene publizistische Tätigkeit Wilhelm Feldmans in den Jahren 1914/15 weist zwei Hauptstränge auf. Einmal ist es die Reaktion auf aktuelle Ereignisse, die er in der Polemik mit anderen Autoren aus seiner Sicht deutet und in sein Programm zur Lösung der polnischen Frage einbaut. Zum anderen finden sich in seinen Broschüren Elemente, die ständig wiederkehren und einen geradezu axiomatischen Charakter haben. Im Zentrum steht die Problematik Rußlands. Wie alle Vertreter einer Orientierung auf die Mittelmächte war sich Feldman der Tatsache bewußt, daß ein polnischer Staat — in welcher Form auch immer — nur dann Chancen hatte, von den Mittelmächten ins Leben gerufen zu werden, wenn es weiter bei dem Krieg zwischen den Mittelmächten und Rußland blieb. Wie Michał Sokolnicki in seiner Darstellung „Rok czternasty“ (Das Jahr Vierzehn) richtig hervorhebt, mußte es deshalb die Aufgabe aller in Berlin weilenden Vertreter des OPNK sein, im Rahmen ihrer eher bescheidenen Einflußmöglichkeiten dafür zu sorgen, daß es zwischen Deutschland und Rußland nicht zum Abschluß eines

Separatfriedens käme.¹⁴⁵ Ein solcher hätte die polnischen Hoffnungen auf die Gewinnung einer eigenen Staatlichkeit zunichte gemacht — oder mit den Worten Józef Piłsudskis ausgedrückt:

„Es durfte zu keinem Kompromiß kommen zwischen den kriegsbeteiligten Mächten. Ein Kompromiß mußte wieder eine Verständigung zwischen den Teilungsmächten bringen, und das hätte eine neue Teilung Polens bedeutet.“¹⁴⁶

Somit mußten die polnischen Politiker aller Orientierungen an einer Weiterführung des Kriegs interessiert sein, und deshalb auch wiederholt sich im Lager der auf die Mittelmächte orientierten polnischen Politiker und Publizisten — insbesondere auch bei Feldman — immer wieder eine Argumentation, die die „russische Gefahr“ für Deutschland und ganz Europa unterstreicht. Die Betonung des Expansionsdrangs Rußlands nach Mitteleuropa stand im Zusammenhang mit der Propagierung der eigenen Vorstellungen über die Funktion eines polnischen Staates. In dieser Hinsicht sind sich alle hier besprochenen polnischen Autoren einig. Deshalb war man auch zunächst einmal bereit, auf eine Wiedervereinigung aller polnischen Teilungsgebiete zu verzichten. Im Gegensatz zur russischen Orientierung, die durch die Nationaldemokraten um Roman Dmowski vertreten wurde und die eine Wiedervereinigung aller polnischen Teilungsgebiete unter zarischer Herrschaft propagierte, war man auf Seiten der polnischen Aktivisten bereit, auf das preußische Teilungsgebiet zu verzichten. Allerdings forderte man eine Ausdehnung des zukünftigen polnischen Staates nach Osten hin. Die Ansprüche auf litauische, weißruthenische und ukrainische Gebiete wurden historisch abgeleitet, mit dem Verweis auf die territorialen Verhältnisse vor den polnischen Teilungen und dem Vorhandensein einer polnischen Oberschicht und deren hohem Anteil an Landbesitz in diesen Gegenden. Die Betonung dieser Besitzverhältnisse und der kulturellen und zivilisatorischen Rolle, die das polnische Element dort gespielt hatte, findet sich bei allen Autoren einer Orientierung auf die Mittelmächte.¹⁴⁷

An dieser Stelle kollidierten allerdings die Interessen der polnischen Aktivisten mit denen einiger Vertreter der übrigen Randvölker des russischen Reiches. Besonders deutlich wird dies an der Polemik Feldmans mit den Verfechtern eines ukrainischen Autonomie- bzw. Staatsgedankens. Feldman, der einerseits die Schaffung eines polnischen Staates in Anlehnung an die Mittelmächte fordert, widersetzt sich andererseits einer ukrainischen Staatsbildung; den Ukrainern möchte er lediglich nationale Autonomie in einem zukünftigen polnischen Staat zugestehen. Nur die Polen als historische Nation seien in der Lage, dem russischen Druck nach Deutschland und Mitteleuropa standzuhalten.

145) Sokolnicki (wie Anm. 14), S. 311.

146) Ebenda.

147) Außer in den besprochenen Publikationen etwa bei A. von Guttry: Die Polen und der Weltkrieg. Ihre politische und wirtschaftliche Entwicklung in Rußland, Preußen und Österreich, München, Berlin 1915, S. 30. Etwas später bei E. von Romer: Die Gesamtzahl der Polen, Wien 1917.

Diese Argumentation, die dem polnischen Staat die Rolle eines „Schutzwalls“ gegen das „asiatische“ und „barbarische“ Rußland einräumt, steht in engem Zusammenhang mit der stellenweise übertriebenen Darstellung der militärischen und politischen Bedeutung der polnischen Legionen um Piłsudski. Allein die Existenz dieser polnischen Kampfverbände an der Seite der Mittelmächte bot den polnischen Aktivisten allerdings immer wieder die Möglichkeit, der These der deutschen antipolnischen Publizisten entgegenzutreten, daß die polnische Bevölkerung grundsätzlich prussisch gestimmt sei. Der deutschen Reichsleitung konnte jedoch nicht daran gelegen sein, daß die militärischen Erfolge der polnischen Legionen, auch nur ihrem tatsächlichen militärischen und politischen Einfluß entsprechend, einer breiten deutschen Öffentlichkeit vorgestellt wurden, denn schließlich erblickte man im OPNK und in den Legionen die offensten Vertreter einer austropolnischen Lösung, der man sich von deutscher Seite, insbesondere nach den großen Waffenerfolgen vom Sommer bis Herbst 1915, immer dezidierter entgegenstellte. Kennzeichnend für die hier behandelte deutsche Publizistik war deshalb auch, daß die Rolle der polnischen Legionen entweder verschwiegen oder in ihrer Bedeutung herabgesetzt wurde.

Für die deutsche Reichsleitung ergaben sich nach der militärischen Besetzung des gesamten Königreichs Polen und weiter Teile Litauens hinsichtlich der polnischen Frage erhebliche Probleme. Die Forderung der aktivistischen Polen, die sich gerade auf Litauen bezogen, wollte man von deutscher Seite nicht erfüllen. Andererseits konnte man sich auch nicht offiziell dazu äußern, was mit diesen Gebieten in Zukunft zu geschehen habe, da bis zu diesem Zeitpunkt noch keine konkreten Pläne zur Lösung der litauischen und ukrainischen Frage bestanden. Da man allerdings eine austropolnische Lösung ausschloß und auch nicht daran interessiert sein konnte, einen zukünftigen polnischen Staat zu weit nach Osten ausgreifen zu lassen, blieb auch die litauische und ukrainische Frage weitgehend offen. Ungeachtet der Tatsache, daß ein polnischer Staat, wie er von Studnicki und Feldman gefordert wurde, auf Grund seiner starken ethnischen Differenzierung mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben würde, war man sich auf deutscher Seite auch durchaus bewußt, daß die polnischen Aktivisten in ihrer Mehrzahl bei gegebener Gelegenheit auch Ansprüche auf eine Revision der polnischen Westgrenze anmelden würden. Eine solche Entwicklung wäre aber nur dann auszuschließen gewesen, wenn man sich auf Seiten der Mittelmächte dezidiert für den Aufbau eines polnischen Staates ausgesprochen hätte und der Verkündung des Manifests vom 5. November 1916 entschlosseneren Taten hinsichtlich des Aufbaus eines polnischen Staates gefolgt wären.

8. Stanisław Przybyszewski als Vertreter eines verspäteten polnischen Messianismus

Einen ganz besonderen Beitrag hinsichtlich der Vorstellungen für einen deutsch-polnischen Ausgleich stellt die im Jahre 1915 in erster Auf-

lage erschienene Broschüre des polnischen Schriftstellers Stanisław Przybyszewski¹⁴⁸ dar, die den bezeichnenden Titel „Polen und der heilige Krieg“ trägt.¹⁴⁹

Im Vorwort dieser Schrift betont der Autor, daß sein Beitrag, der eine Zusammenfassung von mehreren Artikeln und Aufsätzen, die in einigen deutschen Zeitungen erschienen waren, darstellte, kein politisches Bekenntnis sei, sondern lediglich die Verständigung zweier hochstehender Kulturnationen beabsichtige (S. 5).

Ausgangspunkt der Ausführungen Przybyszewskis ist der Kampf der polnischen Legionen gegen Rußland, zu welchem der Autor eine Parallele zum Jahr 1831 zieht. Mit diesem Jahr aber verbindet Przybyszewski das Aufblühen der deutschen Polenfreundschaft, deren stärkster Ausdruck für ihn die Polenlieder deutscher Dichtung sind (S. 14—15). In einem langen Überblick schildert der Autor Genesis und Verlauf des polnischen Aufstands von 1830/31, wobei er vor allem das strenge Regiment des Großfürsten Konstantin, des Oberbefehlshabers der Armee des Königreichs Polen, charakterisiert und auf den Zusammenhang mit der Julirevolution und der belgischen Revolution verweist, um sich dann in schwärmerischem Ton über das Verhältnis der Polen zur Freiheit auszulassen:

„Freiheit! Ich glaube behaupten zu dürfen, daß bei keinem Volke dieses Wort eine so unerhörte Bedeutung erlangt hat, wie gerade bei den Polen. Es ist eigentlich kein Wort mehr, kein Begriff, Freiheit ist der eigentliche und tiefste Lebensinhalt des Polen und seine erhabenste Religion. Gott braucht er weniger zu seinem Seelenheil, dies ficht ihn wenig an, wenn er in der Knechtschaft leben soll — Gott soll ihm Vermittler sein zur Erreichung seiner Freiheit“ (S. 25).

In den Polenliedern aus der Zeit der deutschen liberalen Polenfreundschaft erblickt Przybyszewski den Schlüssel zur deutschen Volksseele, in

148) Stanisław Przybyszewski (1868—1927) war Prosaiker und Dramatiker, ein Vertreter des Modernismus sowohl in der deutschen als auch in der polnischen Literatur. Als Vorläufer des Expressionismus übte er einen großen Einfluß auf das „Junge Polen“ (Młoda Polska) aus. Der Sohn eines Dorfschullehrers besuchte von 1881—1889 das Gymnasium in Thorn und Wongrowitz und studierte von 1889—1890 Medizin und Architektur in Berlin. Von 1892—1893 arbeitete er in der Redaktion der „Gazeta Robotnicza“ [Arbeiterzeitung], dem Organ der polnischen Sozialdemokraten in Berlin. In seinen Artikeln griff er sowohl den polnischen Klerus als auch die loyalistisch gesinnten Großgrundbesitzer des preußischen Teilungsgebiets an. In Berlin und später in Norwegen verfaßte Przybyszewski seine bekanntesten Werke, die ihm auf Grund seiner Beschäftigung mit Dämonologie, Satanismus und Schwarzer Magie den Ruf eines erst-rangigen Schriftstellers sicherten, ihn aber andererseits mit der skandalösen Aureole eines Dekadenten und die öffentliche Moral in Frage stellenden Literaturaten umgaben. Der Schriftsteller ließ sich 1898 in Krakau nieder, wo er einen ungeheuren Einfluß auf das dortige Kulturleben ausübte. Ab 1901 lebte er in Warschau; die Jahre von 1906—1919 verbrachte er in München. Während der ersten Kriegsjahre propagierte er in seinen Aufsätzen, Artikeln und Broschüren eine Zusammenarbeit mit den Mittelmächten.

149) S. Przybyszewski: Polen und der heilige Krieg, 3. Aufl., München 1916, 101 S.

der die heroische Aufopferung für die große Idee der Freiheit Bewunderung ausgelöst habe:

„Aus dem Buche der polnischen Lieder der deutschen Dichter kann man weit tiefere Aufschlüsse über die Psychologie der deutschen Volksseele erlangen, als aus weitläufigen Abhandlungen der Geschichtsschreiber“ (S. 37).

Der Autor bedauert es, daß diese Zeiten nunmehr vollends der Vergangenheit angehörten, obwohl sich am Kern der Sache — dem Streben des polnischen Volkes nach Freiheit — doch grundsätzlich nichts verändert habe (S. 38). Mit dem Hinweis auf Ernst Ortlepp und den Grafen Platen schließt er diesen Abschnitt mit den Worten ab:

„Nur die Starken neiden nicht den Schwächeren die Freiheit — die Starken allein!“ (S. 41).

Es schließt sich ein Kapitel über das Verhältnis Polens zu England und Frankreich an, in welchem der Autor die Treue der Polen gegenüber dem „treulosen Napoleon“ hervorhebt. Da die Polen in ihren Hoffnungen auf Frankreich und England bitter enttäuscht worden seien, appelliert Przybyszewski nunmehr an die „gerechte deutsche Volksseele“, die verstehen müsse, daß ein unterjochtes Volk eben nach jeder sich bietenden Möglichkeit greife (S. 43). Jeder Pole wisse, daß die Proklamation Nikolaj Nikolajewiçs vom Zaren nicht bestätigt worden sei und somit nicht die Bedeutung eines „Ukaz“ habe; allerdings seien dem polnischen Volk Hoffnungen gemacht worden, die durch England und den Führer der polnischen Nationaldemokraten noch mehr geschürt worden seien. Der Einfluß der Nationaldemokraten in Polen sei jedoch gering (S. 52). In krassem Gegensatz zu deren Programm stehe die Freiheitsidee der Polen, die sich insbesondere unter den günstigen Bedingungen in Österreich-Ungarn unter der Führung Piłsudskis entwickeln konnte und deren Ausdruck die polnischen Legionen seien, die den vierten Aufstand gegen Rußland initiiert hätten (S. 64). Die Ausführungen über die Bedeutung der polnischen Legionen stehen in direktem Zusammenhang mit der kulturellen Rolle, die der Autor dem polnischen Staat in der Vergangenheit zuschreibt:

„Das aber darf ich ohne jegliche nationale Überhebung sagen, daß Polen jahrhundertlang, von der Gründung der Jagiellonischen Universität in Krakau bis zum Ende des 17. Jahrhunderts der Brennpunkt der ganzen damaligen Kultur Europas war“ (S. 74).

Dieser für Europa günstige status quo sei erst durch die Teilungen Polens ausgemerzt worden, für „Mongolen und Asiaten“ habe man offene Türen eingerrannt, denn hätte man Polen bestehen lassen — so die Überzeugung des Autors —, wäre der gegenwärtige Krieg zwischen Deutschland und Österreich gegen Rußland völlig ausgeschlossen gewesen (S. 78). Die Rolle der Polen und der polnischen Legionen sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt wieder eine ähnliche, umso befremdender, daß die Deutschen das Vorhandensein der Legionen fast ignorierten (S. 81).

Im letzten Abschnitt seiner Broschüre geht Przybyszewski auf die Diskussion der polnischen Frage in der deutschen Öffentlichkeit ein, wobei

er sich über das Schlagwort der „polnischen Illusionen“ ausläßt. Die Warnung, die den Polen selbst in den polenfreundlichen Blättern entgegengehalten werde, — das alte „point de rêveries, messieurs!“, sei diesen — in welcher Form auch immer —, mittlerweile so vertraut geworden, daß es nicht fortwährend wiederholt werden müsse. Der Autor drückt die Hoffnung aus, daß die Polen sich durch ihren freiwilligen Einsatz an der Seite der Mittelmächte wohl das Vertrauen Deutschlands verdient hätten. Przybyszewski schließt mit einem pathetischen Schlußakkord:

„Es können doch keine Illusionen sein, wenn die Polen sich vermessen, daran fest zu glauben, daß ihnen die Treue um der Treue willen gehalten wird, daß eine Nation, in der das ethische Gefühl der Gerechtigkeit so tief eingewurzelt ist, wie kaum in einer anderen, die entsetzlichen Opfer, die Polen in diesem Krieg, als Vorhut der Zentralmächte, gebracht hatte, wohl zu würdigen wissen wird“ (S. 101).

Die in einem poetischen, stellenweise pathetischen und exaltierten Stil gehaltene Broschüre Przybyszewskis, in deren Vordergrund die Verherrlichung der polnischen Legionen und der Person Piłsudskis steht — wobei die Parallelen zum Gedankengut des polnischen Messianismus offenkundig ist —, erschien im November 1915.¹⁵⁰ Die publizistische Tätigkeit des Autors hinsichtlich der polnischen Frage ging freilich schon auf Anfang 1915 zurück, wie aus einem an den in Wien lebenden H. Śliwiński gerichteten Brief vom 23. Februar 1915 ersichtlich wird, in welchem Przybyszewski ausführt, daß es sein sehnlichster Wunsch sei, sich publizistisch für die polnische Sache im Sinne der Politik des OPNK zu betätigen.¹⁵¹ Bei dieser Gelegenheit übersandte Przybyszewski Śliwiński einen von ihm selbst verfaßten Artikel „Und der polnische Aufstand“, der im „Tag“ abgedruckt worden war.¹⁵² Der gleiche Artikel, in dem die Gestalt Piłsudskis glorifiziert, Dmowski aber verurteilt wird, fand in Auszügen Eingang in die oben besprochene Broschüre.¹⁵³

In einem Brief an den Herausgeber seiner deutschsprachigen Werke, Eugen Diederichs in Jena, der mit Kościński, 31. VIII. 1916, datiert ist, kündigt der Autor eine weitere Broschüre u. d. T. „Von Polens Seele“ an. Diese Schrift stellt eine Kompilation früherer Arbeiten dar und zeichnet sich ebenfalls durch die Verherrlichung der polnischen Legionen und eine prodeutsche Tendenz aus. Wie der Autor selbst betont, setzt er sich in ihr mit rein psychologischen Faktoren auseinander, gesellschaftspolitische Faktoren sollen keine Rolle spielen. Wie aus einem Brief vom 6. November 1916 an Diederichs hervorgeht, wäre Przybyszewski sehr daran gelegen gewesen, diese Broschüre unmittelbar nach der Proklamation vom 5. No-

150) Die Broschüre erschien noch im gleichen Jahr in zweiter und 1916 in dritter Auflage. In polnischer Sprache: *Polska i święta wojna*, Wien 1915.

151) S. Przybyszewski: *Listy* [Briefe], hrsg. von S. Hełsztyński, 3 Bde, Danzig, Warschau 1938, hier Bd. 2, S. 629 f.

152) *Der Tag*, Nr. 27/28 vom 3. 2. 1915.

153) Przybyszewski, *Listy*, Bd. 2, S. 632, Anm. 54.

vember 1916 erscheinen zu lassen¹⁵⁴, schließlich erschien sie aber erst im Mai 1917.

Die Ereignisse des Jahres 1917 brachten allerdings eine Wandlung in der politischen Haltung Przybyszewskis. Auf Grund der Februarrevolution in Rußland und des Kriegseintritts der USA verwarf der Autor seine prodeutsche Orientierung und hoffte nunmehr auf den Sieg der Entente und die Wiederherstellung Polens mit deren Hilfe.¹⁵⁵

9. Ein anonymer Vertreter einer prorussischen Lösung

Eine Ausnahme in der deutschsprachigen Broschürenliteratur bezüglich der Lösung der polnischen Frage stellt die Broschüre eines anonymen Autors u. d. T. „Der Weltkrieg und die polnische Orientierung“ dar.¹⁵⁶ Der Autor, der sich selbst als „parteilosen Polen“ bezeichnet, vertritt in ihr nachdrücklich die prorussische Orientierung und ist somit recht eindeutig dem Lager der Nationaldemokraten um Roman Dmowski zuzuordnen.

Die Broschüre stellt ähnlich wie die erste Schrift Wilhelm Feldmans eine Polemik mit dem in den „Grenzboten“ erschienenen Artikel Cleinows dar. Da der Autor ein erbitterter Gegner einer deutsch-polnischen bzw. austropolnischen Lösung ist, legt er keinen Wert auf Interpretation bzw. Beschwichtigung der Cleinowschen Thesen, sondern bedient sich einer offenen Polemik. Cleinow habe als „berufsmäßiger Hakatist“ in zynisch-naiver Weise eine spontane Erhebung zugunsten des „Hakatistenreiches“ erwartet. Wie alle „berufsmäßigen Hakatisten“ sei er der Überzeugung, daß der „Polake“ überhaupt nur dazu da wäre, „mit seinem Leichnam dem eigentlichen Menschen, dem preußischen homo sapiens, einen schützenden Wall zu schaffen“ (S. 8).

Aber nicht nur der „berufsmäßige Hakatist“ Cleinow, sondern auch der Landsmann des Anonymus, Wilhelm Feldman, der in seiner Entgegnung an Cleinow die Gründe für das Ausbleiben eines polnischen Aufstands in Kongreßpolen recht objektiv dargestellt hatte, wird angegriffen. Die Feldmansche, das heißt austropolnische Orientierung sei für einen „parteilosen Polen“ unannehmbar, da sie die preußisch-polnischen Verhältnisse ignoriere und den größten Feind jeglichen Polentums, Preußen, unterstütze (S. 9). Der Autor erwähnt die Schikanen der preußischen Polenpoli-

154) Ebenda, S. 665.

155) Ebenda, S. 749: „Meine politischen Anschauungen — nicht nur die meinen, sondern auch die der gewaltigen Masse polnischer Denker — waren natürlicher Weise anders geartet, als das Zarentum noch bestand — keiner konnte das Wunder vorhersehen, daß Rußland zu freier Republik wird. In dem Augenblick, als sich dort der unbegreifliche Umsturz ereignete, mußte sich die gesamte politische Orientierung bei denkenden, nicht verbissenen Menschen, die keinem dummen Stier gleichen, der, wenn er ein Horn in ein Brett nagelt, es herauszuziehen nicht in der Lage ist, vollständig umkehren“ (Übersetzung d. Vfs.).

156) N. N.: Der Weltkrieg und die polnische Orientierung. Von einem parteilosen Polen, o. O., o. J., 46 S.

tik, die Cleinow in zynischer Weise unterschlagen habe. Was die Polen von der Befreiung durch Deutschland zu erwarten hätten, veranschauliche das inkognito erschienene Büchlein unter dem Titel „Zmartwychstanie Polski“ (Die Wiederauferstehung Polens)¹⁵⁷, in welchem die Wiederherstellung Polens unerwähnt bleibe und die Plünderung und Zerstörung der Stadt Kalisch nicht angesprochen werde.¹⁵⁸ Heutzutage sei deshalb für 90 v. H. der Polen nicht Rußland der „verhaßte Gegner“, sondern die einzig logische Stütze des künftigen Polentums (S. 17). Das OPNK bezeichnet der Autor als selbsternannt; demgemäß habe es auch nicht das Recht, für ganz Polen zu sprechen. Zwar räumt er ein, daß es wegen der „Vaterfigur“ Kaiser Franz Josephs verständlich sei, daß sich die galizischen Polen keine staatliche Zukunft ohne Österreich vorstellen könnten, da sich hierin und in der Aufstellung der polnischen Legionen die Dankbarkeit gegenüber Österreich-Ungarn ausdrücke, die der Preuße Cleinow freilich nicht erwarten dürfe. Sicher sei aber, daß, wenn die austrophilen Polen ein um Galizien erweitertes Königreich Polen forderten, sie die preußischen Polen ihrem „entsetzlichen Schicksal“ überließe (S. 24).

„Wann wird das ‚Oberste Nationalkomitee‘ endlich einsehen, daß die von ihm stellenweise gepriesene ‚Waffenbrüderschaft‘ der Legion mit den deutschen Heerscharen dem ältesten Teil des ehemaligen polnischen Reiches nur als eine unerwartete Provokation klingt“ (S. 27)?

Eine österreichisch-preußische Orientierung sei trotz aller Dankbarkeitsgefühle für die Person Kaiser Franz Josephs — selbst für die galizischen Polen — ganz und gar nicht statthaft. Die österreichische Politik schwimme im Fahrwasser Preußens, das preußische Fahrwasser bedeute aber für alles, was polnisch denkt und fühlt, „ein Grab ohne Wiederauferstehung“ (S. 28).

Was Rußland angehe, so müsse man von polnischer Seite erkennen, daß es sich gegenwärtig nicht um das Rußland eines Murawiew, Kauffmann oder Bezak handele, der „Wüteriche und Henker des Aufstands von 1863“, auch nicht um das Rußland von 1900 und 1910, sondern um das von 1914, dessen historisches Wort den Beifall der ganzen Duma gefunden habe (S. 29).

Es schließt sich ein Vergleich zwischen der russischen und der preußischen Polenpolitik an, wobei der Autor zwar konstatiert, daß Ruß-

157) Es handelt sich offensichtlich um die von Matthias Erzberger herausgegebene, reich illustrierte Broschüre u. d. T. „Zmartwychstanie Polski“ [Die Wiederauferstehung Polens], auf deren Titelseite die Muttergottes von Tschenschow, eingerahmt von Kaiser Wilhelm II. und Papst Leo XIII., dargestellt ist. Das gleiche Motiv wurde in den ersten Kriegswochen als Flugblatt unter der polnischen Bevölkerung verteilt und sollte durch Ausnutzung des religiösen Moments eine Deutschland gegenüber loyale und antirussische Haltung bei den Polen Preußens und des Königreichs hervorrufen.

158) Am 4. August 1914 wurde die Stadt Kalisch durch deutsche Artillerie schwer beschossen und zum Teil in Brand gesteckt. Einmarschierende deutsche Truppen waren beschossen worden, und man machte hierfür die polnische Bevölkerung der Stadt verantwortlich.

land seine polnischen Untertanen hart bestraft habe, aber auch wegen der beiden polnischen Aufstände dazu in gewissem Maße berechtigt gewesen sei. Preußen hingegen, das seinen polnischen Untertanen nur vorzuwerfen habe, daß sie Polen seien, befinde sich seit 40 Jahren in einem „Exterminationenkampf“ gegen das Polentum, der seinen Höhepunkt unter Wilhelm II. erreicht habe. Die Bestrafung durch die Russen habe nicht den Polen an sich gegolten, sondern lediglich den Meuterern; die polnische Nationalität sei in Rußland immer anerkannt worden.

Diese Broschüre des anonymen Autors stellt insofern eine Ausnahme in der deutschsprachigen Broschürenliteratur zur polnischen Frage dar, als der Autor die russisch-polnische Orientierung propagiert und mit Nachdruck auf all jene neuralgischen Punkte des preußisch-polnischen Verhältnisses verweist, die offensichtlich von den polnischen Autoren deutsch-polnischer bzw. austropolnischer Orientierung in deren Ausführungen ausgespart bzw. nur am Rande erwähnt wurden, um den „Burgfrieden“ nicht in Frage zu stellen. Der Autor greift sowohl Cleinow, der den Standpunkt des Deutschen Ostmarkenvereins repräsentierte, als auch den offiziellen Emissär des OPNK in Berlin, Feldman, an, der in seiner Broschüre die schroffen Thesen Cleinows beschwichtigend zu entkräften suchte. Inso weit deckt die Broschüre dieses anonymen Vertreters der polnischen Nationaldemokratie die Schwächen der auf die Mittelmächte orientierten Polen klar auf. Diese bestanden vor allem darin, daß man auf polnischer Seite als Voraussetzung für ein Zusammengehen mit den Mittelmächten endgültig auf das preußische Teilungsgebiet hätte verzichten müssen.

Somit wird dem durch Feldman und die polnischen Aktivisten vertretenen Standpunkt die politische Konzeption des Polnischen Nationalkomitees (Komitet Narodowy Polski), das am 25. November 1914 unter der Leitung Dmowskis in Warschau geschaffen worden war und sich für eine bedingungslose Unterstützung Rußlands aussprach, entgegengestellt. Entsprechend den von Dmowski im Jahre 1908 vorformulierten Prämissen sah das Programm des Polnischen Nationalkomitees die Zerschlagung des feindlichen Deutschland und die Wiedervereinigung Polens unter dem zarischen Zepher vor.¹⁵⁹

10. Versuch einer Wertung

Die Darstellung der verschiedenen Ansätze zur Lösung der polnischen Frage zwischen 1914 und November 1916 zeigt, daß zwischen den Berei-

159) Die Konzeption der Lösung der polnischen Frage in Anlehnung an Rußland formulierte der Führer der polnischen Nationaldemokraten Roman Dmowski in seinem 1908 erschienenen Werk „Niemcy, Rosja i kwestia polska“ [Deutschland, Rußland und die polnische Frage]. In Deutschland erblickte Dmowski den Hauptgegner Rußlands und Polens; deshalb schlug er ein gemeinsames Vorgehen gegen die Mittelmächte vor. Dabei ging er von der Erwägung aus, daß es im eigenen Interesse der russischen Regierung liegen würde, die politischen Bedingungen für die polnische Bevölkerung Kongreßpolens zu verbessern. Ziel der Vorstellungen Dmowskis war die Vereinigung aller polni-

chen der politischen Broschüre und der offiziell vertretenen deutschen Polenpolitik eine gewisse Kongruenz besteht.

Bis zum Manifest vom 5. November 1916 stellt sich die polnische Frage als absolut offen dar. Im Vordergrund der Politik des Deutschen Reiches steht bis zur Einnahme Warschaws das Bemühen um einen Separatfrieden mit Rußland. Erst die Besetzung des gesamten kongreßpolnischen Gebiets und die Errichtung des deutschen und österreichischen Generalgouvernements bringen einen wesentlichen Einschnitt in der Diskussion und Entwicklung der polnischen Frage. Die Führung des Deutschen Reichs mußte sich nunmehr auch politisch mit der Lösung der polnischen Frage beschäftigen. Dementsprechend ergibt sich auch für die hier behandelte Broschürenliteratur in diesem Zeitabschnitt ein gewisser Höhepunkt.

Es ist bemerkenswert, daß sich neben den konsequent antipolnischen Vertretern des Deutschen Ostmarkenvereins auch Autoren zu Wort meldeten, die in der vorliegenden Untersuchung als „propolnisch“ bezeichnet wurden, da sie den Aufbau eines polnischen Staates nicht grundsätzlich ausschlossen. Freilich wird deutlich, daß auch bei diesen Konzeptionen, die auf Grund der unterschiedlichen Positionen der einzelnen Autoren sowie der Verschiedenartigkeit ihrer Lösungsansätze bei der deutschen Öffentlichkeit wohl kaum einen tieferen Eindruck hinterlassen haben dürften, die polnische Frage lediglich als Funktion der für das Deutsche Reich weitaus wichtigeren russischen erscheint.

Die Besetzung Kongreßpolens im Sommer 1915 bot dem Deutschen Reich die Möglichkeit einer Kurskorrektur der deutschen Polenpolitik, wie dies unter anderem von Hans Delbrück gefordert wurde, zu der es jedoch nicht kam. Im Vordergrund der Überlegungen der übrigen „propolnischen“ Autoren stand hingegen die weitere Auseinandersetzung mit Rußland. Auf Grund der großen militärischen Erfolge schien die Möglichkeit einer „Dekomposition“ Rußlands in greifbare Nähe zu rücken. Den in dieser Hinsicht aktiven Autoren, insbesondere den Deutschbalten Schiemann, Rohrbach und Haller, schwebte die Schaffung selbständiger bzw. halbsoveräner, von Deutschland abhängiger Randstaaten wie Finnland, Polen und die Ukraine vor. In diesem Zusammenhang hielten es deshalb auch einige Autoren — wie zum Beispiel Max Kranz — für legitim, die Schaffung eines polnischen Staates, in einem allerdings recht bescheidenen territorialen Ausmaß, zu erwägen. Als Voraussetzung hierfür wird der absolute und endgültige Verzicht der Polen auf das preußische Teilungsgebiet angesehen, wie dies Wilhelm von Massow am klarsten formulierte. Auch will man von deutscher Seite nicht auf die Annexion eines polnischen „Grenzstreifens“ verzichten, wobei militärisch-strategische und wirtschaftliche Argumente vorgebracht werden. Die Abtrennung dieses Grenzstreifens von Kongreßpolen, verbunden mit zum Teil weitreichenden Umsiedlungsvorstellungen, kann als integraler Bestandteil der Vorstellungen der politischen und militärischen Führung des Deutschen

scher Teilungsgebiete im Rahmen des zarischen Imperiums bei autonomer Stellung für die Polen.

Reiches angesehen werden; insofern ergibt sich an dieser Stelle wiederum eine Kongruenz zwischen den Plänen der deutschen Politiker und Militärs und der Gesamtheit der hier angeführten deutschen Broschürenautoren.

Die Argumentation der aktivistisch bzw. austropolnisch gesonnenen polnischen Publizisten im Sinne einer „Bollwerkfunktion“ des zukünftigen polnischen Staates gegen das „asiatische“ Rußland konnte unter solchen Umständen weder bei der deutschen Führung noch bei der breiten deutschen Öffentlichkeit auf Gehör stoßen. Neben der polnischen Frage begann nunmehr auch die ukrainische und in geringerem Maße die litauische an Bedeutung zu gewinnen. Deutlich zeigt sich dies insbesondere an der Publizistik des Deutschen Ostmarkenvereins, in der bereits recht früh auf die Möglichkeit der Schaffung eines ukrainischen Staates hingewiesen wird, der sowohl Rußland schwächen als auch etwaige Ansprüche der Polen auf die ehemals polnischen Ostprovinzen eindämmen sollte.

Die Grundtendenz der politischen Publizisten polnischer Provenienz ist demgegenüber von Beginn an konsequent auf die Errichtung eines polnischen Staates ausgerichtet. Mit einer einzigen Ausnahme sprechen sich alle Autoren von Kwilecki bis Przybyszewski für die Anlehnung eines solchen Staates an die Mittelmächte aus, wobei den militärischen Ereignissen entsprechend, die Favorisierung einer austropolnischen Lösung an Nachdruck verliert und die Propagierung der Idee eines „Zwischenstaates“, der an Deutschland angelehnt werden soll, an Gewicht gewinnt. In diesem Zusammenhang wären die polnischen Aktivisten offenbar bereit gewesen, auf das preußische Teilungsgebiet zu verzichten; gleichzeitig erhofften sie sich jedoch territoriale „Kompensationen“ auf Kosten litauischer und ukrainischer Gebiete. Plausibel konnte man der deutschen Seite allerdings einen solchen polnischen „Zwischenstaat“ nur dann machen, wenn man erstens betonte, daß die Bedrohung Deutschlands und Europas durch Rußland permanenter Natur sei und sein werde und daß zweitens nur ein zufriedener und territorial saturierter polnischer Staat in der Lage sein würde, dem ständigen russischen Druck nach Europa hin standzuhalten. Hieraus sind wohl die vom „missionarischen Eifer“ erfüllten und sich an das Gedankengut des polnischen Messianismus anlehrenden Passagen in den Publikationen fast aller polnischen Autoren zu erklären.

Die von ihnen erhobenen Forderungen nach den ehemaligen polnischen Ostgebieten können für diesen Zeitpunkt als utopisch angesehen werden, denn sowohl die deutschen Politiker und Militärs als auch die große Masse der deutschen Publizisten sahen in ihren Konzeptionen niemals die Schaffung eines polnischen Staates in einem solchen Umfang vor. Die späteren Ereignisse, das Manifest vom 5. November 1916, insbesondere aber die Friedensbedingungen von Brest-Litowsk bestätigen dies.

Es wird deutlich, daß die ungeheure Fülle von Konzeptionen zur polnischen Frage eine Folge der unterschiedlichen Positionen einzelner Interessengruppen im Deutschen Reich gewesen ist, deren Standpunkte nicht auf einen Nenner zu bringen waren. Im übrigen mußte die Lösung der polni-

schen Frage — und das macht die hier besprochene Literatur sehr deutlich — immer von der Entwicklung in Rußland abhängig gemacht werden. Gerade aber die Unsicherheit im Hinblick auf das Verhältnis des Deutschen Reichs zu Rußland ließ die Möglichkeit einer alle Teile auch nur in Ansätzen befriedigenden Lösung dieser Frage bis zum November 1916 als nicht realisierbar erscheinen.

Für die in dieser Untersuchung ausführlich behandelten Wünsche und Vorstellungen der polnischen Aktivisten stellte das Manifest vom 5. November 1916 allerdings einen qualitativen Schritt vom fatalen „*sperare contra spem*“ zu einem — wenn auch noch verhaltenen — „*nihil desperandum*“ dar.

Summary

German Pamphlets Concerning the Polish Question During the First World War

The present treatise deals with the analysis of and comment on brochures in German language concerning the solution of the Polish Question in the First World War, and chronologically reaches to the manifesto of 5 November 1916.

The analyzed source material turned out to be very heterogenous and therefore was arranged under the aspect of political parties and groupings. In cases where this was impossible because of the originality of the proposed solution, the respective author was dealt with separately. Basically, however, two tendencies can be unfolded, according to the nations to which the authors belong.

All the German authors, if they — as members of the *Deutscher Ostmarkenverein* — were in the tradition of Bismarck's politics concerning the Poles, or if they advocated a revision of the rigid — though little effective — Prussian politics concerning the Poles, support the annexion of the territories belonging to the Congress Kingdom. Here the conceptions range from the separation of a border track along the line of the rivers Njemen — Bóbr — Narew — Vistula, or the incorporation of the whole territory of the Congress Kingdom, which was occupied till the summer of 1915, to a decomposition of the Russian Empire. Besides the idea of a direct annexion of these territories, they launched also ideas showing certain parallels to Naumann's Central-European conception: Its aim was the creation of half-sovereign buffer states — among them Poland — depending on the German Reich as regards military and economy. On grounds of experiences in Prussian Poland assuming that a germanization of the Poles was impossible, most of the German authors supported the evacuation of the Polish population from the annexed territories resp. wanted to provide them with the status of a colonial population. More moderate authors also show the disposition of granting a certain autonomy and self-government to the Poles, but as a rule they do not want to give them an actually independent statehood.

The authors of Polish provenience, however, naturally argue in a different way: With only one exception they also support a solution of the Polish Question in accordance with the Central Powers in the discussed period, but they regard their main tasks in convincing the German public of the necessity of creating an autonomous and — if possible — independant state. Accordingly they declare themselves against the annexion of the territories belonging to the Congress Kingdom, but say, they agree with the final renunciation of Prussian Poland. They hope, however, for a territorial "compensation" in the

shape of the former Polish Eastern provinces. Apart from the Austro-Polish conception being launched from the beginning by the Supreme Polish National Committee, projects of a Polish intermediate state depending on Germany emerge more and more. Common to nearly all authors is the strong anti-Russian accent and the stress on the Russian danger to Germany and Europe. Therefore the Polish state is supposed to play the part of a protective bulwark against the "Asiatic" and "Barbarian" Russia and prevent it from advancing into Central Europe.

The territorial conceptions of the Polish authors, who sympathize with the Central Powers, can be regarded as utopian during this period, as neither the German government nor the leading German journalists planned the creation of an independent Polish state to such an extent in their conceptions. The manifesto of 5 November 1916 and the peace conditions of Brest-Litovsk show this more than clearly.